

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

## Zum Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

II.

Behandelte unser gestriger Artikel die Stellung des Parteivorstandes zu dem politischen Massenstreik, so müssen wir uns heute mit der Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik beschäftigen. Denn mit Recht ist bereits von den verschiedensten Seiten darauf hingewiesen worden, daß es ein völlig unhaltbarer Zustand ist, daß Parteitagbeschlüsse und Beschlüsse eines Gewerkschaftskongresses zu der gleichen Frage eine grundverschiedene Stellung einnehmen. Die Beschlüsse von Köln und Jena stehen sich aber scharf gegenüber. Denn während die Kölner Resolution die Propagierung des Massenstreiks verwirft, erklärt die Jenaer Resolution den Massenstreik für eines der wirksamsten Mittel, um politische Verbrechen von der Arbeiterklasse abzuwehren oder sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern. Soll die Jenaer Resolution nicht auf dem Papier stehen bleiben, soll das deutsche Proletariat im gegebenen Falle die Kampfesenergie besitzen, den Massenstreik auch zur Tat werden zu lassen, so gilt es, alle Kreise dieses Proletariats auf diesen außerordentlichen Fall vorzubereiten. Eine solche Vorbereitung durch Propagierung des Massenstreiks will der Kölner Beschluß aber gerade verhindern!

Es ist auf der Gewerkschaftskonferenz vielfach darüber Beschwerde geführt worden, daß die Partei die Rechte der Gewerkschaften nicht genügend respektiere. Das vorwiegend einseitige Festlegen der Gewerkschaften durch den Kölner Massenstreikbeschluß beweist, daß zum mindesten auf beiden Seiten gesündigt worden ist.

Zweifellos ist der Massenstreik eine Angelegenheit, die die Gewerkschaften in dem gleichen Maße interessiert wie die Partei. Wenn es zum Massenstreik käme, könnten die Gewerkschaften gar nicht passiv bleiben. Wir pflichten dem Genossen Sache durchaus bei, wenn er auf der Gewerkschaftskonferenz (S. 30) ausführte:

„Ich möchte mal den Massenstreik sehen, den die Partei allein führen will. (Sehr gut!) Wie viel Tausende von Dristchaften haben wir nicht, wo nicht ein einziger organisierter Genosse vorhanden ist. Wir haben ganze Wahlkreise, wo heute noch keine nennenswerte politische Organisation existiert. Wie kann da eine solche schwere Aktion geleitet werden? Es ist gar nicht anders denkbar, als daß beide Bewegungen gemeinsam vorgehen müssen!“

Aber gerade weil die Mitwirkung der Gewerkschaften bei einem Massenstreik unentbehrlich wäre, erwächst den Gewerkschaften die doppelte Pflicht, sich mit der Partei gemeinsam über das Problem des Massenstreiks zu verständigen. Solange man wenigstens auch in Gewerkschaftskreisen die sozialdemokratische Partei noch als Repräsentantin und Trägerin des politischen Kampfes des Proletariats anerkennt, sollte es unmöglich sein, daß die Gewerkschaften für sich das Recht in Anspruch nehmen, in einer Frage von allgemeiner politischer Bedeutung allein und selbständig ein entscheidendes Wort zu sprechen! Gewiß können Fälle eintreten, wo in einer gemeinsamen Frage zwischen Partei und Gewerkschaften abweichende Auffassungen zutage treten. Aber in solchen Fällen sollte man durch gemeinsame Verhandlungen, durch eingehendste Diskussion die Differenzen auszugleichen suchen und nach Möglichkeit vermeiden, durch Herbeiführung von Kongreßbeschlüssen auch nur den Anschein einer beabsichtigten Vergewaltigung des anderen Teiles zu erwecken!

Wie lagen nun die Dinge in der Frage des Massenstreiks? Waren hier alle Möglichkeiten einer Verständigung derart erschöpft, daß nichts übrig geblieben wäre, als das rücksichtslose Markieren des beiderseitigen Standpunktes durch Kongreßbeschlüsse?

Ganz das Gegenteil war der Fall! Die Diskussion über den politischen Massenstreik befand sich im Mai vorigen Jahres noch ganz in ihren Anfängen, selbst das Buch der Genossin Roland-Holtz erschien erst nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Welche Stellung die Mehrheit der Partei zu der Frage einnehmen werde, ließ sich damals noch gar nicht absehen. Bei dem Stand der Diskussion war ein gründliches und abschließendes Urteil noch gar nicht möglich. Wenn sich also der Kölner Gewerkschaftskongreß mit dem Problem des politischen Massenstreiks gleichwohl beschäftigen zu sollen glaubte, so hätte eine bloße Aussprache genügt; einen Beschluß hätte man in Sachen des Massenstreiks ebenso aussetzen können, wie in Sachen der Raiffeiler!

Trotz alledem hielt man es für notwendig, gewissermaßen vorzubeugen. Man wollte einen Parteitagbeschuß von vornherein beeinflussen. Das hat Genosse Bömelburg (S. 39) ganz unumwunden ausgesprochen:

„Ich bin eigentlich der Veranlasser, daß auf dem Kongreß in Köln die Frage: Generalstreik und politischer Massenstreik erörtert wurde. ... Ich sagte mir, daß es zurzeit noch Lage der Dinge vollständig ausgeschlossen sei, der offiziellen Stellungnahme zum politischen Massenstreik auf dem Wege zu gehen, und erinnerte mich vor allem an die unangenehmen Dinge, die sich daraus ergeben hätten, daß man in Paris im Jahre 1889 in einem Moment höchster Begeisterung, wenigstens soweit die deutschen Delegierten in Frage kommen, einen Beschluß gefaßt

hatte, in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert wurde, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. ... Ich sagte mir ferner, daß allen Gewerkschaften die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in bezug auf den Massenstreik nicht Ähnliches geschehe, daß nicht ein einseitiger Beschluß gefaßt werde.“

Genosse Bömelburg befürchtete also in — völlig unbegründeter — Sorge vor der vermeintlich in einflussreichen Kreisen grassierenden „Revolutionsromantik“ eine „einseitige“ Stellungnahme der Partei zum politischen Massenstreik, die den Gewerkschaften nicht paßte, und — propozierte deshalb seinerseits einen nicht minder einseitigen Beschluß, den später der Parteitag nicht zu akzeptieren vermochte! Und was ist dadurch erreicht worden? Der höchst unerquickliche Zustand, daß nun sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsbeamte erklären, für sie sei nicht der Jenaer Beschluß, sondern der des Gewerkschaftskongresses zu Köln maßgebend! Dies Dilemma wird so peinlich empfunden, daß bereits aus Gewerkschaftskreisen die Forderung erhoben worden ist, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, um die Stellungnahme der Gewerkschaften zum Massenstreik einer zeitgemäßen Revision zu unterwerfen. Von anderer Seite sträubt man sich allerdings noch heftig dagegen, den Kölner Beschluß zugunsten der Jenaer Resolution preiszugeben. Bemerkte doch schon auf der Gewerkschaftskonferenz Bömelburg gegenüber Geber:

„Friedrich Geber ... sagte, er habe in unseren Ausführungen eine nochmalige Darlegung darüber vermisst, ob der Beschluß von Köln maßgebend sei oder der von Jena. Er sagte, der Beschluß von Köln sei überholt durch den von Jena und infolgedessen sei der Jenaer Beschluß maßgebend. Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andere bestimmen und wir haben zu gehorchen.“

Ja, soll sich denn etwa die Partei einfach dem verführten, vorläufigen Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses „unterordnen“? Oder sollen beide Beschlüsse Geltung behalten? Wo bliebe denn da — von der schiefen Stellung der Gewerkschaftsvertreter, die ein Parteimitglied beiseite, ganz abgesehen — die doch so notwendige Einheitlichkeit der Aktion von Partei und Gewerkschaften?!

Trotz alledem ist die Situation keineswegs so verzweifelt, daß sich nicht bei einigem guten Willen eine Verständigung erzielen ließe. Die Gewerkschaftsmitglieder brauchen sich nur ihrer „revolutionsromantischen“ Wespennierfurcht zu entschlagen, um sich gleichfalls auf den Standpunkt der Jenaer Resolution stellen zu können.

Wogegen kämpfte man denn vornehmlich in Köln? Gegen die anarcho-sozialistische Generalstreikidee des Genossen Friedberg, die im letzten Grunde auf nichts Beringeres als eine Umwälzung der ganzen gewerkschaftlichen Taktik nach dem Muster eines Teils der französischen Gewerkschaften abzielte. Von der Propagierung dieser Ideen erwartete man eine Störung der organischen Entwicklung der Gewerkschaften, deshalb die Ablehnung der Propaganda des politischen Massenstreiks.

Die sozialdemokratische Auffassung des politischen Massenstreiks, wie sie in den Resolutionen von Amsterdam und Jena niedergelegt ist, hat mit den anarcho-sozialistischen Tendenzen nicht das geringste gemein. Eine im Geiste der Parteibeschlüsse betriebene Propagierung des Massenstreiks kann die Gewerkschaftsbewegung nur fördern, nicht schädigen. Heißt es doch in der Amsterdamer Resolution:

„In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiter ist ... warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtfeldung im Massenkampf durch die Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird.“

Und in der Jenaer Resolution heißt es ausdrücklich: „Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse ... unumgänglich notwendig.“

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. ...

Jedem eine Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit ist also durch die Anerkennung und Propagierung dieser Beschlüsse nicht zu befürchten. Ebenso wenig braucht man die Besorgnis zu hegen, die „Revolutionsromantiker“ in der Partei könnten das Proletariat blödsinnig in einen Massenstreik stürzen wollen unter Verhältnissen, die jeden Erfolg von vornherein ausschließen, wohl aber die Gewerkschaftsbewegung ernstlich zu schädigen drohten. Gerade weil wir den politischen Massenstreik für ein wichtiges und wirksames Kampfmittel in schweren Konfliktzeiten halten, denken wir zu allererst daran, ihn zu allerhand Spielereien und Experimenten zu mißbrauchen. Gerade die letzte Debatte über den Massenstreik hat ja bewiesen, daß die Massenstreik-Romantiker nicht in den radikalsten Kreisen der Partei zu suchen und überdies so gering an Zahl und so bedeutungslos sind, daß die Gewerkschafts-

genossen wirklich nicht zu befürchten brauchen, durch Akzeptierung der Jenaer Resolution einer topflosen Draufgängerpolitik Vorstoß zu leisten. Daß man denn in der Tat auch aus der letzten Massenstreikdebatte gelernt hat, beweisen folgende Äußerungen des Genossen Robert Schmidt in der letzten Nummer der „Soz. Monatshefte“:

„Aus der Stellung des Parteivorstandes dürfte so viel zu entnehmen sein, daß der Massenstreik als politisches Kampfmittel nur in einem ganz außerordentlich dringenden Fall unter eingehender Berücksichtigung des möglichen Gelingens propagiert werden soll. Damit kämen in der Beurteilung dieses politischen Kampfmittels Gewerkschaft und Partei einander näher, als es nach der dem Jenaer Parteitag folgenden Debatte schien. Kommt es zu schweren politischen Konflikten, in denen die Arbeiterbewegung um ihre Existenz kämpfen muß, dann wird sich leicht die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft finden.“

Selbst Bömelburg geht ja nicht so weit, den politischen Massenstreik für ausgeschlossen zu erklären oder prinzipiell zu verwerfen. Er hält ihn zwar für unwahrscheinlich, aber er erklärt doch (S. 41), daß in gewissen Fällen, z. B. bei einer Zuchthausvorlage oder einer Verschlechterung des Koalitionsrechts die Gewerkschaften sogar die Führung des Massenstreiks übernehmen müßten. Also auch Bömelburg konnte grundsätzliche Bedenken gegen die Jenaer Resolution schwerlich vorbringen.

Und wenn die Gewerkschaften auch Anlaß hatten, sich gegen die anarcho-sozialistische Agitation für eine gewerkschaftliche Generalstreiktaktik zu verwahren, so können sie, als auf dem Boden des modernen Klassenkampfes stehende Organisationen, unmöglich etwas dagegen einwenden, wenn durch die Jenaer Resolution Propaganda des Massenstreiks in diesem Sinne gefordert wird:

„Diese Agitation um die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit dem Zweck auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Schichten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.“

Wir hegen nach alledem die Zuversicht, daß die Gewerkschaftsmitglieder, die doch auf der Konferenz so oft versicherten, daß ihnen die Eintracht und das gute Einverständnis zwischen Partei und Gewerkschaften warm am Herzen liege, nach der inzwischen erfolgten Zerstreung unbegründeter Besorgnisse und bedauerlicher Mißverständnisse in Mannheim die Konsequenzen aus der veränderten Situation ziehen werden!

## Die russische Revolution.

### Gefährliche Manöver.

Der „Köln. Volkstg.“ wird vom 11. August aus Petersburg berichtet:

Die Manöver, die jetzt im Lager bei Krasnoje Selo vor sich gehen, hätten beinahe zu einer lurchtbaren Katastrophe geführt. Es ist noch rechtzeitig entdeckt worden, daß bei allen Truppenteilen unter die Wapppatronen eine große Anzahl scharfer Patronen gemengt waren. Es ist die strengste Untersuchung eingeleitet; die Presse soll über diese Affäre nichts bringen, jedoch ist es immerhin möglich, daß es heute oder morgen irgend ein extremes Blatt dennoch wagt. In einem Unfall oder eine Nachlässigkeit bei dieser Affäre zu glauben ist schwer. Wir haben es hier wohl mit einer bewußten Tat revolutionärer Elemente zu tun, welche unter den Truppen eine fürchtbare Erregung gegen die Militärbrigade hervorzurufen wollten. Es sind auch bereits einige Zivilpersonen verhaftet, welche anscheinend einige Militärs zur Durchführung ihres teuflischen Planes gewonnen hatten.

Von anderer Seite wird aus Petersburg vom 14. August telegraphiert:

Der Zar und die Mitglieder des Hofes werden nach Meldungen hiesiger Blätter den Manövern der Gardetruppen doch beiwohnen. Hiermit im Zusammenhang wird eine Nachricht gebracht, wonach bei verschiedenen Soldaten, welche diese Manöver mitmachen sollten, scharfe Patronen gefunden worden seien. Man schließt daraus, daß ein neues Attentat auf den Zaren geplant war.

Ob der Zar wirklich an den Manövern teilnehmen wird? Vorläufig ist anzunehmen, daß er sein kostbares Leben nicht in solche Gefahr begeben wird. Eine Audienz wird schon noch gefunden werden.

### Das „liberale“ Kabinett.

Die „liberale Aera“ gibt jeden Tag neue ruhmvolle Beweise ihres Daseins. Heute meldet der Londoner „Globe“ aus Petersburg:

Obwohl die Gerüchte über eine bevorstehende Demission des Kriegsministers dementiert werden, wird doch behauptet, daß Trepow diesen Posten erhalten werde, was in den Wärttern auf das schärfste getadelt werde.

Trepow als Kriegsminister — ein blutigerer Hohn auf den Liberalismus des Kabinetts Stolypin ließe sich wohl nicht ausfinden.

### Keine Dnmawahlen.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte folgende optimistische Meldung erhalten:

Petersburg, 14. August. Die Wahlen zur Duma werden, wie sicher verlautet, im September ausgeschrieben werden.

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.



**Prompt ist indes das Dementi erfolgt, das also lautet:**  
Petersburg, 14. August. Die auswärts verbreitete Nachricht, daß die Wahlen zur Duma zum September ausgeschrieben wurden ist, wie die „Petersburger Telegraphenagentur“ erfährt, völlig unbegründet.

### Finanzschwundel.

Frankfurt a. M., 14. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Petersburg vom heutigen Tage: Der Finanzminister erklärte dem Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, der Verkehrsminister habe ihm 11 Millionen Rubel aus dem diesjährigen Etat, da ihre Herausgabe aufschleudert sei, zur Verfügung gestellt. 4 Millionen werden für die von der Hungersnot heimgeführten Distrikte und 6 Millionen für außerordentliche Eisenbahnbauten verwendet.

### Die Rüstungen der Revolution.

Lemberg, 14. August. Die hier weilenden russischen Flüchtlinge versichern, daß die umfassendsten Vorbereitungen zu einem bewaffneten allgemeinen Aufstand bereits getroffen seien. Der Aufstand werde ausbrechen, sobald die Ernte beendet sein wird. Fast sämtliche im Auslande weilenden ausländischen russischen Revolutionäre seien nach Rußland zurückgekehrt, um sich in den unmittelbaren Dienst der revolutionären Bewegung zu stellen. Auch der Sitz des revolutionären Bundes sei von Genf etappenweise nach Rußland zurückverlegt worden. Große Mengen von Waffen und Munition seien in der letzten Zeit nach Rußland eingeschmuggelt und von den dortigen revolutionären Führern übernommen worden.

Die Meldung ist, da die Quelle unbekannt ist, mit Reserve aufzunehmen.

Dreßau, 14. August. Eine Schildwache des Seebataillons ist mit einer Anzahl Gewehren flüchtig geworden.

### Die Reaktion an der Arbeit.

Kronstadt, 14. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Gestern haben hier die Sitzungen des Kriegesgerichts über die jüngsten Meutereien begonnen. Die Angeklagten sind in verschiedene Gruppen geteilt worden.

Warschau, 14. August. Gestern abend hielten Truppen auf der Bahnlinie Warschau-Wien einen Zug an und verhafteten 50 Passagiere. Viele derselben wurden durchsucht. Nach dreistündiger Verspätung konnte der Zug seine Fahrt fortsetzen.

### Ein Verräter erschossen.

Riga, 14. August. Der lettische Hausverwalter Brilische wurde gestern auf offener Straße von zwei unbekanntem Tätern erschossen. Ein ihm zu Hilfe eilender Schuhmann wurde gleichfalls getötet. Hieraus schätzten die Attentäter in ein Haus, das sofort militärisch umstellt wurde. Bis jetzt ist es nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

### Unsichere Geldtransporte.

Liban, 14. August. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die Polizei hat vorgestern in der Wohnung eines Arbeiters 17 Personen aufgehoben, welche einen Postzug beraubt hatten.

Kiew, 13. August. Von morgen ab wird in den Postzügen der Südbahnen hinter dem Postwagen ein eigens instandgesetzter Wagen mit einem Militärkommando laufen. In diesem Wagen sollen sämtliche Geldsendungen verwahrt werden.

### Demonstrationen für Maria Spiridonowa.

Der Zug mit der Spiridonowa wurde in Sibirien, um Unruhen zu vermeiden, über Omsk hinausgeführt bis zur nächsten Streckenabzweigung. Aber die Omsker Eisenbahnarbeiter forderten die Rückkehr des Zuges und drohten mit der Zerstörung der Station. Der Zug wurde nun zurückgebracht und in Omsk von einer ungeheuren Menschenmenge begrüßt. Der Wagen der Spiridonowa, der mit Blumen geschmückt worden war, wurde an der Menge, die die Marschstraße und andere revolutionäre Lieder sang, vorbeigeführt. In Krasnojarsk veranstalteten die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten am Tage der Durchreise der Spiridonowa einen Streik ohne Auffstellung irgend welcher Forderungen, er hatte einen rein demonstrativen Charakter.

### Die Hungersnot und die Verspflungsfaktion.

Die offiziöse „Torgowo-promyshlennaja Gasetta“ teilt mit, daß nach der Meinung der Semstwo-Vereinigungen die diesjährige Winterzeit viel schlimmer sei als die des vorigen Jahres. Die Semstvos möchten sehr gern an der Verspflungskampagne teilnehmen, aber nur unter der Bedingung, daß das gesamte Verspflungswesen ihnen untergestellt wird. Nach den langjährigen Erfahrungen wissen die Semstvos nur allzu gut, wie vollaufendlich sich die Regierung während der Verspflungskampagne verhält und wie viel tausende von Rubeln dabei von den Regierungsbeamten in die eigenen Taschen gesteckt werden. Daraus erklärt sich ihre Forderung.

### Der Kaukasus.

Der „Nöln. Volksztg.“ wird aus Petersburg berichtet: Aus dem Kaukasus hat die Zentralregierung sehr beunruhigende Nachrichten erhalten. Es bereitet sich offenbar zum Herbst eine Erhebung des Kaukasus gegen die russische Herrschaft vor. Die Truppen, welche jetzt schon das dritte Jahr in dem revolutionären Gebiet fast Tag für Tag einen Guerillakrieg zu führen haben, sind auf das äußerste erschöpft und lehnen sich gegen die fortwährenden Anstrengungen auf, die ihnen zugemutet werden. Die Garnisonen in den Festungen Michailowka und Kars sind von Gärung ergriffen; es finden beständige Verhaftungen von Soldaten statt. Der einzige Ausweg wäre, wenn die Regierung in Kürze fünf frische Armeekorps nach dem Kaukasus werfen könnte, aber dies ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Innern fast unmöglich, wenn man nicht zu einer teilweise Mobilisierung der Reserven greifen will. Ein ganz genaues Bild über die Lage im Kaukasus läßt sich in St. Petersburg schwer gewinnen. In den Regierungskreisen ist man sehr zurückhaltend, und die Administration im Kaukasus arbeitet rücksichtslos, um den wahren Stand der Dinge zu verhehlen. Alle Blätter von halbwegs liberaler Richtung sind im Kaukasus unterdrückt, private Telegramme über Unruhen werden nicht durchgelassen, Korrespondenten der Feindblätter, welche sich an Ort und Stelle informieren wollen, werden verhaftet, auf der Post arbeitet das „schwarze Kabarett“; mißliebige Briefschreiber legen sich der Gefahr aus, ohne weiteres nach Sibirien transportiert zu werden. Besonders schlimm sieht es im Gouvernement Kutais. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der Kaukasus zum Herbst der Schauplatz entscheidender Ereignisse werden wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. August.

### Verfrühter Jubel!

Der bürgerlichen Prehmente, die sich mit Bier auf den von uns veröffentlichten Teil des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gestürzt hat, um in der diesen Prehmenten eigenen geistreichen Manier eine Handvoll aus dem Zusammenhang gerissener Zitate herauszuklauben, gefüllt sich heute auch das offiziöse Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu. Daß gerade dies Blatt die billige Gelegenheit benutzt, die öffentliche Aufmerksamkeit von den blamablen Kolonialskandalen abzulenken, ist ja nur zu bezeichnend für die tödliche Verlogenheit der regierenden Kreise. Statt seine Leser über die Affären Pod-Lippel, Puttkamer, Horn, Tesch und andere Standalosa zu informieren, leistet es sich das kindliche Vergnügen, durch armfertige Zitatennäpchen die Sozialdemokratie vernichten zu helfen. Und es begnügt sich nicht etwa damit, in „ausgleichender Gerechtigkeit“ Partei und Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen und schließlich zu

versichern, daß alle beide stinken, wie das die intelligenteren ihrer Scharfmacherkolleginnen tun, sondern sie insultiert mit echt offiziöser Lölzelpoliertheit die Gewerkschaftsgenossen mit freundschaftlichen Belobigungen! Da wird dem einen Redner „eine ebenso scharfe wie treffende Kritik an den Ausschreitungen der ökonomisch-historischen Richtung“ nachgelobt; dort wird ein anderer Redner wegen seiner „herzerquickenden Deutlichkeit“ belobt. Dies offiziöse Lob flingt dann freilich schließlich wieder in den milden Ladel aus, daß sich immerhin in dem Protokoll „widerstreitende Aeußerungen“ über die „wahren Ziele“ der Gewerkschaften fänden, die betreffen, „daß eine wirkliche Klärung der Anschauungen noch nicht vollzogen“ sei. Aber zuletzt folgt wieder ein süßer Trost:

„Was die Revisionisten und die Marxisten unter Sturz der Gesellschaftsordnung und Hineinwachen in den Zukunftsstaat verstehen, dürfte jedenfalls etwas wesentlich Verschiedenes sein, so daß auch durch die radikalsten Wendungen der Gewerkschaftsführer die Kluft zwischen Partei und Gewerkschaften schwerlich überbrückt wird. Man wird vielmehr in solchen Aeußerungen hauptsächlich das Bestreben erblicken müssen, den Vogen nicht zu überhumpeln, und nicht einen vorzeitigen Bruch mit der politischen Parteilichkeit zu provozieren.“

Dies liest sich genau so, als ob Herr Naumann oder Herr Sombart in dem offiziellen Blatte eine Gastrolle abspolierten!

Der Feder eines Jesuitenzöglingens hinwiederum scheint folgender schlaue Gedanke entflohen zu sein:

„Es ist indes schwerlich anzunehmen, daß sich die Gewerkschaften den Gewaltstreik ruhig werden gefallen lassen. Im allgemeinen war der Inhalt des Protokolls durch die vom „Vorwärts“ als „inam“ bezeichneten Veröffentlichungen der sozialistischen „Einigkeit“ bereits bekannt, und es war wohl nur eine ausgesuchte Bosheit der Gewerkschaftsvorstände gegenüber dem Parteivorstande, wenn sie in ihrer Antwort „mit Parteigrüß“ sich einem so leicht und unbedenklich zu erfüllenden Erfuchen in den Weg stellten. Die Parteilichkeit ihrerseits scheint ebenfalls einen boshaften Trick angewandt zu haben, indem sie das vertrauliche Protokoll gerade am Sonnabend, an welchem die meisten nur in einer Wochenausgabe erscheinenden Gewerkschaftsblätter schon gedruckt waren, veröffentlichten, wodurch die politische Parteipresse in der Debatte und damit verbundenen Bearbeitung ihres Republikaums einen Vorsprung von einer Woche erzielt hat.“

In der Tat ist denn auch dieser hübsche Einfall nicht dem bürren Boden des Idealen aller offiziellen Organe entsprossen. Er war vielmehr vorher in der „Germania“ zu lesen. Aber so jesuitisch-schlaue der Einfall war, sein pfiffiger Erzeuger hatte dabei nur das eine übersehen, daß der „Vorwärts“ die Veröffentlichung des Protokolls bereits am Dienstag angekündigt, also der Gewerkschaftspresse sehr ausreiche Gelegenheit gegeben hatte, zur Veröffentlichung des ihr ja sehr gut bekannten Protokolltextes rechtzeitig Stellung zu nehmen! Der Einfall der „Germania“ war also sehr schlaue und geradezu niedlich boshaft, nur daß er den kleinen Fehler hatte, in diesem Falle gründlich daneben zu hauen. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ aber war von dem Phänomen, daß jemand einen schlaue Einfall haben könne, derart fasziniert, daß sie ihn unbedenkenlich als ihr geistiges Eigentum ausgab!

Mag die Norddeutsche Offiziöse im trauten Verein mit der „Post“, der „Freis. Ztg.“ und der „Germania“ fortfahren, das Gewerkschaftsprotokoll und die sich daran anschließende Debatte zu fruchtigieren. Mag sie die zerschmetternde Niederlage der „historisch-ökonomischen Richtung“, die Zerfetzung der Partei und die Auslieferung der Gewerkschaften mit eindringendem Scharfsinn daraus beweisen — wir werden ihr zur geeigneten Zeit die Antwort nicht schuldig bleiben!

### Eine preussische Kulturtat!

In Hannover wohnte seit 17 Jahren der Genosse Pieter de Jonge aus Holland; er ist verheiratet und Vater von acht Kindern, die sämtlich in Hannover geboren sind. Er hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen, ist im heiligen preussischen Staate weder polizeilich noch gerichtlich bestraft worden. Für seine Familie hat er immer als braver Arbeiter treu geforgt, auch ist er stets als guter Arbeiter von den Unternehmern gern beschäftigt worden. Als nächster und einsichtiger Mensch gehörte er seiner gewerkschaftlichen Organisation schon seit langem an. Vor einigen Wochen nun trat er auch dem sozialdemokratischen Vorkreis an. Als Parteigenosse hatte er bisher ja stets seine Pflicht getan, aber — da er Ausländer — glaubte er nicht Mitglied der Organisation werden zu sollen, weil — nun weil ihm die preussische Polizei doch bekannt ist! Seine Bedenken und Verfürchtungen, er könne deshalb Unannehmlichkeiten haben, waren allmählich aber doch geschwunden und so wurde er Mitglied der politischen Organisation. Kurze Zeit darauf erhielt er folgendes Schreiben:

Der Polizeipräsident zu Hannover Hannover, 5. Juli 1906.  
J. Nr. 7465.

Infolge Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten hierseits werden Sie hiermit als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen und demgemäß aufgefordert, das Gebiet des preussischen Staates innerhalb sechs Wochen nach Zustellung dieser Verfügung zu verlassen.

Falls Sie dieser Verfügung nicht nachkommen, werde ich gegen Sie auf Grund des § 133 des Landesverwaltungsgegesetzes vom 30. Juli 1883 eine hiermit angedrohte Strafe von 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle drei Tage Haft treten, festsetzen.

Sollten Sie nach dem Verlassen des preussischen Staatsgebietes ohne Erlaubnis in dasselbe zurückkehren, so wird Ihre Verstrafung auf Grund des § 381<sup>b</sup> des St.-G.-B. mit Haft bis zu 6 Wochen erfolgen.

An Herrn Zimmermann Pieter de Jonge hier Hildesheimerstr. 71a.

Genosse Junge ging darauf zum Polizeipräsidenten, stellte dort klar, daß doch kein Grund vorliege, ihn als lästigen Ausländer zu betrachten, da er doch noch keinem Menschen lästig gefallen sei. Ihm wurde jedoch erklärt, er sei Sozialdemokrat. Sozialdemokraten hätten wir hier selber genug, er möge nun ruhig nach Holland zurückfahren. Schließlich sagte man ihm, daß die Sache noch einmal geprüft werden solle und ihm Nachricht zugehen werde. Die Nachricht kam am 14. Juli und lautete:

„Auf Ihre mir persönlich vorgetragene Bitte um Aufhebung meiner Ausweisungsvorschrift vom 5. d. M. eröffne ich Ihnen, daß es bei der Ausweisung sein Bewenden behalten muß.“

Genosse de Jonge hat nun die preussischen Staatsgebiete verlassen und zwar mit den für die Preußen „freundschaftlichen“

Gefühlen. Weil er seiner politischen Ueberzeugung gemäß sich organisiert hat, darum — das ist seine Ueberzeugung — ist er ausgewiesen, darum ist seine Existenz von der Polizei vernichtet worden. In Holland muß sich der Ausgewiesene erst eine neue Existenz schaffen; seine Kinder kommen dorthin als Fremde. In Deutschland geboren, kennen sie nur die deutsche Sprache. Sie müssen es ganz besonders büssen, daß ihr Vater Sozialdemokrat ist. Sozialdemokraten sind lästige Ausländer, „denn wir haben hier selbst genug Sozialdemokraten!“ Auf einen mehr wäre es dann jedenfalls nicht angekommen — aber die Polizei will die Sozialdemokraten vermindern. Sie wird aber das Gegenteil erzielen! Solche Vollzeitan sind die besten Agitationsmittel für die Vermehrung der Sozialdemokraten! —

## Deutsches Reich.

### Zur Zippelskircherei.

Wie zugunsten der Firma Zippelskirch-Vobbielska mit dem Gelde der Steuerzahler gemüßwilligstet wurde, beweisen folgende Mitteilungen der „Deutschen Schach- und Lederwelt“:

Ein Magdeburger Schachlieferant mußte an Zippelskirch u. Co. Kavalleriestiel franko Berlin pro Paar für 18 M. liefern. Zippelskirch ließ sich für das Paar, nachdem er sie mit einem Aufwand von höchstens 25 Pf. pro Paar hatte gelockert lassen, 23,20 M. bezahlen. Zippelskirch hat auf sein Aussehen auch Zuschläge von 5 Proz. erhalten, was er mit „Aufkosten“ aus beschleunigter Lieferung“ motivierte. Der Kallergewinn der Firma Zippelskirch belief sich bei anderen Schühen und Stiefeln auf 45, 50, ja selbst auf 80 bis 100 Proz. Interessant ist es auch, daß die Firma Jahnspänner-Pferdegeschirre für etwa 900 M. einkaufte und für mindestens 2000 M. auf Reichsumkosten der Kolonialverwaltung zur Verfügung stellte.

Der schon erwähnte Magdeburger Schachlieferant teilte der Kolonialverwaltung gelegentlich mit, daß er an Zippelskirch 28 000 Paar Stiefel geliefert hatte. Der Weichme Legationrat Dr. Selig meinte in der Reichstags-Sitzung vom 23. März: „Tatsächlich“ waren es nur 14 000, denn Zippelskirch habe das gefügt. Jedenfalls eine heitere Illustration zu der Tatsache, wie die Auslagen gewöhnlicher Stiefel einerseits und die Behauptungen der Firma „Zippelskirch u. Co.“ andererseits von amtseigenen bezeugt werden. Uebrigens hat die Magdeburger Firma daraufhin dem Abg. Erzberger gegenüber erklärt, daß ein Irrtum ihrerseits über die Höhe der Lieferung ausgeschlossen sei. Sie müsse ja schließlich wissen, wieviel Stiefel sie geliefert habe.

Kommt da kürzlich der Abgeordnete Erzberger in den Laden des Sattlermeisters J. Schmidt in der Karlstraße. Da hängen nageleue Geschirre, amtlich gekempelt, als für die Reichswehrbestellung unserer Südbahnschritte bestimmt. Für 35 Mark verkaufe ich das Paar!“ meint Herr J. Schmidt. „Aber, lieber Mann, Sie machen sich der Heherei verdächtig, wenn Sie derartige Waren feilbieten.“ sagte der Abgeordnete. „Aber ich bitte Sie, erwiderte der biedere Sattlermeister, diese Geschirre, die von Afrika zurückkamen, weil sie dort keine Verwendung finden konnten, habe ich rechtmäßig auf einer hiesigen Auktion erstanden!“

Zu alledem schweigt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hartnäckig; dafür beilehrt sie sich an dem Gewerkschaftsprotokoll! —

### Die Klage der Schulheloten.

Selbst der „Reichsbote“ hat nicht den Mut, folgende Klage eines künftigen Lehrers seinen Lesern zu unterbreiten:

„Die Stimmung im jetzigen Kultusministerium zur Lehrerbildung war den Lehrern nicht unbekannt; daß aber nach dem Vorlaufe des Erlasses jegliche Verbesserung auch aus den Mitteln der Kommunen unterbunden werden soll, ist für die Lehrer geradezu erschütternd. Zwar soll die große Zahl der Stellen mit Minimalerlönnen von 900 Mark und 1000 Mark um 200 beziehungsweise 100 M. aufgebessert werden, aber für einen Staat wie Preußen ist es beschämend, daß er seine Lehrer, die ihre Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienste nachgewiesen haben, bislang so schlecht besoldet hat. Gerade die Landlehrer, die bezüglich ihrer Arbeit auf den schwierigsten Posten stehen, die in überfüllten Klassen drei bis vier Abteilungen gleichzeitig fördern sollen und dabei bis ins Alter hinein die höchste Pflanzschuldenzahl unterrichten müssen, haben diesen lägerlichen Lohn für ihre mühselige Arbeit erhalten. Wieviel besser werden andere Beamte bezahlt, die nicht die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst besitzen! Jeder Arbeiter und Handwerker ist heute finanziell besser gestellt als der Volksschullehrer auf dem Lande. Leider wird das auch in Zukunft noch nicht besser werden. Zwar sollen die allergrößten Ungleichheiten in der Besoldung tünlichst beseitigt werden, aber die Mittel dazu soll die Gemeinde bewilligen, der Staat will nur mit Beihilfen eintreten, wo es nötig ist. Man muß sich verwundern über den Optimismus im Kultusministerium. Glaubt man dort wirklich, auch die wohlhabenden Landgemeinden würden ohne Gesetzeszwang aufbessern? Wenn die Schulvorsteher auch einsehen, daß die Gehälter der Lehrer völlig unzureichend sind — sie sprechen das offen aus — so bewilligen sie doch freiwillig nicht einen Pfennig. Ein Erlass des Herrn Kultusministers macht auf sie nicht den geringsten Eindruck. Es werden also Ungleichheiten bestehen bleiben, wenn die eine Gemeinde die beschriebene Erhöhung annimmt, die andere aber ablehnt. Da kann der arme Lehrer weiter hungern.“

Die Klage dieses Schulheloten verliert dadurch nichts an ihrer Berechtigung, daß sie die töricht übertriebene Behauptung einschließt, jeder Arbeiter sei heute finanziell besser gestellt als der Lehrer auf dem Lande. Ein Bild in den Haushalt des nächsten Landproletariats könnten ihn eines Besseren belehren.

Der betreffende Landeschullehrer meint schließlich, daß den Lehrern nichts anderes übrig bleibe, als Selbsthilfe. Das hätten die Lehrer längst einschließen sollen. Warum haben sie sich nicht längst zu einer wirklich rücksichtlosen Lehrervereinigung zusammengeschlossen, die energisch für eine menschenwürdige Lage der Volksschullehrer eintritt! Warum ist nicht längst in ihnen jenes Klassenbewußtsein erwacht, das die handarbeitenden Proletarier so vorbildlich befeuert haben! Warum haben sie nicht längst das Wesen unseres Klassenstaates begriffen, für den auch die Proletarier der Intelligenz nichts sind, als Werkzeuge zur geistigen Niederhaltung des Proletariats überhaupt?!

So lange die Lehrer devotest bitten, statt selbstbewußt zu fordern, so lange sie sich von den reaktionären Volksbedrückern und Volksverdummern als willfährige Werkzeuge mißbrauchen lassen, werden sie auch die Behandlung erfahren, die ihrer würdig ist! —

### Eine Alerweltspartei.

Am vorletzten Sonntag haben die Christlichsozialen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in einer geheimen Parteikonferenz die Gründung einer Alerweltspartei beschlossen. Die geistigen Führer sind der antifemisch-christliche Städler und Lic. Kumm; als öffentliche Akteure traten auf der Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Franz Behrens, der bekannte Dauerdurchschlagskandidat, und noch einige andere Christlichsoziale Unteroffiziere. Das Ergebnis der Konferenz liegt nun vor in einem Aufruf zur Gründung einer christlich-nationalen Arbeiterpartei. Als Einstand bringt Herr Behrens bereits 2000 Stimmen mit, das Resultat von circa 200 Christlichsozialen Versammlungen anlässlich der letzten Reichstagswahl im Kreise Essen.



Die christlich-antifemistischen Schänder haben große Kosten im Saade, sie wollen bei der nächsten Wahl sämtliche Anführer der Arbeiterbewegung erobern! Wie Herr Behrens auf der Konferenz durchblicken ließ, will man in allen Kreisen eigene christlich-antifemistische Kandidaten aufstellen, wenn mit dem Zentrum und den Nationalliberalen über die Mandatverteilung vorher keine Verständigung erzielt werden könne. Nun, Herr Behrens hat schon längst beim Zentrum einen Stein im Weitz; vielleicht steckt das Zentrum hinter dem ganzen Plan!

### Zum Breslauer Krawallprozess.

Die Breslauer „Volkswacht“ schrieb dieser Tage: Trotzdem, abgesehen von dem Fall des „Kaiserdeputierten“, aus der großen Krawallvoruntersuchung nur Anklagen wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung herausgekommen sind, so daß eine Strafe von allerhöchst drei Monaten Gefängnis bedroht, befindet sich ein Teil der Beschuldigten immer noch in Haft. Die öffentliche Meinung fordert auf das bestimmteste die sofortige Entlassung dieser Bedauernswerten, die zum Teil bereits längere Untersuchungshaft erlitten haben, als sie nach dem § 153 je an Strafhaft zudiffert erhalten können. Noch eigenartiger wird die Sache dadurch, daß der Angeschuldigte Scholz, nach dem die Sache als Untersuchungssache gegen Scholz und Genossen geführt wurde, gegen drei Monate im Lazarett und die letzten fünf Wochen in Untersuchungshaft sitzen mußte, ehe der Staatsanwalt Hensel selbst die Einstellung des Verfahrens beantragte.

Inzwischen ist am Sonnabend nach langer Untersuchungshaft wieder eine größere Anzahl von Inhaftierten entlassen worden, unter ihnen die Arbeiter Schlegel und Scholz. Ersterer hat während seiner Untersuchungshaft nicht weniger als 60 Pfund abgenommen. Scholz wurde am 15. Juni, während er sich nach der Verheirathung des Professors Tich noch in ärztlicher Behandlung befand, von einem Kriminalbeamten aus dem Allerheiligenhospital in Untersuchungshaft übergeführt, in der er sich seit dem 15. Juni befand. Der Untersuchungsrichter Firlie soll, nach den Angaben, die Scholz der „Volkswacht“ gemacht hat, dem Beschuldigten gegenüber, gegen den auch nicht der Schatten eines Schuldbeweises vorliegt, die Inhaftierung damit begründet haben, daß Scholz von der Polizei schwer verletzt (nämlich in den Rücken!) worden sei, folglich müsse er etwas begangen haben, was die Polizei zum Draufschießen veranlaßte. Herr Firlie wird sich wohl inzwischen selbst haben überzeugen müssen, meint die „Volkswacht“, daß die Polizeihiebe bei Scholz wie bei anderen ohne Grund gefallen sind, denn sonst würde man doch nicht jetzt das Verfahren einstellen.

### Kein Ende der Fleischnot!

Die Steigerung der Fleischpreise im Kleinhandel hat im Monat Juli abermals Fortschritte gemacht. Nach der „Statist. Korr.“ stellten sich die Preise pro Kilogramm in Pfennigen:

	Rindfleisch 1. Sorte	Rindfleisch 2. Sorte	Schweinefleisch	Kalb- und Hammelfleisch	Speck
Juli 1908	161	137	168	163	160
Juni 1908	157	133	161	162	158
Juli 1905	150	127	157	152	150

Es ist danach nur bei Speck ein Rückgang um 1 Pf. gegen den Juni eingetreten, während auch Speck gegen das Vorjahr noch um 13 Pf. gestiegen ist. Alle Fleischsorten zeigen eine Zunahme, die bei Schweinefleisch 5 Pf. gegen den Vormonat ausmacht. Selbst Hammelfleisch ist wieder gestiegen!

**Soldaten als Ersatz für Stadtmägde.** Man schreibt uns: In der Ueberzeugung, daß die zweijährige Dienstzeit für Soldaten viel zu lang ist, verjagt der Hauptmann Schub vom 19. Infanterieregiment in Erlangen die Krieger auch in der Landwirtschaft auszubilden. Man hat öfters Gelegenheit, 3-5 Infanteristen in der Detschle des betreffenden Hauptmanns beschäftigt zu sehen. Die Soldaten müssen den Gartenzaun reparieren, auf dem Kartoffelacker arbeiten, mit Eimern die Jauche aus der Grube schöpfen und dängen, Holz sägen und geschnitten. Ferner sieht man Soldaten die Hegen füttern und melken und hin und wieder den Stall misten. Wir vermuten, daß der betreffende Hauptmann demnächst in einem Scherz-Blatt eine längere Abhandlung über die Notwendigkeit der Verfürgung der militärischen Dienstzeit erscheinen läßt.

### Ein katholischer Preßskandal.

Wegen fahrlässigen Meinbildes und Untreue (§§ 163 und 286, Ziffer 2, Str.-G.-B.) verurteilte die Strafkammer in Mülhausen i. Elß den katholischen Priester und Herausgeber des inzwischen eingegangenen „Eisach-Bohring, Morgenblattes“ — eines sogenannten liberal-katholischen Blattes, das den Reichstagsabgeordneten Theodor Schlumberger „moralisch“ unterstützte und von ihm dafür schwere Geldunterstützung empfing — in ihrer Sitzung vom 8. d. M. zu acht Monaten Gefängnis (6 Monate für den Faltschuld und 2 Monate für das Betrugsvergehen, zusammengezogen in 8 Monate). Die Urteile beschloß das Mülhäuser Gericht zum zweitenmal, da ein verurteilendes Erkenntnis vom 9. Oktober 1903 wegen eines Formfehlers (ein für den Angeklagten belastender Brief in französischer Sprache war in der Verhandlung nicht auch in deutscher Uebersetzung vorgelesen worden) vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an dasselbe Gericht zurückverwiesen worden war. Die Anzeige gegen den Preßhald war von zwei Anklägern, den Pfarrern Hug und Blondé, erstattet, welche dem Roth seinerzeit für sein Preßunternehmen, zum vereinbarten Finsfuge von 5 Proz. (!), Gelder übergeben hatten, die sie, als das Unternehmen schief ging, wieder zurückverlangen, was ihnen im Zivilprozeßverfahren der „Gründer“ in der Soutane unter Eid bestritt. Sie beklagten vor drei Jahren und auch bei der neuen Verhandlung ist wieder als Zeugen vor der Strafkammer, daß sie dem Angeklagten im Jahre 1902 in aller Form das geliehene Kapital gefündigt und Schlußabrechnung von ihm verlangt hätten, und daß somit der entgegenstehende Eid des Anklägers im Zivilrechtsstreit falsch geschworen worden sei. Einer dieser Geistlichen, der jetzt noch als Pfarrer in Oberelsaß amtierende „hochwürdige Herr“ Blondé, ist übrigens infolge dieser Vorwissenisse, da er die in das Preßunternehmen des Roth gesteckten Gelder, ohne Ermächtigung des Kirchenrates seiner Pfarre, dieser kirchlichen Verwaltung entnommen hatte, wegen Unterschlagung von der Strafkammer des Landgerichts Colmar zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt worden. Der Verteidiger des Priesters Roth, Rechtsanwalt Dr. Nordmann in Mülhausen, hat jetzt nach der nochmaligen Verurteilung seines Klienten öffentlich angekündigt, daß er gegen die beiden Pfarrern Hug und Blondé seinerseits die Strafanzüge wegen Weines des erstarrten werde. Das katholische Konkurrenzblatt dieses „liberal-katholischen“ Schlumberger-Organes, von dessen Wiedererscheinung jetzt, da die Reichstagswahlen heranrücken, die Rede ist, nämlich die Zentralzeitung vertretende „Abendblätterische Landeszeitung“ notiert diese Vorgänge, die das Ansehen der Kirche auf schwerste schädigen, mit unverkennbarer Schadenfreude.

Der Bierkrieg in Chemnitz hat eine Verschärfung erfahren, die dazu beitragen muß, daß der Kampf von der konsumierenden Arbeiterklasse noch hartnäckiger geführt wird. Die Scharfmacher des Arbeitervereins haben die Maßregelung der in den Brauereien stehenden

organisierten Brauereiarbeiter beschlossen und bereits mit der Entlassung der Vertrauensleute und der Brauer sowie einiger Handwerker begonnen. Leute, die schon viele Jahre im Dienste des Braukapitals gestanden haben, wurden auf das Pfahler gesetzt, vielleicht in der Hoffnung, daß auf diese Weise der Bierkrieg schneller beendet würde, der den Ringbrauereien schlimme Wunden schlägt. Die Arbeiterklasse empfindet jedoch diese brutale Maßregelung als einen Faustschlag ins Gesicht und ist gesonnen, den Kampf bis aufs Messer zu führen. Nicht eher wird der Boykott der Ringbrauereien wieder aufgehoben werden, bis diese sich bereit erklären, die Brauereier zu tragen und bis der letzte gemahregelte Brauereiarbeiter wieder eingestellt ist.

Wegen „Majestätsbeleidigung“, die ein Zuchthäuser, der jetzt nach erlittener Zuchthausstrafe sich im Untersuchungsgefängnis in Bonn befindet, im Zuchthause zu Siegburg (Rheinland) begangen haben soll, verhängte die Strafkammer in Bonn drei Monate Gefängnis.

### Aus Kamerun!

Ein Kenner der Kameruner Verhältnisse schreibt uns: Meiner Meinung nach ist so viel in unserer schönen Kolonie Kamerun gesündigt worden, daß das, was jetzt schon bekannt ist, nur einen kleinen Teil von dem darstellt, was dort geschehen ist. Fast allen, ob Beamte oder Kaufleute, sind dort drüben die merkwürdigsten Dinge begegnet, so daß man sich sogar als alter, eingeweihter, mit den Verhältnissen durchaus vertrauter „Afrikaner“ wundern mußte, daß die Geschichte dort nicht schon längst zum Klappen gekommen war. Es galt hier wie anderwärts der Satz: „Es wird fortgewurstelt“, und es wurde so sehr fortgewurstelt, daß die neuesten Kameruner Wiye (und deren waren Legion) stets nur die gubernementale Regierung und deren Maßnahmen zur Fleischeibe hatten.

In Duala besah der Gouverneur ein sehr schönes Wohngebäude, das dem Herrn von Puttkamer nicht mehr recht genehm war. Da der Reichstag wohl keine oder nur eine sehr geringe Summe zu einem neuen Gubernementpalast bewilligt haben würde, verschaffte man sich das Geld auf eine andere Weise. Wie in kolonialen Kreisen allgemein bekannt, haben wir an dem Handelsleben im Inneren von Kamerun nur sehr geringen Anteil, da der Handel in der Hauptsache nicht nach der Küste geht, weil es die Kraber verstanden haben, den Handel nach dem Tsadsee abzulenken, von wo aus die Waren nach dem Norden Afrikas abgehen.

Um diesem Uebelstande abzuhelfen, bedürfte es guter Karawanenstragen, welche von der Küste aus möglichst nach dem Tsadsee hinaus gehen. Da in erster Linie zum Begeben Geld gehört, bewilligte der Reichstag die Summe von 80 000 M. für Begebenen und speziell zur Abführung der schwarzen Arbeiter. Dieses Geld soll nun, wie es in Kamerun das Tagesgespräch war, zum Bau des neuen Gubernementpalastes verwendet worden sein. Tatsächlich bestätigten mir sämtliche Häuptlinge an der neuen Karawanenstrasse, bis weit ins Innere hinaus, das heißt, soweit der Bezirk Johann-Albrechtshöhe (Warombi-Station) am Elefantensee geht, daß sie zur Arbeit und Begebenen mit ihren Leuten gepreßt wurden. Sie hätten nicht nur keine Entschädigung erhalten, sondern die Eingeborenen noch selbst bestreiten müssen. Falls der Häuptling nicht so ohne weiteres auf diese „Bedingungen“ eingehen wollte, wurde er in Ketten gelegt, und mußte auf der Station arbeiten, jedoch nicht ohne zuerst seine 25 Hiebe mit der Flußpferdpeitsche ausgezählt zu erhalten!

Ueberall hörte man nur Klagen der Eingeborenen. Tatsache ist, daß man in den eingeweihten Kolonistenkreisen seit Jahren mit einem allgemeinen Aufstand in Kamerun rechnete, der alles bisher Dagewesene in dieser Kolonie in den Schatten stellen würde. Dieser Aufstand wäre unter dem alten Regiment nur noch die Frage einer ganz kurzen Zeit gewesen, die Folgen aber wären unberechenbar gewesen!

### Husland.

#### Oesterreich.

##### Eine Kundgebung der Prager Arbeiter.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet vom 13. August aus Prag: Gestern vormittag um 10 Uhr fand auf der Sehnfel eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Massenversammlung statt, deren Tagesordnung lautete: „Die Wahlreform und ihr Ergebnis. Der Kampf gegen die „Kardoni Politik“.“ Die Versammlung war eine der gewaltigsten Kundgebungen des Prager Proletariats seit langem. Gut zehntausend Genossen und Genossinnen kamen lange vor Beginn in geschlossenen Zügen anmarschiert, unbekümmert um das Polizeiaufgebot, das übrigens den anmarschierenden Massen kein Hindernis in den Weg legte.

Der Wenzelsplatz und mit ihm der Häuserblock, in dem die „Kardoni Politik“ ihre Redaktion hat, glichen einem Feldlager der Polizei. Alle Zugänge zu dem Gebäude waren den ganzen Tag über abgeperrt.

Die Versammlung nahm einen erhebenden Verlauf. Als erster Redner sprach Genosse Skala aus Madno über die Wahlreform. Genosse Soukup vom „Pravo Lidu“ führte das Referat über die „Kardoni Politik“. Unter jubelnder Zustimmung der Versammlung beantragte er eine Resolution, in der das tschechische Proletariat aufgefordert wird, daß das Heftblatt „Kardoni Politika“ aus jedem Arbeiterhaufe, aus jeder Arbeiterfamilie, wo es immer angetroffen wird, zu entfernen und daß dafür das „Pravo Lidu“ einzuführen sei.

Die Versammlung verlief in vollster Ordnung bis zu ihrem Ende. So wie die einzelnen Organisationen gekommen waren, in geschlossenen Zügen, so marschierten sie auch wieder ab.

### Schweiz.

#### Die Kämpfe in Zürich.

Zürich, 12. August. (Fig. Ver.)

Der Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den Behörden mit ihrem reaktionären Willen ist in ein neues Stadium getreten, dem der Humor nicht fehlt. Der vorläufige und einbrudende Verkauf des an Stelle des verbotenen Demonstrationszuges am Dienstag angeführten Waffensparierganges lud zur Wiederholung ein, die gestern nachmittag von 5 bis 7 Uhr stattfinden sollte. Die Regierung antwortete darauf mit dem telegraphischen Aufgebot einer Schwadron Kavallerie, worauf die Arbeiterunion einfach beschloß, die Kundgebung zu unterlassen. Das ergötliche Spiel, bei dem Stadtrat, Regierung und die ganze Bourgeoisie die Genarrten sind, während es der Arbeiterklasse viel Freude und Spas bereitet, laun sich in Zukunft noch manchmal wiederholen. Die Arbeiterklasse hat dabei nichts zu verlieren, sie hat die Lächer auf ihrer Seite und sie kann mit dem „Vettelstudent“ sagen: „Wir wollen sehn, wer früher müd, ich oder Du!“

#### Die Geze der Unternehmer hat gewirkt.

Zürich, 14. August. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genosse Redakteur Gauth wurde von der Züricher Regierung mit vierzehntägiger Feist aus dem Kanton Zürich ausgewiesen; angeblich sollen

nach weitere 30 Ausländer folgen. Die Demonstrationszüge sind von der Regierung verboten worden. Am nächsten Sonntag findet ein außerordentlicher sozialdemokratischer Parteitag in Zürich statt.

### Frankreich.

Deutsche aus französischen Kolonien ausgewiesen. Dem Pariser „Matin“ zufolge berichtet der Gouverneur von Französisch-Kongo Gentil an die Regierung in Paris, daß der ihm unterstehende Kapitän Chottes zahlreiche Beamte der Hamburg-Afrika-Gesellschaft aus dem Gabongebiete auszuweisen sich veranlaßt sehe. Gentil erklärt dieses Vorgehen billigen zu müssen, weil im Mai d. J. der Hauptagent einer französischen Kolonialgesellschaft Namens Dumont im ausschließlich französischen Dorfe Wissoma von Leuten des mit der Hamburg-Afrika-Gesellschaft in Verbindung stehenden Hauptagenten in Ebudu angegriffen wurde.

Dem „Tag“ wird dazu aus Hamburg von der Hamburg-Afrika-Gesellschaft gemeldet, daß ihr von der Sache noch nichts bekannt sei. Es handelt sich um die allbekannte Grenzfrage zwischen Kamerun und Französisch-Kongo, der durch eine deutsch-französische Grenzkommission entschieden werden solle. Stelle es sich heraus, daß das strittige Gebiet — die kleine Orttschaft Mindel — französisch sei, so werde die Gesellschaft natürlich den Platz räumen müssen; anderenfalls wird sie ihn wieder besetzen. Jedenfalls aber enthalte die Meldung Aufbauschungen und Unrichtigkeiten, denn Kapitän Chottes könne z. B. nicht zahlreiche Beamte der Hamburg-Afrika-Gesellschaft angewiesen haben, da sich nur zwei Beamte dort aufhielten. Der sogenannte Hauptagent Ebudu sei gar kein solcher, sondern ein einfacher Händler, der in keinem Beamtenverhältnis zur Gesellschaft stehe. Wahrscheinlich werde sich der ganze Angriff der Leute des Ebudu als Prügelei zwischen rivalisierenden Schwarzen herausstellen.

### Spanien.

Cadix, 14. August. Wegen des Verbotes der Abhaltung einer Protestversammlung gegen die Aljise kam es in Cádiz zu einem blutigen Zusammenstoß, bei welchem der Bürgermeister und ein Gemeinderat Verletzungen davontrugen. Die Bürgergarde gab Feuer, wodurch mehrere Personen verwundet wurden.

### Dalman.

Der griechisch-bulgarische Konflikt. Die bulgarische Regierung ist eifrig bestrebt, die Verantwortung für die Griechennegationen in Anghalo abzuwälzen. Aus Sofia wird vom 13. August berichtet:

Der Ministerrat beschloß, zur Verhütung weiterer antigriechischer Ausschreitungen die strengsten militärischen Maßnahmen zu treffen. Namentlich soll das Militär angewiesen werden, auf die Exzedenten scharf zu schießen. Ferner bewilligte der Ministerrat für die obdachlos gewordene Bevölkerung von Anghalo den Betrag von 100 000 Frank und die Abführung von Militärzügen.

Indessen rebanchierten sich die Griechen in Mazedonien. Aus Konstantinopel wird vom 14. August gemeldet:

Griechische Banden treiben noch immer ihr Unwesen. In der letzten Nacht hat eine aus etwa 30 Köpfen bestehende griechische Bande auf dem Meierhof Javorjan bei Saloniki acht Gebäude niedergebrannt und zwei Bulgaren und einen Kuyowallachen entführt. In derselben Nacht hat eine aus etwa 60 Köpfen bestehende griechische Bande in den 30 Kilometer von Javorjan entfernten kuyowallachischen Dorfe Watapin mehrere Häuser niedergebrannt; 6 Personen wurden getötet und 4 Personen verwundet. Einige Mitglieder der Bande trugen türkische Militäruniformen.

### China.

Versteckungstaktik. Die Londoner „Times“ meldet aus Peking vom 12. d. M., daß die Angelegenheit der englischen Eisenbahn in China eine sehr unbefriedigende Entwicklung nehme, da die chinesische Regierung hinsichtlich der drei im September 1898 gewährten Konzessionen eine ausweichende und hindernde bereite Haltung an den Tag lege.

## Gewerkchaftliches.

### Christliche Wohlfahrt.

Der Zustand der „christlich“ organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Papierfabrik von J. W. Zanders in Berg-Gladbach bei Köln ist nach dreiwöchiger Dauer verloren gegangen, teils infolge der taktischen Ungeschicklichkeiten und der schwachen Kasse des „christlichen“ Verbandes, teils weil es der Firma gelungen war, den Betrieb notdürftig aufrecht zu erhalten. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Rheinland-Westfalens, nimmt den Ausgang dieses Kampfes christlich-organisierter Arbeiter gegen eine hochchristliche Firma zum Anlaß folgender Ausführungen:

Die Firma hatte es verstanden, einen Teil der Arbeiterklasse durch sogenannte „Wohlfahrteinrichtungen“ in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Einigen ist zur Erbauung eines eigenen Heimes ein Vorfuß von tausend Mark gegeben worden; andere glaubten in Rücksicht auf die versprochenen aber nicht ausgezahlten Prämien in der Höhe des zehnfachen Tagelohns (an die Arbeitswillingen!) nicht mitstreiten zu dürfen. In welcher Weise diese Vergünstigungen überschätzt werden, erhellt am besten aus folgender Gegenüberstellung: Im vergangenen Jahre wurden für die geplanten Wohlfahrts-einrichtungen 16 000 Mark verausgabt. Eine Lohn-erhöhung von nur 15 Pfennig den Tag hätte aber den Betrag von 40 000 Mark erfordert.

Die sozialdemokratische Presse hat die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen seit je als Humbug gekennzeichnet, als Sand in die Augen der Deffentlichkeit und als Ketten an den Füßen kämpfender Arbeiter. Dafür, daß die sozialdemokratische Presse diese Wahrheit ausgesprochen hat, ist sie angepöbelt und als heberisch bezeichnet worden, nicht zum mindesten auch aus den Reihen der Zentralblätter. Jetzt aber hat eine Zentrumsgewerkchaft es am eigenen Weibe fühlen müssen, wie sehr wir recht hatten.

### Berlin und Umgegend.

Achtung! Metallarbeiter! Die Kollegen von der A. E. G., Schreibmaschinenfabrik, Hüttenstr. 17/20, haben am Montag wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Wir eruchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden. Die Fabrik ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Zum Streik bei der Palettsahrt.

Nicht nur in Berlin, sondern auch in Breslau sucht die Palettsahrtsgewerkchaft Streikbrecher, aber bisher ohne den gewünschten Erfolg.

Die Arbeiter in Breslau seien gewarnt! Die Streikenden halten unter der umsichtigen Führung des Transportarbeiter-Verbandes wacker zusammen und finden unter den organisierten Arbeitern viel wertvolle Unterstützung auch im kleinen. Auf folgende Firmen, die der Palettsahrt Dienste leisten, sei hiermit aufmerksam gemacht:

Bitte, Ackerstraße; Lohowitzki, Gneisenaustr. 72; Sahn Nachf. Tornow, Cuvyrstraße; A. Geryog, Zimmerstraße; Gumb, Gröningerstr. 45; Schone, Lohmühlenstraße; Wille, Hildorf, Panmerstraße; Fiedler, Kohlenstraße; Wagnertorstr. 41; Gertel, Kohlenhandlung, Prinzenstr. 18; Würfel, Köhler-



Handlung, Wasserstr. 17; Dresener, Prinzenstr. 19; Dreisch, Reimstr. 8; Schürcke, Stalherstr. 35; Wieting, Grünkrandhändler, Liegnitzerstr. 16; Ruppelt, Brangelstraße, fährt Jung.

Die Versammlung der Kollkutscher am Montagabend bei Keller in der Koppensstraße war eine große Demonstration zugunsten des Streiks bei der Palettfahrtgesellschaft. Der große Saal war dicht gefüllt, als gegen 10 Uhr die Versammlung eröffnet wurde. Polizei war auch zahlreich vertreten, aber Ruhe und Ordnung wurden bestens gewahrt. Auf der Bühne fand man hinter den Kulissen einen Direktor der Palettfahrtgesellschaft, der begierig schien, sich von der Größe und dem Geiste der Versammlung persönlich zu überzeugen.

Der Redner des Abends, A. Werner, gab einen Ueberblick über die Entstehung des Streiks und die gegenwärtige Situation, wie sie die Leser des „Vorwärts“ aus den regelmäßigen Berichten kennen. Er legte Wert darauf, festzustellen, daß er am letzten Mittwoch noch zu Unterhandlungen auf Freitag, den 10. August von der Direktion eingeladen worden war, während am Donnerstag eine Ueberumpelung der Angelegenheiten versucht wurde, die sich mit 5 M. Zulage zufrieden geben sollten. Zur größten Ueberraschung der Direktion scheiterte der Friede und der Streik begann. Werner kritisierte scharf die Taktik der bürgerlichen Presse, die meistens darauf gerichtet war, das Publikum gegen die Streikenden einzunehmen; er führte die Löhne an, welche die Streikenden erhielten, zeigte ferner das Verhalten der Polizei, die sich ganz auf Seiten der Palettfahrtgesellschaft stellt und beleidigte dann die Markgrönde der Streiker im Fortgang des Kampfes. Sein Appell an die Kollkutscher aller Spediture, keine Streikarbeit zu verrichten, fand den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die am 13. August bei Keller versammelten Kollkutscher und Mitfahrer nehmen Kenntnis von dem Stand des Streiks der Kollegen von der Palettfahrtgesellschaft. In Erwägung, daß die Löhne der Palettfahrtgesellschaft unseren Zeitverhältnissen nicht im mindesten mehr entsprechen und die geforderten Löhne bereits bei allen übrigen Firmen dieser Branche gezahlt werden, in fernerer Erwägung, daß einerseits die Direktion der Palettfahrt diese Löhne nur ganz minimal aufbessern wollte, und andererseits dieselbe Direktion jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt hat, ist der Streik als voll und ganz berechtigt anzusehen. Die Versammelten sprechen ihren kämpferischen Kollegen ihre volle Sympathie aus und versprechen, die Streikenden in moralischer als auch in materieller Beziehung zu unterstützen. Die Versammelten erklären weiter, jede Arbeit, die als Streikarbeit zu betrachten ist, strikt abzulehnen und im Zweifelsfalle die Verhandlung zu befragen. Die Versammelten ermahnen ihre streikenden Brüder, in diesem gerechten Kampfe anzuharren, bis der propädeutische Standpunkt der Direktion gebrochen ist und die Forderungen anerkannt sind.

In der Diskussion wurde die Zwangsabrottung von den Bahnhöfen lebhaft besprochen. Laut Kontrakt mit der Wohnverwaltung müssen die Güter von den Bahnen binnen kurzer Frist abgerollt werden. Ohne die Hilfe der anderen Spediture wird die Palettfahrt dadurch bald in große Schwierigkeiten. Folgender Antrag gelangt zur Annahme:

Die Versammlung der Kollkutscher und Begleiter beauftragt die Verhandlung, bei dem Lokalverein der Spediture darauf zu dringen, daß morgen, Dienstag, eine Sitzung der Kommission der Spediture und einer Kommission der Kollkutscher zur Frage der Zwangsabrottung Stellung nimmt. Sollte der Lokalverein weiter verlangen, daß die Kollkutscher Zwangsabrottung verrichten, so soll sofort eine neue Versammlung die weiteren Schritte beschließen.

Werner gab bekannt, daß sich der Speditureverein um eine Beilegung des Streiks bemüht. Kommerzienrat Jakob, Vorsitzender des Vereins, hat sich zur Vermittlung bereit erklärt, falls er schriftlich dazu aufgefordert würde, was von Seiten der Arbeiter auch gewünscht ist.

Gestern vormittag hielten die Spediture allein eine Konferenz ab, um auf die Palettfahrtgesellschaft zugunsten eines schnellen Friedensschlusses einzuwirken. Diese Bestrebungen stießen zuerst auf Widerstand von Seiten der Palettfahrtgesellschaft, die nicht mit dem Verband verhandeln möchte. Später gelang es der vernünftigen Tätigkeit des Kommerzienrates Jakob, eine günstigere Antwort zu erhalten. Die Gesellschaft erbat sich Bedenkzeit bis zum nächsten Tage, Mittwoch vormittag 10 Uhr, ob sie in Unterhandlungen mit Hinzuziehung eines Vertreters des Zentralverbandes eintreten wolle. Von dieser Entscheidung der Gesellschaft wird es also jetzt abhängen, ob Friedensunterhandlungen beginnen werden.

Zentralverband der Maurer (Sektion der Gips- und Zementbranche). Hierdurch unseren Kollegen zur Mitteilung, daß sich bei der Fabrikfirma Allner u. Conrad, Dammstraße 20, am 11. dieses Monats Zahlungsschwierigkeiten eingestellt haben. Ein Teil der dort beschäftigten Kollegen hat die Hälfte, ein Teil den dritten Teil und einige keinen Lohn erhalten. Wir geben dieses unseren Kollegen hiermit zur Kenntnis und warnen davor, bei der Firma in Arbeit zu treten.

Zentralverband der Rautek. Achtung, Portefeuille und Leberkasentierarbeiten! Bei der Firma Golembiewski u. Lambers, Markgrafenstraße 13, ist eine Einigung erzielt worden und haben die Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Verband der Portefeuille. Die Berliner Herrenkonfektions Schneider (Handnäher, Wügler, Stepper usw.), die bei Zwischenmeistern der Stapelkonfektion in Arbeit stehen, hielten am Montagabend eine starkbesuchte Versammlung in den Müllersälen, Kaiser Wilhelmstraße, ab, um zu der Frage der Einführung der 10stündigen Arbeitszeit im Beruf Stellung zu nehmen. Das Referat hielt Schertel-Stettin, welcher unter anderem erklärte, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine der wichtigsten Fragen für die gesamte Herrenkonfektionsindustrie bildet; wie ihm mitgeteilt sei, betrage die Arbeitszeit in Berlin noch 11, 12 und mehr Stunden, da müsse Wandel geschaffen werden. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Schneiderverammlung erklärt die derzeitigen Arbeitsbedingungen in der Stapelkonfektion für unhaltbar und sieht in der Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden das Ziel, dem auf dem nächsten Wege zuzustreben ist. Die Versammelten verpflichten sich, tätig zu sein, um die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen, erjudet aber gleichzeitig die Ortsverwaltung, die vorbereitenden Schritte möglichst sogleich einzuleiten, um in Kürze die Forderung der gehaltvollen Arbeitszeit stellen und durchzuführen zu können.“

Folgende Zuschrift erhalten wir: Zu dem Artikel in Ihrem Blatte Nr. 187 vom 14. August er., die Werkzeugmacher von Gillschewski betreffend, bitte ich folgende Erklärung in Ihrem Blatte gefälligst aufnehmen zu wollen. — Die Firma Gustav Gillschewski, Wersstraße 5, die zu meinen Kunden zählt, hat das Referat wegen Annahme von Werkzeugmachern unter meiner Firma einzulassen lassen, ohne mich davon vorher in Kenntnis zu setzen; ich selbst habe mit dieser Angelegenheit absolut nichts zu tun. Otto Siemund, Eisenwarengeschäft, Reimendorferstraße 78.

Deutsches Reich. Bei der Kaminaufirma Hof in Frankfurt a. M. haben sämtliche Maurer die Arbeit eingestellt. Bezug nach deren Bauten in Frankfurt, Kaiserlautern, Essen, Wuppertal, Griesheim a. M. ist ferngehalten.

Das Streiken sogar in Halle nicht verboten! Die Staatsanwaltschaft in Halle klagte jüngst bekanntlich im öffentlichen Interesse für Arbeitswillige, die sich durch das

Wort „Nichtstreiker“ beleidigt fühlen, und am Montag klagte sie im Interesse eines Unternehmers, der sich gekränkt fühlte, weil er als „robust“ bezeichnet worden war. Als „Beleidiger“ mußte der Maurer Hermann Voigt vor dem Schöffengericht auf der Anklagebank Platz nehmen, weil er in einer Streikversammlung gesagt hatte: „Dem robusten Unternehmer, Maurermeister Reichardt, müsse man einmal auf die Finger kommen.“ Zeuge Gendarm Vock, der in Eurg in der Aue jene Versammlung überwacht hatte, sagte aus, er habe in dem Worte robust eine Auffregung und auch eine Beleidigung des Maurermeisters Reichardt erblickt, weshalb er die Worte für zu Papier genommen habe. Zeuge habe es auch dem Reichardt angemerkt, wie entschieden dieser sich beleidigt gefühlt habe als er ihm das verletzende Wort mitgeteilt habe. Der Staatsanwalt war so freundlich, gegen Voigt wegen Kränkung des Unternehmers 50 Mark Geldstrafe zu beantragen. Dem Gericht schien die Geschichte denn doch über die Hutschnur zu gehen und es sprach Voigt mit folgender Begründung frei: „Das Streiken und die Aufforderung dazu ist nicht verboten. Es ist das gute Recht eines jeden Preußen, sich zu versammeln und in der Versammlung auch den Mund aufzutun. In dem Ausdruck „robust“ habe das Gericht unter keinen Umständen eine Beleidigung für den Unternehmer erblicken können. Die Kosten trägt die Staatskasse. — Der Staat könnte viel Geld sparen, wenn in solchen Fällen den Staatsanwälten, die solche Klagen einbringen, die Kosten aufgebüdet würden.“

#### Ein Lohnkampf gegen den deutschen Montantrust.

Auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ bei Aachen droht am Donnerstag, den 16. August, ein etwa 850 Mann umfassender Zeil-ausstand auszubrechen. Die Arbeiter haben sich wiederholt an die Direktion gewendet. Hier und da wurde auch durch Abstellung kleiner Mißstände etwas erzielt, im Laufe des Frühjahrs auch eine kleine Lohnerhöhung für einzelne Abteilungen bewilligt. Gleichzeitig ging die Hütte dazu über, Arbeiter aus Oberschlesien heranzuziehen. Diese erhielten bedeutend höhere Löhne wie die Einheimischen, obgleich sie zumest noch nie auf einem Eisenwerk gearbeitet hatten. Dazu kommt, daß die Hütte an qualifizierte Arbeiter, Walzer, Schweißer usw. von geringeren Löhnen zahlt, als wie solche im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, an der Saar, in Lothringen und in Luxemburg üblich sind. Im Laufe des vorigen Monats traten die Arbeiter wieder an die Werkleitung mit Forderungen heran bezüglich des Lohnes, der Mittagspausen und der Art der Auszahlung. Die Direktion gab keine Antwort. Dann reichten 800 Arbeiter die Kündigung ein. Die Direktion wandte sich mit einem Flugblatt an „ihre“ Arbeiter, in welchem sie die Unterchristen (die Lohnforderungen und die Kündigungen waren schriftlich auf Sammelbögen, von welchen der Direktion eine Abschrift zugestellt wurde, erfolgt) als falsch, die Schriftstücke, zu deren Prüfung keine Veranlassung vorliege, als anonyme Eingaben erklärte. Weiter bezog sie sich auf die bereits erfolgten geringfügigen Aufbesserungen und betonte, „daß eine Gewährung der geforderten Forderungen nicht erfolgen kann und nicht erfolgen wird.“ Eine halbtägige Frühstückspause und eine einstündige Mittagspause solle zur Einführung gelangen. Dieses wäre schon erfolgt, wenn die Anlieferung der maschinellen Einrichtungen nicht durch die vielen meist erfolglosen Arbeitseinstellungen der Former und anderer Arbeiter der Maschinenfabriken sehr verzögert worden wäre.“ (Lebhafte Behauptungen sind direkt unklar. D. V.) Dann wendet sich die Hüttenleitung direkt an „unsere Arbeiterschaft, mit welcher die jetzige Verwaltung seit nunmehr 31 Jahren in Frieden zusammengearbeitet hat, bis durch Verhöhnung und Vorpiegelungen die Ruhe und die Zufriedenheit gestört worden sind; wir ersuchen unsere alten Arbeiter, deren Väter und Großväter in früheren Jahren, deren Söhne und Enkel jetzt ein im Bergbau zu allen anderen Gewerbszweigen gutes Auskommen in guten und schlechten Zeiten gehabt haben und jetzt haben, den Versprechungen und Verlockungen, welche von gewerbsmäßigen Hebern an sie herantreten, kein Gehör zu geben und nicht durch Kündigung ihres Dienstverhältnisses ihren regelmäßigen Verdienst, die Sicherung der Zukunft für ihre Witwen und Waisen in Frage zu stellen.“ Dann wird angekündigt, daß, wenn die Zurücknahme der Kündigung nicht in einer, zur Aufrechterhaltung des Ofenwalzwerks und der Abzugsbetriebe genügenden Anzahl erfolge, nach Ablauf der Kündigungsfrist alle Betriebe eingestellt und alle Arbeiter entlassen würden. Sollte die Kündigung der Hütte sich bewahrheiten, so würden etwa 6000 Arbeiter davon betroffen.

Die Arbeiter fordern für Schweiß- und Walzmeister 8 M., für alle anderen Stufen verhältnismäßig weniger bis herunter zu 3,20 M.; für Abzugsbetriebe 10 Proz. Lohnerhöhung als Ersatz für einen höheren Abzug, den man ihnen vor fünf Jahren bei schwachem Geschäftsgange machte und den man „vergaß“, ihnen, wie versprochen, wiedergeben. Die Hütte sagt, sie könne nicht bewilligen. Die deutsche Eisenindustrie umfaßt kein Unternehmen, welches so kolossale Gewinne abwirft wie der „Aachener Hütten-Aktien-Verein“. Seit 1880 bis 1906 zahlte die Gesellschaft stets Dividenden von 10 bis 50 Prozent. Im letzten Jahrzehnt betrug sie immer 20, 25, 30, 35, 40 und 50 Prozent. Die Abschreibungen gingen jährlich in die Millionen; das Aktienkapital wurde mehrmals erhöht bis auf 1 1/2 Millionen Mark. Bei der Gründung des Montantrusts wurde der Hüttenverein mit 31 Millionen in Anfang gebracht; die neuen Aktien standen an der Börse auf 230. Rechnet man das Ergebnis der letzten zwei Jahrzehnte, so ergibt sich, daß die Aktionäre in der Zeit reichlich siebenmal ihr Kapital zurück erhielten, unterdes der Wert der Hütte auf dem Aktienmarkt auf 72 Millionen gestiegen ist.

Pro Kopf der Beschäftigten erzielte die Gesellschaft im Jahre 1904 einen Reingewinn von 600 M. und im Jahre 1900 belief sich der Reingewinn pro Kopf der Arbeiter gar auf 945 M.!

Und diese Gesellschaft erklärt, keine 10 Prozent Lohnerhöhung zahlen zu können, erklärt sich eher bereit, den ganzen Betrieb still zu legen, als den Arbeitern anfängliche Löhne zu zahlen! Der Aufsichtsrat der Hütte läßt erklären, daß er mit den Maßnahmen der Verwaltung einverstanden sei; der Verein mit dem langen Namen in Düsseldorf hat sich solidarisch erklärt. Er will dem Montantrust helfen, die Arbeiter niederzuknüeten. Die Herren haben das Kampfobjekt richtig erfaßt. Er geht um all die tausende Arbeiter, die in den Hütten Wehweh schafften. Sie für die Organisation gewinnen, in ihr kämpfen und siegen zu lernen, haben die Gewerkschaften sich angefehlet. Die Eisenkönige wollen es hintertreiben. Sie werden sich überzeugen müssen, daß hier ihre Millionen verfliegen.

Ein Telegramm meldet noch: Das Hüttenwerk „Rote Erde“ hat, wie das „Echo der Gegenwart“ meldet, bekannt gegeben, daß auf seine Aufforderung hin nicht genügend Arbeiter ihre Kündigung zurückgenommen haben, um das Walzwerk in Betrieb zu halten. Infolgedessen werden am 16. d. M. das Thomas-Stahlwerk, das Siemens-Rottin-Stahlwerk sowie die Schlackenmühle nebst Kesselanlagen und der Maschinenbetrieb stillgelegt werden. Wie weit die übrigen Arbeiter in den nächsten Wochen beschäftigt werden können, lasse sich noch nicht übersehen. Infolgedessen habe das Werk auch diesen Arbeitern zum 31. d. M. ihre Kündigung zugestellt. —

Etwas ganz Sonderbares vom § 153. In Hof streikten vor einiger Zeit die Maurer und die Zettlarbeiter zu gleicher Zeit. Der 18 Jahre alte Maurer Henselmann rief eines Tages zwei Streikbrecherinnen von der Teppichfabrik vom Gerüst aus zu: „Schellen sollten sie Euch haushauen, haushämeihen sollten sie Euch,

Ihr Streikbrecherinnen!“ Nun kann man doch nicht gut annehmen, der junge H. habe die zwei Zettlarbeiterinnen zur Teilnahme am Streik veranlassen wollen, denn er stand im selben Moment, als er die angegebenen Anweisungen machte, selbst als Streikbrecher auf dem Gerüst und er hat bis heute vom Solidaritätsgefühl keine Ahnung! Das Schöffengericht in Hof verurteilte den H. aber trotzdem wegen Vergehens gegen § 153 zu drei Tagen Gefängnis!

#### Ausland.

##### Ein weiterer Schritt zur Einheit der Arbeiterbewegung.

Als solcher wird die in Aussicht genommene Mitarbeit der hervorragenden französischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsführer an der „Humanität“ erachtet. Unter den ersteren befinden sich vor allem die Bouget, Latapie, Griffuelhes und Renoir. Es ist dies also gerade diejenige Richtung, welche der Partei direkt feindselig gegenübersteht. Öffentlich wird die Macht der Verhältnisse die anarcho-syndikalistischen Rutzgewerkschaftler zu der Ueberzeugung bringen, daß der gewerkschaftliche Kampf allein zu einer vollen Befreiung der Arbeiterklasse nicht führen kann. Einstweilen aber halten die Genannten an ihrer antiparlamentarischen Auffassung fest und sie bringen diese in einer Erklärung der „Humanität“ ziemlich schroff zum Ausdruck. Sie erachten den Kampf auf gewerkschaftlichem Boden als den eigentlichen Klassenkampf, dessen Klarheit hier in keiner Weise getrübt werde. Der Kampf soll nach ihrer Meinung auch in Zukunft außerhalb aller politischen Schulen geführt werden. Ihre ständige Mitarbeit an der „Humanität“ dürfte also keinerlei Hoffnung erwecken, daß eine Annäherung zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien Platz greifen könne. — Wie schon oben bemerkt, ist dennoch zu hoffen, daß mit der Zeit eine solche Annäherung zwischen der sozialistischen Partei und den Gewerkschaften auch in Frankreich vor sich gehen werde.

## Versammlungen.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche des hiesigen Zweigvereins des Maurerverbandes hat sich in zwei Generalversammlungen mit einem Antrag der Gruppe der Zementierer beschäftigt, wonach die Gipsarbeiter der Zementbranche wieder in den Maurerverband aufgenommen werden sollten und nicht mehr, wie es auf Grund eines Kartellvertrages seit dem 1. Januar dieses Jahres geschieht, dem Bauhilfsarbeiter-Verband überwiesen werden. In der ersten Versammlung entstand hierüber eine so lange und teilweise erregte Debatte, daß die Sache vertagt werden mußte. In der zweiten Versammlung, die am 10. August in den Industrie-Festhallen stattfand, wurde die Sache jedoch kurz und ruhig erledigt. Für den Antrag der Zementiererguppe wurden 72 Stimmen abgegeben, und dagegen mit 78 Stimmen auf Antrag einer erweiterten Sitzung des Sektionsvorstandes beschlossen, die Angelegenheit bis zum Verbandsstag des Maurerverbandes, der im nächsten Jahre stattfindet, zurückzustellen. — Hierauf verlas der Kassierer Dersel die Abrechnung vom zweiten Vierteljahr. Die Einnahmen betragen 81 397,22 M., die Ausgaben 18 016,39 M., so daß ein Kassenbestand von 12 480,83 M. übrig blieb. — In der Diskussion über die Abrechnung wurde ein Antrag gestellt, wonach die rückständigen Streikbeiträge unbedingt bis zum 1. Oktober dieses Jahres bezahlt sein müssen. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die in der Abrechnung aufgeführte Miete von 20 M. im Monat für das Arbeitsnachweisbüro wurde von mehreren Mitgliedern als zu hoch bezeichnet. Dem Kassierer erteilte die Generalversammlung einstimmig Decharge.

Dann wurde über verschiedene Aufnahme- und Ausschlußanträge verhandelt. Beschlossen wurde, die Kollegen Emil Marquardt und Emil Volkmann gegen eine Buße von je 10 M., und Hermann Runge gegen 20 M. Buße wieder aufzunehmen. Die Bußen stehen in der Lokalkasse. Die Kollegen Samoil und Blümel sollen von dem Tage, wo sie sich an der Waspette beteiligten, als wieder aufgenommen gelten. Ausgeschlossen wegen Streikbruch, Akkordarbeit oder anderer Vergehens gegen die Grundsätze der Organisation wurden: Otto Dietrich, August Krieg, August Ditzendorf, August Trebbin, Emil Marx, Julius Vorollwieg und Oskar Gedde.

Als Delegierte der Gewerkschaftskommission wurden Otto Seefe, Rudolf Grundmann und Wilhelm Lemm gewählt.

Der Zentralverband der Steinarbeiter hatte am Freitagabend eine Mitgliederversammlung im Englischen Garten. Zum ersten Punkte der Tagesordnung, dem Stand der Aussparung in Berlin und des Streiks im Ruckhollgebiet, erklärte Hanschke, daß nichts Neues vorliege. Für die Ausgeberrten sei zum größten Teil gesorgt. Er empfahl die Wiederaufnahme der Resolution, die schon in den letzten beiden Versammlungen vorlag. Die Resolution lautet:

„Die versammelten Steinarbeiter erklären den in Bayern kämpfenden Brüdern ihre volle Sympathie und verpflichten sich, dieselben nach jeder Richtung tatkräftig unterstützen zu wollen. Insbesondere verpflichten sich die Kollegen, jede Streikarbeit, sowie auch das Verleihen halbfertiger Arbeit bis zur Erledigung der Differenzen zu unterlassen.“

Es wurde darüber Klage geführt, daß nicht immer strikte in dieser Weise verfahren worden ist, besonders was halbfertige Arbeit betrifft.

Die Erhöhung der Beiträge von 60 Pf. auf 70 Pf. wurde in geheimer Abstimmung mit 113 gegen 106 Stimmen verworfen; 6 Stimmen waren unglücklich. Verschiedene Unterstützungsgesuche wurden im zustimmenden Sinne erledigt. Für die ausgeperrten Lithographen und Steindrucker wurden je 50 Mark bewilligt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unwetterstürben.

Solingen, 14. August. (B. L. V.) Ein schweres Unwetter ist heute nachmittag über Solingen und Umgebung niedergegangen und hat namentlich in dem südlichen Stadteile mehrfachen Schaden angerichtet. In Schaberg stürzte infolge des heftigen Sturmes das Stationsgebäude ein, wobei mehrere Personen durch Glasplitter verletzt wurden. In Dopperhof wurde ein 13jähriger Knabe unter den Trümmern eines einstürzenden Hauses begraben und getötet, ein anderer schwer verletzt. In Wüdingen wurden die städtischen Anlagen stark beschädigt. Auch aus anderen Orten sind Meldungen eingelaufen, daß Häuser zusammenstürzten und Bäume entwurzelt wurden.

Aachen, 14. August. (B. H.) Ein kurzes, aber äußerst heftiges Gewitter entlud sich heute nachmittag gegen 3 Uhr über Aachen und Umgegend. Es herrschte während dieser Zeit fast vollständige Dunkelheit, so daß man in den Wohnungen Licht anzünden mußte. Der Wind schlug mehrere Male ein, hat aber nennenswerten Schaden nicht angerichtet, um so größeren jedoch die herniederströmenden Wassermassen, die in solchem Umfange Aachen seit einem Jahrzehnt nicht erlebt hat. Viele Straßen waren über Trottoirhöhe überschwemmt, infolgedessen auch zahlreiche Keller und Unterkeller überflutet. Die Feuerwehre wurde von zahlreichen Stellen aus gleichzeitig alarmiert.

### Schablose Bombe.

Riga, 14. August. (B. H.) In der vorigen Nacht wurden in der vornehmen Weinstube von Schwarz im elegantesten Stadtdiertel durch eine Pyrolytombombe sämtliche Fensterscheiben zerschmettert. Es wurde niemand verwundet.



Verbandstag der Schneider.

Berlin, 14. August.

Die heutige Sitzung begann mit der Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht. Dieselbe bewegte sich im allgemeinen in denselben Bahnen wie die gestrigen Debatten. Unter anderem wurde eine regere Agitation in der Branche der Damenschneiderei gewünscht. Weiter wurde bemerkt, daß die Agitation und Organisation in Ober-Sachsen nicht den Erwartungen entspreche. Mit Bezug hierauf sagte der Verbandskassierer Kämring: Das Arbeiterssekretariat in Rattowitz, welches die Generalkommission aus den Mitteln aller Gewerkschaften unterhält, habe für die Agitation unter den Schneidern nichts getan, der Verband sei deshalb mit dem Arbeiterssekretariat durchaus unzufrieden. Man habe schon den früheren Sekretär ersucht, für die Konfektions-schneider in Rattowitz und Beuthen etwas zu tun; er habe geantwortet, er werde die Sache im Auge behalten. Dabei sei es gewesen. Auch der jetzige Sekretär habe auf das Ersuchen des Schneiderverbandes nichts getan. Er habe die Sache so lange im Auge behalten, bis die Christlichen in Rattowitz und Beuthen alle organisationsfähigen Schneider für sich gewonnen hätten, so daß nur solche Elemente übrig geblieben seien, für die sich der Verband vielleicht bedanken werde. Die Generalkommission müsse Gewicht darauf legen, daß die von ihr angestellten Sekretäre auch den berechtigten Wünschen der Gewerkschaften Rechnung tragen und nicht nur die Sache im Auge behalten.

Nach Schluß der Debatte wurde dem Vorstände Decharge erteilt und ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß den Lokalsekretären, die eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet haben, Zuschüsse aus der Verbandskasse zu gewähren sind.

Der nun folgende Punkt der Tagesordnung lautet:

Bericht über die Presse.

Wohn-Berlin erstattete den Bericht namens der Preschkommission. Dieselbe hatte sich außer mit Dingen mehr geschäftlicher Natur auch mit der Haltung der „Nachzeitung“ im „Vorwärts“-Konflikt zu beschäftigen. Die Preschkommission hat eine Resolution angenommen, welche auf das entschiedenste protestiert gegen die einseitige Stellungnahme in den Nummern 44 und 45 der „Nachzeitung“ zu dem Konflikt der ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure contra Parteivorstand und Preschkommission.

Diese Angelegenheit nahm auch in der Diskussion einen breiten Raum ein.

Seider-Leipzig (Gaulleiter) sagte, nach dem Kölner Gewerkschaftskongress habe man von gewisser Seite in einer Weise über die Gewerkschaften geurteilt, die nicht schön war. Dagegen mußte die „Nachzeitung“ Stellung nehmen und das habe sie in einer Weise getan, die durchaus gebilligt werden könne. Mit der Haltung der „Nachzeitung“ zum „Vorwärts“-Konflikt erklärte sich der Redner nicht ganz einverstanden, es wäre praktischer gewesen, wenn die „Nachzeitung“ den Artikel der Generalkommission nicht abgedruckt hätte, denn das sähe so aus, als ob die Redaktion der „Nachzeitung“ seine eigene Meinung habe.

Wald-Leipzig wandte sich gegen die Behandlung der Maiseier in der „Nachzeitung“. Es genüge nicht, daß nur kurz vor der Maiseier über dieselbe etwas gebracht werde, sondern auch zu anderen Zeiten müsse die Redaktion auf die Bedeutung der Maiseier hinweisen. Den Verimpelungsversuchen der „Nachzeitung“ in der Frage der Maiseier, des Massenstreiks, müsse man entgegen-treten.

Zwei andere Redner führten aus, daß die Haltung der „Nachzeitung“ in der „Vorwärts“-Angelegenheit nicht billigen können.

Joseph-Dresden bezeichnete die Maiseiernummer der „Nachzeitung“ als lässlich. Außer einem Gedicht sei kein Wort über die Bedeutung der Maiseier gebracht worden. Unter der früheren Redaktion sei es in dieser Hinsicht besser gewesen. In der „Vorwärts“-Angelegenheit stellt sich der Redner prinzipiell auf den Standpunkt des Redakteurs, er betont jedoch, der Redakteur habe kein Recht, eine so scharfe Kampfesstellung gegen den Parteivorstand einzunehmen, das hindere die Ausbreitung der politischen Organisation unter den politisch noch indifferenten Mitgliedern.

Haverkamp-Bremsehafen meinte, mit den Artikeln zum „Vorwärts“-Konflikt habe die „Nachzeitung“ der Partei Knüttel zwischen die Beine geworfen und den sozialdemokratischen Mitgliedern des Verbandes einen Schlag ins Gesicht versetzt.

Kämring-Berlin führte aus, es wäre ihm lieber gewesen, wenn Sabath als Redakteur der „Nachzeitung“ seine eigene Meinung zum „Vorwärts“-Konflikt gesagt hätte. Die Aufnahme von Wack-zetteln könne er nicht billigen, er wüßte, daß die Generalkommission nicht wieder solchen Weg beschreite. Dagegen müsse aber gesagt werden, daß diejenigen daneben geschossen hätten, welche meinen, die „Vorwärts“-Angelegenheit sei eine Parteisache und gehe die Gewerkschaften nichts an. Der diesen Standpunkt vertritt, der möge sich zuerst an diejenigen wenden, welche als Parteigenossen ihre Nase in alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten stecken. Nach dem Kölner Gewerkschaftskongress sei man in der Parteipresse gegen die Gewerkschaftsführer mit einer Gehässigkeit vorgegangen, die einer besseren Sache würdig wäre. Es sei nicht wahr, daß die Gewerkschaftspresse den „Vorwärts“-Konflikt als eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit hingestellt habe. Nur gegen die Art, wie der „Vorwärts“-Konflikt gelöst wurde, habe man sich auf gewerkschaftlicher Seite gewandt, denn diese Lösung habe die Grundzüge verlegt, welche die Gewerkschaften beachten sehen wollen, wenn es sich um die Lösung von Arbeitsverhältnissen handelt. — Solche Dinge, wie sie sich beim „Vorwärts“-Konflikt abgespielt haben, seien nur möglich unter dem Einfluß des Berliner Milieus. Hier habe man es zu tun mit einer anarcho-sozialistisch-lokalistisch-radikalistischen Schieberkolonne unter Führung von Ater und Friedeberg. Immer, wenn diese Schieberkolonne Quartier abhalten, werde ein Gewerkschaftsführer am Spieß gebraten. Diese Schieberkolonne habe auch großen Einfluß in der Berliner Parteibewegung, und daraus lasse sich vieles erklären. Es sei zu bedauern, daß man in der Partei nicht längst gegen diese Elemente Stellung genommen habe. — Die Lokart, welche ein Teil der Parteipresse gegen die Gewerkschaftsführer angeschlagen habe, sei nicht zu billigen. In der Gewerkschaftspresse werde nicht gegen die Parteiführer Stimmung gemacht. Aber ein Teil der Parteipresse mache es sich zur Aufgabe, bei den Mitgliedern der Gewerkschaften gegen deren Führer Stimmung zu machen in einer Weise, die an Brunnenergrüftung grenze. Wie die Parteibewegung, so könne auch die Gewerkschaftsbewegung nur dann gedeihen, wenn Vertrauen zwischen den Mitgliedern und den Führern herrsche. Die anarcho-sozialistisch-lokalistische Richtung habe allerdings ein Interesse, dies Vertrauen zu stören. Da diese Richtung Einfluß auf den „Vorwärts“ habe, so sei es erklärlich, wenn man auf gewerkschaftlicher Seite dagegen vorgeht. In Berlin gebe es eine Anzahl von Kurparteigenossen, die nicht wollen, daß Gewerkschaftler überhaupt mitreden in Parteiangelegenheiten. Immer sei es die anarcho-sozialistisch-lokalistische Schieberkolonne, welche in dieser Richtung arbeite. Die von jener Seite veranlaßte gegenwärtige Debatte über Partei und Gewerkschaft sei nicht dem Unwissen über das, was zwischen Parteivorstand und Generalkommission verhandelt wurde, zu zuschreiben, sondern dem Kerger darüber, daß zu jenen Verhandlungen kein Vertreter der anarcho-sozialistischen Richtung hinzugezogen worden sei. Man könne es dem Parteivorstand nicht verzeihen, daß er mit den Gewerkschaftlern vom Engel-Flur an einem Tisch gesessen habe. — Im „Vorwärts“ werde diese Richtung geradezu begünstigt. Mit Befahren nehme der „Vorwärts“ die Berichte der Lokalistin in voller Länge auf, während die Berichte von anderen Gewerkschaften gekürzt werden. — Wenn ein gedeihliches Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wolle-

solle, dann müßten die gehässigen Angriffe auf die Gewerkschaftsführer in der Parteipresse eingestellt werden. — Die Maiseiernummer der „Nachzeitung“ hätte besser ausgestaltet werden können, es müsse auf die kulturelle Bedeutung der Maiseier hingewiesen werden. Der nächste Redner meinte, die Ausführungen Käming's gehörten eigentlich nicht hierher, sondern in eine Berliner Parteiverammlung.

Sista-Worms hält die Stellung der „Nachzeitung“ zum „Vorwärts“-Konflikt für berechtigt.

Schädlig-Hamburg teilt in der „Vorwärts“-Angelegenheit den von Käming vertretenen Standpunkt und billigt es besonders, daß die „Nachzeitung“ schnell Stellung genommen habe. Wenn dabei über die Schür gehandelt worden sei, so schade das nicht. Weiter sagte der Redner: Wir in der Provinz, um in der Ausdrucksweise der Berliner zu reden, haben die Auffassung, daß der „Vorwärts“ die Lokalistin geradezu verhässelt und dadurch großen Schaden in der Gewerkschaftsbewegung anrichtet.

Sabath-Berlin (Redakteur der „Nachzeitung“) schloß sich hinsichtlich der „Vorwärts“-Angelegenheit den Ausführungen Käming's an. Was er in dieser Angelegenheit in der „Nachzeitung“ gebracht habe, das sei seine ehrliche Ueberzeugung, die er als Gewerkschaftsbeamter und Gewerkschaftsführer zu vertreten für seine Pflicht halte. Wenn sich ein solcher oder ein ähnlicher Fall wiederholen sollte, werde er die gleiche Stellung einnehmen. Wenn ihm zum Vortritt gemacht werde, daß er den Artikel der Generalkommission aufgenommen habe, so bemerke er, daß er doch Mitglied der Generalkommission sei und deren Artikel sich mit seiner eigenen Meinung decke. Durch die „Vorwärts“-Angelegenheit sei eine gewerkschaftliche Frage berührt, deshalb habe die Generalkommission als oberste gewerkschaftliche Instanz dazu Stellung nehmen müssen. Redner habe durchaus nicht die Absicht gehabt, der Partei Knüttel zwischen die Beine zu werfen oder den Parteivorstand in Mißkredit zu bringen. Es handele sich auch nicht um eine Einmischung in Parteiangelegenheiten, sondern um Stellungnahme gegen die Art, wie man den „Vorwärts“-Konflikt zu lösen versucht hat. Dagegen mußte schon deshalb Stellung genommen werden, weil die Unternehmerorgane diese Angelegenheit auszunutzen suchten, indem sie sagten, man werde bei Lohnbewegungen die Vertrauensleute der Arbeiter zurückweisen, denn man könne sich ja darauf berufen, daß der Parteivorstand den Redakteuren das Recht bestritten habe, bei den Besprechungen über ihre Entlassung mitzureden. — Wenn unverantwortliche Leute in der Parteipresse gegen gewerkschaftliche Angelegenheiten Stellung nehmen, dann werden auch die Gewerkschaftsmitglieder als Parteigenossen das Recht haben, zu solchen Angelegenheiten wie der „Vorwärts“-Konflikt Stellung zu nehmen. — Zur Maiseier führte der Redner aus, er sei keineswegs ein Gegner der Maiseier, aber die gegenwärtige Form derselben halte er nicht für die richtige. Die große Masse der Arbeiter in der Großindustrie könne noch nicht an die Durchführung der Arbeitstrube denken. Es müsse eine Form gefunden werden, die allen Arbeitern die Teilnahme an der Maiseier ermögliche.

Nach einer kurzen Pause begrüßte der Vorsitzende den Kollegen Matthias-London, der als Vertreter des englischen Schneiderverbandes erschienen ist.

Matthias-London, der nunmehr das Wort erhielt, sagte, er wünsche, daß er von dem Geiste, der hier herrsche, und von dem Leben, welches die deutsche Organisation befehle, etwas auf die englischen Kollegen übertragen könne, bei denen das Klassenbewußtsein erst wenig entwickelt sei. Der Redner gab eine kurze Schilderung von den Verhältnissen der englischen Schneiderorganisation. Früher habe dieselbe nur gelernte Maßschneider aufgenommen, in letzter Zeit sei sie aber dahin gekommen, auch die ungelernen Konfektionsarbeiter aufzunehmen und gegen das bekannte Schweißsystem der Zwischenschneider vorzugehen. Von den Konfektionsarbeitern im Osten von London seien 9000 männliche und 1000 weibliche im Schneiderverbande organisiert.

Hierauf wurde die Debatte über die Presse fortgesetzt.

Schmidt-Kassel billigt die Haltung der „Nachzeitung“ zum „Vorwärts“-Konflikt und meint, die Kollegen, welche gegenteiliger Meinung sind, seien durch die Parteiblätter in ihren Orten suggeriert worden.

Ernst-Stettin kritisierte die Haltung der „Nachzeitung“ im allgemeinen, dieselbe siehe nicht mehr auf der Höhe, sie lasse die entscheidende Vertretung des Standpunktes der modernen Arbeiterbewegung vermissen.

Stühmer-Berlin: Hier könne man ja über die „Vorwärts“-Angelegenheit reden. In einer Berliner Mitgliederversammlung sei ihm durch Käram das Weiterreden unmöglich gemacht worden. Der Redner ging in längeren Ausführungen auf die Haltung der Gewerkschaftspresse zum „Vorwärts“-Konflikt ein, und schloß sich im allgemeinen dem Standpunkt an, den Käring und Sabath vertreten hatten. Niemand habe daran gedacht, der Partei Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Wir fühlen uns — sagte der Redner — so sehr als Parteigenossen, daß uns nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratie, der wir angehören und deren Bestrebungen wir als Parteigenossen fördern, Verlegenheiten zu bereiten. Wir können aber auch nicht anerkennen, daß die Gewerkschaften ihre Maßnahmen so einrichten sollen, wie es dem Parteivorstand und dem einen oder anderen Parteiredakteur gefällt. — Weiter führte der Redner aus, die Gewerkschaften hätten geradezu die Pflicht gehabt, sich gegen den Herrenstandpunkt zu wenden, den der Parteivorstand vertrat, als er den Redakteuren das Recht abspach, über ihre Kündigung gebürt zu werden.

Mitter-Berlin führte aus, er teile nicht den Standpunkt der Berliner Mitgliedschaft, welche die „Nachzeitung“ wegen ihrer Haltung im „Vorwärts“-Konflikt angegriffen. Die Leidenschaft habe in Berlin eine ruhige Erörterung dieser Angelegenheit unmöglich gemacht. Das sei ein Zeichen für den Tiefstand der Berliner Kollegen. Ein Indianergeduld habe den Kollegen Stühmer gebindert, in der Berliner Mitgliederversammlung seine Ansicht über den „Vorwärts“-Konflikt zum Ausdruck zu bringen. Diejenigen, welche das Indianergefühl anstimmten, seien weder politisch organisiert noch Leiter des „Vorwärts“, sie hätten also am allerwenigsten ein Recht gehabt, über die „Vorwärts“-Angelegenheit zu urteilen. Von den 2000 lokalistischen Zimmerern in Berlin seien nur 300 politisch organisiert und das sei eine Gewerkschaft derjenigen Richtung, die sich als Vertreter des Radikalismus ansieht. Gätten denn diese Leute ein Recht, sich als Wächter der Parteigrundsätze zu gebärden? — Die Gewerkschaften müßten sich dagegen verwahren, daß sie als ein Viertel und die andere Seite als drei Viertel betrachtet werden. Wenn die Sozialdemokratie in den letzten Jahren so große Erfolge zu verzeichnen hatte, so sei das der Tätigkeit der Gewerkschaften mit zu verdanken, denn sie haben die Arbeiter auf-gelärt und sie für die sozialdemokratischen Ideen empfänglich gemacht.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärten sich noch mehrere Redner für, andere gegen die Haltung der „Nachzeitung“ im „Vorwärts“-Konflikt. — Im übrigen wurden noch Beschwerden aus einzelnen Orten vorgebracht, die sich auf Einsendungen und Artikel über örtliche Gewerkschaftsangelegenheiten, Versammlungsberichte und dergleichen bezogen.

Wohn-Berlin, der als Vertreter der Preschkommission das Schlußwort erhielt, trat der Auffassung entgegen, daß die Lokalistin durch den „Vorwärts“ verhässelt würden. Die Lokalistin würden nicht begünstigt, man könne ihnen aber anderenfalls den „Vorwärts“ nicht sperren, so lange sie Parteigenossen seien. Die Organisation der Lokalistin gehe ja immer mehr zurück, es bedürfe nicht des Eingreifens der Partei, um sie unschädlich zu machen. — In der „Vorwärts“-Angelegenheit vertrat der Redner nochmals den Standpunkt der Preschkommission der „Nachzeitung“.

Sabath sagte in seinem Schlußworte: Mitter habe wohl gemeint, ein Teil der Schreier in der Berliner Mitgliederversamm-

lung sei nicht politisch organisiert. Von allen könne man das nicht sagen. Dies müsse ausdrücklich bemerkt werden, damit es später nicht heiße, hier sei die ganze Berliner Filiale als eine Indianerhorde hingestellt worden. Weiter ging der Redner auf die einzelnen Beschwerden ein und schloß mit der Bemerkung, er sei mit der hier geübten Kritik, die sehr anregend war, durchaus zufrieden. Er habe das „Nachblatt“ stets im sozialdemokratischen Sinne geleitet.

Ein Berliner Delegierter erklärte zu Mitters Bemerkung: Stühmer sei nicht in der Versammlung niedergebühren worden, nur eine Ausrufung von ihm habe Unruhe hervorgerufen, die als Schreier bezeichneten Kollegen seien meist politisch organisiert.

Mitter bemerkte, er habe natürlich nicht die Berliner Mitgliedschaft beleidigen, sondern nur ausdrücken wollen, daß die in jener Versammlung herrschende Leidenschaft eine ruhige sachliche Erörterung nicht ankommen ließ.

Damit war die Debatte beendet, es folgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Eine Resolution der Filiale Leipzig, welche besagt, der Verbandstag möge der Redaktion der „Nachzeitung“ seine Mißbilligung über ihre parteiische und unberechtigte Haltung in der „Vorwärts“-Frage ausdrücken, wurde mit 53 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag Leipzig des Inhalts, daß die „Nachzeitung“ zur Demonstration Artikel in befürwortendem und anfeindendem Sinne zu bringen hat.

Ferner wurde beschlossen, den Redakteur von den Expeditionsarbeiten zu entbinden und die Filialberichte mehr einzuführen, damit mehr Raum für politische und gewerkschaftliche Zwecke gewonnen wird.

Der Preschkommission wurde gegen eine Stimme, dem Redakteur gegen drei Stimmen Entlastung erteilt.

Damit schloß die heutige Sitzung.

Verichtigung. Nicht 48, wie in dem gestrigen Bericht steht, sondern 78 Delegierte sind auf dem Verbandstage anwesend ausschließlich der Vertreter der Verbands- und Gaulösungen. —

Aus der Partei.

Das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz.

Die Parteipresse ist dabei, das Protokoll ihren Lesern zu vermitteln. Die größeren Blätter: „Hamb. Echo“, „Sächs. Arbeiterzeitung“, drucken den ganzen Inhalt des vom „Vorwärts“ veröffentlichten Teils des Protokolls ab, die „Leipz. Volkszeitung“ legt ihn ihrer Montagsnummer als besondere Beilage nach Art der „Vorwärts“-Beilage bei. Einige Parteiblätter werden diesem Beispiele folgen. Kleinere Organe suchen sich mit Auszügen zu helfen.

Die „Vergische Arbeiterstimme“ aber fordert den Parteivorstand auf, das Protokoll allen Genossen zugänglich zu machen. Sie schreibt:

Es ist für ein kleineres Parteiblatt unmöglich, ein derart umfangreiches Protokoll vollständig wiederzugeben. Soll daher die Veröffentlichung nicht lediglich den Abonementen der großen Parteiblätter zugute kommen, so muß dafür gesorgt werden, daß das Protokoll durch die politischen Organisationen allen Interessenten innerhalb der Partei kostenlos zugänglich werden kann. Wir hoffen, daß der Parteivorstand bereits entsprechende Maßnahmen vorbereitet.

Ebenso schreibt die „Geraer Neußische Tribune“: „... Es wüßte sich kaum, was für einen Eindruck das Protokoll auf den Raum unseres Blattes nicht entfernt aus. Es ist aber anzunehmen, daß der Parteivorstand, nachdem nun einmal die Veröffentlichung erfolgt, das Protokoll als Broschüre herausgibt, so daß es jedermann zugänglich ist.“

Kritische Bemerkungen bringen bis jetzt nur wenige Blätter. Wir werden darauf zurückkommen, wenn die Ausrufungen zahlreicher geworden sind.

Parteiliteratur. Im Verlage der Buchhandlung der „Frankfurter Volksstimme“ ist soeben erschienen:

Die Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament. Reden von Jaures, Vallant und Clemenceau in der Deputiertenkammer Juni 1906. Uebersetzt von Max Quard. Preis 10 Pf.

Der Zweck der Schrift erschelt am besten aus dem vom Uebersetzer geschriebenen Vorwort, das also lautet:

Auch in deutschen Parlament hat es schon manche Zukunftsstaatsdebatte gegeben, die zur Weiterverbreitung unserer Weltanschauung erhebliches beitrug. Aber zwischen diesen Zukunftsstaatsdebatten und denjenigen, die wir im nachfolgenden aus dem französischen Parlament in freier, möglichst vollständiger und unferem politischen Sprachgebrauch angepaßter Uebersetzung wiedergeben, bestehen doch beträchtliche Unterschiede.

Im deutschen Reichstag stoßen wir entweder auf Kleinbürgerliche Liberale, die noch nicht einmal das Ab der Demokratie begriffen und noch viel weniger jemals gefaßt haben, am letzten gegen eine „Umstürzer“partei, wie die sozialistische; oder wir treffen auf bornierte ostheische Krautjunker und ihre geistliche Schutztruppe, die Pfaffen, die eine Diskussion über moderne Entwicklungsrichtungen gar nicht wollen, auch gar nicht führen können, und brutale Gewalt immer noch für das einfachste und erfolgreichste Mittel gegen den Sozialismus halten. Die letzteren beiden Mächte beherrschen unsere deutsche Regierung. Was dagegen den Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament ihren eigenen Reiz verleiht, das ist die Tatsache, daß unsere Genossen dort mit einer immerhin weiter als der unserigen politisch ausgebildeten bürgerlichen Demokratie und Großbourgeoisie sich auseinandersetzen, die erstens einmal sich im Gegensatz zur ohnmächtigen deutschen die Regierungsgewalt erkämpft und dieselbe soeben noch durch das große Werk der Trennung von Kirche und Staat gegen die Herrschaft von Weismedel und Sabel gefestigt hat, und die außerdem nicht schlechweg davon ausgeht, die Entwicklung zum Sozialismus zu leugnen. Natürlich ist sie dennoch durch und durch kapitalistisch, und der Gegensatz zwischen kapitalistischer und antikapitalistischer Weltanschauung durchzieht deshalb auch diese Weistesämpfe. Aber die Gegner kommen sich doch schon viel näher als bei uns. Man freuet sich bereits um Uebergangsmassregeln und ernsthaft um das Tempo der Entwicklung, die bei uns unmöglich völlig gelehrt wird. Alle diese Unterschiede in Sache und Form machen die grundsätzliche Erörterung aus den Junitagen von 1906 in der französischen Kammer zwischen den Führern der geeinigten und gekästigten Sozialdemokratie und den Vertretern der großbürgerlich-demokratischen Regierung, die weiß, daß sie auf dem von der großen Revolution von 1789 geschaffenen Boden steht, besonders anziehend und lehrreich. Hinzu kommt der eigene Reiz der Lage, der darin besteht, daß sich eine Sozialdemokratie mit der regierungsfähigen bürgerlichen Demokratie auseinandersetzt, die noch bis vor kurzem in förmlichem Verein mit dem radikalen Bürgertum die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit gegen die Reaktion verteidigen und befestigen half, nun aber, nach Gelingen dieses Werkes, sich als neu geeinigte und von den bürgerlichen Parteien getrennte proletarische Klassenpartei konstituiert hat. Sie richtet jetzt an den früheren bürgerlichen Kampfesgenossen, dem sie in den Sattel geholfen hat, die erste Frage danach, ob er stehen bleiben oder wenigstens die Wege von der bürgerlichen zur sozialistischen Demokratie ebnen wolle. Und die Antwort, die sie bekommt, ist wegen der verstaubten Ablehnung, die sie enthält, wegen der Kapitalistenwut, die sie berät, aber auch durch die Art, wie sie die kapitalistischen Kräfte verbirgt, geschichtlich ebenso bedeutsam wie die Regierungsk-



Unfähigkeit und der unaufhaltsame Rückgang der bürgerlichen Liberalen in Deutschland.

Die französischen Zukunftsstaatsdebatten zwischen Jaurès und Clemenceau lesen sich deshalb wie ein lehrreicher, zeitgenössischer Nachtrag zum „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels. Bei der Auswahl der überlieferten Reden folgten wir dem (meist stenographischen) Text, wie ihn unser Pariser Parteiorgan, „Die Humanität“, aus den Debatten unter Weglassung weniger bemerkenswerter Stellen mitgeteilt hat. Frankfurt a. M., im Juli 1905.

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Calau-Ludau fand am Sonntag in Finsterwalde statt. Es waren 14 Orte durch 31 Delegierte vertreten, außerdem sind anwesend sämtliche Kreisvorstände und Ausschussmitglieder, der Kandidat des Kreises, je zwei Delegierte der Berliner Agitationskommission und des Berliner Agitationsvereins für den Kreis Calau-Ludau, sowie der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“. Politisch organisiert sind gegenwärtig rund 600 Genossen im Kreise, die Gewerkschaften zählen über 4000 Mitglieder, die Leserschaft der „Märkischen Volksstimme“ hat sich auf 1142 gehoben, überhaupt hat die Bewegung in allen Orten mit Ausnahme von Weiskau gute Fortschritte gemacht. Der Lokalmangel ist nicht mehr so fühlbar wie früher. Verlagt wurden innere Ziviltätigkeiten. Die Gemeindeführer haben nur in einigen ländlichen Ortschaften etliche Mandate gebracht. Die Einnahmen betragen einschließlich des Bestandes vom vorigen Jahre (940 Mark) insgesamt 2731 Mark, die Ausgaben 1895 Mark, so daß ein Bestand von 836 Mark verbleibt. Der zweite Berliner Wahlkreis hat zu den Einnahmen 600 Mark beigetragen. Von den Ausgaben sind 700 Mark zum Wahlfonds geschrieben.

Zum neuen Organisationsentwurf für die Provinz Brandenburg gab die Versammlung ihre Zustimmung, nachdem Genosse Schubert namens der Agitationskommission den Entwurf empfohlen und einige von den kirchlichen Genossen gegängelt. Beschränkungen wegen Verbannung der Provinz durch Berlin als nicht stichhaltig widerlegt hatte.

Genosse Schubert referierte sodann unter lebhaftem Beifall über die kommenden Reichstagswahlen. In der sehr lebhaften Diskussion, die dem Referat sich anschloß, fand ein Vorschlag von Kerstan-Weiskau, eine Landagitationskommission einzusetzen, wenig Unterstützung. Dagegen wurde einer von Vartß und Weiskau-Weiskau gegebenen Anregung, unter den polnischen Arbeitern im Kohlenrevier, die jetzt schon rein polnische Ortschaften bilden, eine intensive Agitation unter Zuziehung polnischer Agitatoren zu entfalten, allseitig zugestimmt. Doch betonte Schubert, daß es praktischer sei, die Polen zunächst gewerkschaftlich zu organisieren, um sie wirtschaftlich zu heben, ehe man sie mit politischen Fragen beschäftigt, für die sie noch kein Verständnis haben.

Für die Brandenburgische Provinzialkonferenz wurden drei Delegierte gewählt: Ansoße-Finsterwalde, Vartß-Senftenberg, Zöpfer-Kirchhain.

Zum Parteitag wurden die Genossen Schubert-Berlin und Förster-Finsterwalde gewählt.

Ein Antrag auf Errichtung eines Parteisekretariats wurde dem Kreisvorstand beifällig Vornahme der Vorarbeiten überwiesen. Ein Antrag der Arbeiterabschlüssen, der Erörterung der Alkoholfrage auf dem Parteitag fordert, wurde den Delegierten für Mannheim zur Verächtlichung empfohlen.

Die Generalversammlung des 18. hannoverschen Wahlkreises (Stade-Bremervörde) tagte am Sonntag in Begeßad bei Bremen. Der Vorstandsbericht wies 1090 Abonnenten der „Bremer Bürgerzeitung“ und in der Kaffe eine Einnahme von 379,55 M. nach, der eine Ausgabe von 200,35 M. gegenübersteht. Der Mitgliederbestand der Organisation betrug 711 Mitglieder, darunter 55 weibliche. Ueber die bevorstehende Reichstagswahl wahl, die durch den Tod des Nationalliberalen Dr. Sattler nötig wird, referierte der Kandidat des Kreises Genosse Ebert, Mitglied des Parteivorstandes. Nachdem er die gegnerischen Parteien vornehmlich an ihren neuesten Taten gekennzeichnet hatte, gab er Ratschläge für die Agitation und schloß dann unter lebhaftem Beifall, wenn alle Genossen ihre ganze Kraft in den Dienst der Partei stellen, daß dann die Gegner nach Beendigung des Wahlkampfes keine Ursache haben, von einem Rückgang der Sozialdemokratie zu reden.

Nach einem Referate über den Parteitag und unwesentlicher Debatte wurde ein Delegierter für Mannheim gewählt.

Anwesend waren fünf Delegierte für Begeßad, zwei für Burgdamm, einer aus Stade und zwei für Osterholz-Scharmbeck, außerdem der Kandidat Genosse Ebert, drei Bremer Genossen für den Bezirksvorstand, zwei Genossen für den Kreisvorstand und einer für die Kontrollkommission.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Hann.-Gelnhausen-Orb tagte am Sonntag in Mannheim. Anwesend waren 49 Delegierte aus 31 Orten. Außerdem nahmen der Kandidat des Kreises Genosse Hoch und Vertreter der Frankfurter „Volksstimme“ bezw. ihre Pressekommision teil. Der Vorstandsbericht teilte mit, daß jedes Vierteljahr ein Flugblatt im ganzen Wahlkreise verbreitet werden soll. Demgemäß gelangte ein Flugblatt in 30 000 Exemplaren zur Verbreitung. Ferner hat der Vorstand 1000 Flugblätter bestellt, welche an die zum Militär aufgeübten Arbeiter verteilt werden sollen. Endlich sind, ebenfalls einem Beschlusse der erweiterten Vorstandsstellung zufolge, die Vorlesungen getroffen, um den Parteivorstand in 8000 Exemplaren an solche Arbeiter zu verteilen, welche noch nicht Abonnenten der „Volksstimme“ sind. Die „Volksstimme“ bringt den Bericht jedes Jahr in einer Extrabeilage.

Der Rassenbericht weist als Einnahme und Ausgabe im ersten Halbjahre 5273,19 M. nach. Von den Einnahmen entfallen 1199,90 M. auf Beitragsmarken, 68,31 M. auf freiwillige Beiträge, 200 M. wurden an den Parteivorstand und 370 M. an das Agitationskomitee Frankfurt abgeliefert. Im Wahlfonds befinden sich 3268,30 M. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Juli rund 2900 gegen 2800 zu Beginn des Jahres.

In der Debatte sprach Genosse Rudolph-Frankfurt die Mai-feierfrage. Es sei nicht mehr angänglich, am zweiten oder dritten Sonntag im Mai noch Manifesten abzuhalten. Dies müsse am 1. Mai geschehen. Für spätere Versammlungen vermittelte die Agitationskommission in Zukunft keine Referenten mehr.

Ueber den Parteitag sprach Genosse Hoch: In der „Vorwärts“-Affäre habe sich der Wahlkreis bereits auf den Standpunkt des Vorstandes gestellt. Bei der Frage des Massenstreiks müsse man an der Jenaer Resolution festhalten, die besage, daß erst die Organisationen beauftragt werden müssen, bevor in einen solchen Streik einzutreten ist. Zur weiteren Angelegenheit des Parteivorstandes und der Generalkommission könne man sich ruhig auf den Standpunkt der „Volksstimme“ stellen. Die jetzt veröffentlichten Berichte von der internen Sitzung geben durchaus keine Veranlassung, großes Aufsehens davon zu machen. Man dürfe eben nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Jedenfalls sei bei allen führenden Genossen der gute Wille vorhanden, die Bewegung vorwärts zu bringen. Vielleicht könne nach böhmischen Muster ein Mitglied des Parteivorstandes in die Generalkommission, und umgekehrt ein Mitglied der Generalkommission in den Parteivorstand delegiert werden. Viel wichtiger sei aber die Frage, wie sich die Fraktion zur Reform des Krankenlosgesetzes stelle. Die Protestbewegung gegen die Novelle habe man den Krankenkassen übertragen. Diese haben aber keine geschickte Verwaltungen, und wenn der Parteivorstand nicht eingreift, dann verläuft die Protestbewegung im Sande. Der Parteivorstand müsse mehr Fühlung mit den Arbeitern suchen.

Als Delegierte für Mannheim werden die Genossen Hoch und Stoppel gewählt. Dem Parteitag sollen folgende Anträge unterbreitet werden:

- 1. Den Parteivorstand zu beauftragen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Tätigkeit des Reichstages während der letzten Session kritisch beleuchtet wird.
- 2. Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitstube am 1. Mai mit der Generalkommission der Gewerkschaften zeitweilig in Verbindung zu treten.

3. Zu dem Punkt 5 der Tagesordnung des Parteitages wird neben dem Genossen Bebel als ersten der Genosse Legien als zweiter Berichterstatter bestimmt.

Berlins Vertretung auf dem Parteitag macht dem „Offenbacher Abendblatt“ schwere Sorgen. In seiner vorletzten Nummer findet die Redaktion, Berlins Vertretung auf den Parteitagen sei stets größer, wie solche nach dem Organisationsstatut der Partei sein solle. Das stimmt schon nicht. Leider kann jeder Kreis Groß-Berlins sich nur durch drei Delegierte vertreten lassen, doch ist dies Recht von den „Begehrlichen“ Berlinern noch niemals voll ausgenutzt worden. So waren der I. und der V. Berliner Wahlkreis in Jena nur durch je zwei Delegierte vertreten und anstatt der 24 traten in Jena nur 22 Berliner Delegierte auf. Die Behauptung des Offenbacher Parteiblattes ist also tatsächlich völlig unrichtig.

Weiter regt sich das „Abendblatt“ darüber auf, daß einige Kreise der Provinz Brandenburg solche Genossen mit Mandaten betrauen, die in den betreffenden Wahlkreisen zum Reichstag kandidieren und in Berlin ihren Wohnsitz haben. Es ist doch hoffentlich kein Verbrechen, in Groß-Berlin sesshaft zu sein, oder rückt man dadurch in eine zweite Stufe der Parteizugehörigkeit? Wer soll denn das Vertrauen der Provinzgenossen verdienen, wenn nicht gerade die Leute, welche in den betreffenden Kreisen seit Jahren agitieren und die Verhältnisse sowie die Bedürfnisse der Kreise, in denen sie arbeiten, genau kennen? Sind die Mitglieder der Agitationskommission, die jährlich, jahres in den zugewiesenen Kreisen wirken, ungeeignet oder etwa Parteigenossen zweiter Güte?

Es wird dann darauf hingewiesen, daß ein neumärkischer Kreis, gemeint ist Friedeberg-Arnswalde, in Bremen durch einen „bekanntem Karikaturenzeichner“ (gemeint ist der Genosse Fuchs, der über die Karikatur schreibt, aber nicht ein bekannter Karikaturenzeichner ist) vertreten war. Nun ist Fuchs ein aller tätiger sächsischer Parteigenosse, der schon 1893 Rosenheim in Bayern auf dem Parteitag vertrat. Damals hätte die Offenbacherin sicher nicht dabei gefunden, da aber Fuchs 1904 in Berlin wohnte und für die Provinz Brandenburg delegiert war, so ist die Geschichte jetzt eine „ganz andere“.

Friedeberg-Arnswalde hat es unserer Kollegin überhaupt angetan. Dieser Kreis, „arm wie eine Kirchenmaus“ (so lautet die geschmackvolle Charakteristik), gestattet sich diesmal, gar zwei Delegierte zu schicken. Ein netter Grundsatz wird hier proklamiert: „Kein Kreuzer, kein Schweizer“. Habt ihr kein Geld, so bleibt häßlich zu Hause. Die Berliner Genossen aber huldigen dem Prinzip, daß es die Pflicht gutstelligter Kreise ist, den minder gut gestellten hilfsreich zur Hand zu gehen, ihnen zu ihren organisatorischen Rechten zu verhelfen, wozu zweifellos auch eine geeignete Vertretung auf den Parteitagen gehört. Hierzu helfen die Berliner, ohne daß sie sich ein weiteres Einmischen in die Personentragen erlauben. Gerade in Friedeberg-Arnswalde wurde das tätige Mitglied der Agitationskommission mit dem Mandate betraut und als zweiter Delegierter ein Angestellter der Berliner Gewerkschaftskommission gewählt, der sicher über den Verdacht erhoben ist, sich zu den Berliner „Modikalen“ in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis zu befinden. — Das „Offenbacher Abendblatt“ sieht, wie man daneben haben kann, wenn man durchaus darauf aus ist, gegen Berlin in Stimmung zu machen. Aber so wird's gemacht und so wird Unfrieden unter den Genossen hervorgerufen.

Alles in allem werden nach unserer bisherigen Uebersicht zu Mannheim drei bis vier Berliner Delegierte erscheinen, die aus der Agitationskommission heraus von der Provinz mit Mandaten betraut sind; daß die Brandenburger Kreise ihre Reichstagskandidaten zum Parteitag delegieren, dabei dürften nur Leute etwas finden, die eifrig nach Gegenjägern suchen — Berlin hat freilich, nicht nur diesmal, die ärmeren Provinzkreise mit Mitteln unterstützt, ihre Agitation zu betreiben und die Organisation auszubauen. Wir können schließlich noch verraten, daß am Sonntag der Wahlkreis Prenzlaw-Angermünde nicht nur seinen Reichstagskandidaten nach Mannheim delegierte, sondern auch noch den Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftsartells Schwedt. Gerade die bisher bekanteten Delegationen der Provinz Brandenburg beweisen, daß Berlin mit seiner Einwirkung und seinem Einflusse böllig bei Seite tritt und es der Provinz überläßt, die ihr geeignet erscheinenden Personen zu bestimmen. — Wenn wir uns die Delegationen sämtlicher Kreise Deutschlands betrachten, so werden wir finden, daß alle Agitationszentren, z. B. Hamburg, Dresden, Leipzig, München usw. eine verhältnismäßig größere Anzahl von Vertretern für die benachbarten Provinzkreise stellen, als Groß-Berlin.

Wir meinen, es wäre viel verdienstlicher, die einigenden Momente in der Partei zu betonen, als unangelegentlich unrichtige Behauptungen aufzustellen, die einen Gegensatz zu Berlin hervorzurufen geeignet sind.

### Soziales.

Eine amtliche Arbeitslosenzählung hat am 29. Juli in Köln stattgefunden. Es wurden 727 Arbeitslose gezählt gegen 788 zur gleichen Zeit des vorigen Jahres. Von den 727 waren 654 männlichen, 73 weiblichen Geschlechts (im Jahre vorher 703 und 85). Von den Arbeitslosen waren Tagelöhner und Arbeiter ohne nähere Bezeichnung 159 (116), Schlosser, Installateure, Klempner 63 (61), Tischler 43 (23), Pader, Hausdiener, Ausläufer 39 (54), Handlungsgelübten 39 (39), Anstreicher, Maler 29 (44), Dachdecker 25 (9), Fabrikarbeiter 23 (47), Kutsher, Fuhrleute 21 (32), Maurer 13 (15) usw.

An den halbjährlich wiederkehrenden Arbeitslosenzählungen in Köln haben sich die freien Gewerkschaften diesmal nicht als Zähler beteiligt, weil die städtische Verwaltung die Bedingungen des Gewerkschaftsartells (Ausschließung des Zählungsergebnisses aus an unser Kölner Parteiblatt statt bisher nur an drei bürgerliche Blätter, sowie Erstattung eines Reises der Kosten) abgelehnt hat. Wir kommen auf den Fall noch zurück.

### Ortsübliche Tagelöhne.

Ueber die niedrigsten und höchsten ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagelöhner nach den letzten Festsetzungen der höheren Verwaltungsbehörden, veröffentlicht die „Soziale Praxis“ eine Zusammenstellung und resümiert:

Durch die traurigen Lohnverhältnisse zeichnet sich die Provinz Schlefien unvortheilhaft aus. Hier findet sich in den drei Kreisen Rimpfisch, Goldberg, Hainau und Kollenberg das absolute Minimum von 1,00 M. Ferner bleibt das ortsübliche Tagelohn in großen Teilen der Regierungsbezirke Posen, Marienwerder, Allenstein, Gumbinnen und Königsberg unter dem Satz von 1,50 M. Es ist also der Osten und Nordosten Deutschlands, der in erheblichem Umfange Löhne unter 1,50 M. aufweist. Wenig günstiger steht der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. da. Ein größeres zusammenhängendes Gebiet, in welchem ein ortsüblicher Tagelohn von weniger als 1,50 M. häufiger vorkommt, bildet dann noch das Königreich Bayern, also der Südosten Deutschlands; besonders ungünstig liegen die Lohnverhältnisse hier in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberfranken. Im übrigen Deutschland finden sich ortsübliche Tagelöhne von weniger als 1,50 M. nur vereinzelt vor.

Durch relativ hohe Löhne, d. h. solche über 2,50 M. zeichnet sich der ganze Westen und Nordwesten Deutschlands aus, im übrigen Gebiete des Reiches findet sich ein ortsüblicher Tagelohn von mehr als 2,50 M. im großen und ganzen nur bei einer Reihe unangünstig liegen die Lohnverhältnisse hier in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberfranken. Im übrigen Deutschland finden sich ortsübliche Tagelöhne von weniger als 1,50 M. nur vereinzelt vor.

Im allgemeinen sind die ortsüblichen Tagelöhne in den Städten höher als auf dem platten Lande; doch kommt auch das Umgekehrte vor. So hat die Stadt Rappenburg z. B. einen orts-

üblichen Tagelohn von 1,20 M., während für den Kreis Neustettin im übrigen als ortsüblicher Tagelohn 1,60 M. festgesetzt ist. Nehmlich liegt die Sache bei der Stadt Rollnow im Kreise Schlawe (1,40—1,70).

### Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich.

Das Gesetz, welches die Kammer kurz vor Sessionschluss angenommen hat, enthält bekanntlich soviel Ausnahmen, daß eine Kontrolle fast unmöglich ist. Nach § 2 des Gesetzes „soll“ die Arbeitsruhe auf einen Sonntag fallen, aber der Ruhetag kann auch, wenn das gleichzeitige Feiern des Personals das Publikum oder den Betrieb schädigt, auf einen anderen Tag verlegt werden oder von Sonntag mittag bis Montag mittag dauern. Für eine ganze Reihe von Gewerben ist der wöchentliche Ruhetag durch Personalauswechsel vorgegeben. Die Erlaubnis zu all diesen Ausnahmen gibt der Präsekt, der vorher ein Gutachten des Gemeinderats der Handelskammer und der interessierten Unternehmer, und Arbeiterorganisation einholen muß. Schon jetzt werden die Gemeinderäte von Petitionen der Unternehmer beunruhigt, die alle Ausnahmen für ihre Betriebe fordern. So liegen dem Pariser Gemeinderat nicht weniger denn 2000 solcher Petitionen vor. Am zahlreichsten waren die aus dem Friseurgewerbe bezirkten. Von 2500 Unternehmern verlangten hier 1040 eine „Ausnahme“. Die Petenten wichen in ihrem Verlangen aber weit von einander ab. Außerdem lagen Petitionen vor von Warenhäufern, Inhabern von Verkaufsläden aller Art, die alle eine Aufhebung oder doch eine mehr oder weniger weitgehende Einschränkung der Sonntagsruhe forderten. Der Pariser Gemeinderat lehnte alle diese Petitionen bis auf eine einzige ab; die meisten schon deswegen, weil die Zahl der Petenten im Verhältnis zu den übrigen Gewerbetreibenden der betreffenden Branchen zu klein war. Aber nicht überall wird der Gemeinderat diesen Standpunkt einnehmen und die Unternehmerorganisationen und Handelskammern werden wahrscheinlich in vielen Fällen die Ausnahme befürworten, so daß zu befürchten steht, daß Ausnahmen so zahlreich werden, daß jede wirksame Kontrolle zur Unmöglichkeit wird. Auf der anderen Seite bereiten sich die Arbeiter vor, diesen Versuchen, das neue Gesetz illusorisch zu machen, energisch entgegenzutreten. So haben die Angestellten der Markthallen in einer großen Versammlung beschlossen, alle legalen Mittel anzuwenden, um den Geschäftsstillstand am Sonntag durchzusetzen. Ebenso haben sich die Angestellten der Wolleereien, Milch- und Futtergeschäfte für eine vollständige Sonntagsruhe ausgesprochen. Im ganzen wird noch ein sehr harter und dauernder Kampf um die Durchführung dieses Gesetzes zu führen sein.

### Hus Industrie und Handel.

#### Ursachen der Kohlenknappheit.

Unter dieser Spitzmarke schreibt der „Arbeitsmarkt“ unter anderem folgendes:

Die in einem Teile der Presse aufgestellte Behauptung, daß rheinisch-westfälische Kohlenknappheit sei auch durch die Weigerung der Arbeiter, Ueberstunden zu versehen, an der Ausführung der Lieferungen behindert, hat in Bergarbeiterkreisen lebhaften Widerspruch erfahren. Seitens der Organisationsführer wird darauf hingewiesen, daß in der Gewerkschaftspresse fortwährend behauptet wird, daß die große Zahl der freiwilligen oder mehr oder weniger erzwungenen Ueberstunden erscheinen. Wenn man Einsicht nimmt in die Lohnbücher der Bergleute, dann muß man allerdings fragen, womit die Behauptung von der Ueberstundenweigerung bewiesen werden soll. Es ist auf vielen Schächten Regel geworden, alle paar Tage durch Anschlag allgemein bekannt zu machen: „es werden anderthalb gemacht“, d. h. an dem Tage dauert für die unterirdische Verrichtung die Schicht 12 1/2—13 Stunden. Im mittleren Ruhrgebiet gibt es Schächte, wo zurzeit wöchentlich zweimal diese Schichtdauer gefördert wird. Außerdem steht es den Arbeitern frei, an sonstigen Tagen Ueberstunden zu machen. Wer an Sonntagen in der Frühe an den Schächten vorbeigeht, kann um un diese Zeit die Sonnabendnachmittagschicht nach beendetem Doppelschicht (nach 10 bis 17 Stunden unterirdischer Arbeit) dem Heim zuwandern sehen. Uebereinstimmung wird von den organisierten Bergarbeitern aller Richtungen gefordert, so wie zurzeit sei das Ueberstundenwesen noch nie im Schwunge gewesen. Wenn sich auch die organisierten Arbeiter weigern, alle Ueberstunden mitzumachen, angesichts der übrigen Masse ist dies belanglos. Alle Ueberstunden betreiben verhältnismäßig sehr wenige, oft auf die Gefahr hin, abgelegt zu werden. Tatsächlich sind die Ueberstunden, sofern sie mit Ueberstundenlastigen in einer Kameradschaft zusammen arbeiten, sehr bald genötigt, das Unwesen, wenn auch widerwillig, mitzumachen. Die schlechten Verdienste der Vorjahre, der erhebliche Lohnausfall während des großen Streiks, vor allem aber die exorbitant gestiegenen Lebensmittel- und Wohnungspreise veranlassen die Delegierten, sich für Ueberstundenarbeit willfährig zu zeigen. Der Arbeiter gibt es wenige, die überhaupt keine Ueberstunden machen, die meisten machen wöchentlich mindestens 7 Schichte. 30 Schichte im Monat verfahren zahlreiche Kameradschaften, selbst 40 und mehr Schichte monatlich sind zurzeit gar keine große Seltenheit.

Die Unternehmerpresse versucht, bei Nichterhaltung der Verträge und Lieferungsfristen die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie immerfort betont, daß beim Versahren von Ueberstunden nicht das Maß von Kohle gefördert wird, wie in der regulären Förderung, die Arbeiterkraft böswillig mit der Arbeitskraft zurückhalte.

Demgegenüber steht aber fest, daß gerade in der gegenwärtigen Hochkonjunktur ein Neubau schlimmster Art getrieben wird. Die Zimmerung leidet unter der jetzigen Betriebsweise, notwendige Reparatur- und Herstellungarbeiten unterbleiben und damit wächst die Unfallsgefahr ganz eminent. Haben einzelne Leute höhere Löhne zu verzeichnen, rücken sie deshalb in eine höhere Lohnklasse auf, so ist dieser Umstand fast lediglich auf das Ueberstundenwesen zurückzuführen. Ein weiterer Nachteil durch die intensive Ausnutzung der Arbeitskraft tritt in dem rapiden Anschwollen der Krankenziffer in Erscheinung. Beispielsweise hat eine über 30 Jahre lang bestehende Beckenkrankenunterstützungskasse mit circa 9000 Mitgliedern seit dem Einsetzen der Hochkonjunktur zum erstenmal mit Ueberblanz gearbeitet. Und das in einer Weise, daß der Fortbestand der Kasse überhaupt gefährdet erscheint. Durch die übermäßige Ausnutzung des Kohlenmarktes hat die Arbeiterkraft keinen Ruhes, sie ist nach jeder Richtung hin geschädigt; vornehmlich an Leib und Leben, wie die nächsten Statistiken zur Evidenz nachweisen werden.

Steigerung des Kohlenabfahes. Der rechnungsmäßige Kohlenabfah des Kohlenhandels betrug im Juli d. J. bei 28 Arbeitstagen 5 608 797 oder arbeitstäglich 215 531 Tonnen, gegen 5 082 647 oder arbeitstäglich 195 486 Tonnen im Juli 1905; der Abfah hat mithin um 521 150 Tonnen = 10,25 Proz. zugenommen. Von der Beteiligung, die sich im Juli 1906 auf 6 007 755 Tonnen belief (gegen 5 575 411 im Vorjahre) wurden demnach 84,81 Proz. (gegen 77,80 Proz. im Juli des Vorjahres) abgesetzt. Der Kohlenabfah betrug im Juli 1906 1 089 087 Tonnen = 95,88 Proz. der Beteiligung (798 337 Tonnen = 78,18 Proz. im Juli 1905). Der Bruttetabfah betrug im Juli 1906 210 150 Tonnen = 89,71 Proz. der Beteiligung (gegen 207 387 = 84,75 Proz. im Juli 1905).

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat im ersten Halbjahre 1906 umgefaßt 19 205 440,47 M. gegen 16 000 885,79 Mark in derselben Zeit des Vorjahres. Das sind 3 205 054,68 M. mehr. Die Steigerung betrug im ersten Halbjahre des Vorjahres 14 Proz., im ersten Halbjahre des laufenden Jahres ist die Steigerung auf 20 Proz. angelaufen. Da noch eine Reihe Vereine der Gesellschaft nicht angeschlossen sind, kann mit weiterem Anstiege noch auf eine weitere erhebliche Steigerung des Umsatzes gerechnet werden.



**Internationale Warenhäuser.** Nicht nur auf dem Gebiete industrieller Unternehmungen, in Produktions- und Vertriebsanlagen, auch im Großhandel des Kleinhandels betätigt sich das Kapital international. Eine Gesellschaft in Lüttich besitzt in Deutschland Warenhäuser, in Frankfurt, Nürnberg und München. Nun hat die A. G. Leonhard Treig in Köln ihren Warenhausbetrieb auch über die nationalen Grenzen ausgedehnt. Wie die „Koblenzer“ mitteilt, erwirbt die Firma die Warenhäuser Cohn-Damag u. Co. in Lüttich und Brüssel.

## Aus der Frauenbewegung.

### Mutterschaftsversicherung durch die Krankenkassen.

Die Frauenkonferenz in Mannheim wird bekanntlich auch über die so dringende notwendige Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen beraten. Wie außerordentlich wichtig diese Frage nicht allein für die Frauenwelt und für das Proletariat, sondern auch für die ganze menschliche Gesellschaft, ja, selbst für den Gegenwartsstaat ist, das wird auch von einigermassen aufgeklärten Leuten und Frauen aus dem Bürgertum anerkannt, besonders aber von Ärzten, die sich auf Grundlage ihrer Berufserfahrungen und Kenntnisse eine selbständige Meinung über die Frage gebildet haben. Nützlich sind es auch, die teilweise weitgehende Forderungen des Mutter- und Säuglingschutzes aufstellen, welche wohl geeignet wären, selbst innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung Besserung auf diesem Gebiete zu schaffen.

Recht beachtenswerte Vorschläge hat jüngst in einem Vortrage über „Umbau und Weiterbildung der sozialen Versicherung“ Prof. Dr. Mayer gemacht, der als Regierungsrat im Statistischen Amt und als Bearbeiter der deutschen Krankenkassenstatistik in der Lage ist, mit gründlicher Sachkenntnis über diese Fragen zu urteilen. Seine Vorschläge werden auch in einer Abhandlung über „Mutterschaftsversicherung und Mutterschutz“ im „Reichsarbeitsblatt“ erwähnt.

Der wichtigste Vorschlag, den Mayer zur Krankenversicherung macht, ist der einer obligatorischen Durchführung der Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung sechs Wochen vor sowie nach der Geburt des Kindes in der Höhe des Krankengeldes. Diese Forderung ist allerdings, was die Höhe der Unterstützung anbelangt, nicht weitgehend genug. Ist doch das Krankengeld, besonders für die weiblichen Kassenmitglieder, meist so gering bemessen, daß es für eine auch nur einigermaßen ausreichende Pflege der Schwangeren und Wöchnerinnen durchaus nicht zureicht. Hier müßte mindestens Unterstützung in der vollen Höhe des Arbeitslohnes verlangt werden. — Selbstverständlich erscheint die Forderung unentgeltlicher Gewährung der Hebammendienste und ärztlichen Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden. Besonders legt Mayer Wert auf die Förderung der natürlichen Ernährung der Säuglinge und schlägt zu diesem Zwecke vor, daß Mütter, die noch nach sechs Monaten ihren Säugling voll stillen, 25 Mark Stillprämien gegeben werden, und wenn sie das noch nach einem Jahre tun, nochmals 25 Mark.

Mayer begründet seine verschiedenen Vorschläge ausführlich in einem Artikel der „Zeitschrift für soziale Medizin“. Zur Schwangerschaftsunterstützung führt er unter anderem an, daß viele hundert von Wägungen ergeben haben, daß die Neugeborenen von Müttern, die zwei bis drei Monate vor der Geburt ihre Berufstätigkeit aufgegeben hatten, erheblich schwerer waren, als die solcher Mütter, welche bis kurz vor der Entbindung gearbeitet hatten. — Daß dies so ist, darüber kann ja auch ohne diese Wägungen kein Zweifel obwalten. Kein vernünftiger Landwirt wird eine trachtige Kuh oder Stute vor den Pflug spannen; aber auf schwangere Frauen wird ja in unserer „sittlichen“ Gesellschaftsordnung weniger Rücksicht genommen.

Unter der Voraussetzung, daß die Mayer auch vorschlägt, die ganze Arbeiterschaft in Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, die Heimarbeiter und Hausindustriellen sowie die Dienstboten der Krankenversicherung unterworfen werden, berechnet er, daß jährlich bei 1 425 000 Geburten für 17 107 200 Unterstützungswochen 95 800 000 M. Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung zu zahlen wären, wozu noch 14 300 000 M. Hebammengebühren, die einzelne Leistung auf 10 M. berechnet, kommen würden. Dann die Stillprämien, die Mayer unter Berücksichtigung der Wirkung, welche sie auf die Förderung der natürlichen Säuglingsernährung ausüben würden, auf 25 Millionen jährlich berechnet. In Berlin werden zwei Drittel der Säuglinge künstlich ernährt. Die Sterblichkeit der Brustkinder ist hier um das Fünf- oder Sechsfache geringer als die Durchschnittsterblichkeit der Säuglinge. Demgemäß ist auch die Erkrankungsfrequenz bei Brustkindern weit geringer als bei künstlich ernährten, wofür durch viele statistische Erhebungen der Beweis erbracht ist. Mayer erwartet von der natürlichen Säuglingsernährung eine Abnahme der Säuglingssterblichkeit um 80 Proz., dazu im späteren Leben eine Ersparnis an Krankheitskosten und die Aufzucht geistig und körperlich tüchtiger Männer und Frauen. Er meint, daß von den Militärschulung im Deutschen Reich 28 000 Mann mehr als tauglich befunden werden, die Aufnahme der Musterungspflichtigen durch die Abnahme der Säuglingssterblichkeit aber auf noch weitere 19 000 Taugliche steigen würde. Die männlichen Kassenmitglieder müßten selbstverständlich ebenfalls zu den Kosten der Mutterschaftsversicherung beitragen. Unter Jugendbelegung eines durchschnittlichen Jahresverdienstes von 700 Mark und bei 20 Millionen Kassenmitgliedern wären die Beiträge zu dieser Versicherung von einer Lohnsumme von 14 Milliarden auszubringen. Wird nun die Summe der Unterstützungen auf 135 100 000 M. berechnet, so würde das 0,965 M. oder rund 1 Proz. ausmachen, also keineswegs eine unerträgliche Summe.

Erwähnt sei noch, daß Mayer hinsichtlich der Höhe der Schwangerschafts- und Wöchnerinnenunterstützung auch von der Forderung spricht, diese Unterstützungen auf die Höhe des Lohnausfalles zu bemessen, die einen Aufwand von weiteren 95 800 000 Mark notwendig machen würde.

### Schamlose Arbeiterinnenausbeutung.

Aus Mannheim wird unter dem 9. August geschrieben: Einen trotz der hier verhandelten vielen Anklagen wegen Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen bis jetzt einzig bestehenden Fall von Ausbeutung jugendlicher weiblicher Arbeitskraft hatte gestern das Schöffengericht abzuurteilen. Angeklagt war die Modistin Anna Dief (Firma Kath. Steyer), die Inhaberin eines der ersten Modengeschäfte am Platz. Steyer, die im Januar bis 17. Juli dieses Jahres, wo die Anzeige von den ausgetretenen Mädchen erfolgte — nur diese Fälle konnten unbefristet festgestellt werden —, hat diese „humane“ Arbeitgeberin ihre Arbeiterinnen, zwei Lehrlinginnen und eine Gehilfin, fast ausnahmslos länger als 13 Stunden täglich beschäftigt. Sie hatte nicht allein das Maximum von 60 Tagen in dieser kurzen Spanne Zeit für erlaubte Ueberarbeit bis zur Dauer von 13 Stunden täglich und bis spätestens 10 Uhr abends weit über das gesetzliche Maß ausgenutzt, sie beschäftigte die Mädchen auch noch weit über die Grenze der für Ueberstunden gestellten Preis in 6 Fällen mit nur 1 1/2 stündiger Mittagspause, von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts, und zwar am Vorabenden von Sonntag und Feiertagen, also an Tagen, wo diese Betriebe um 1/2 Uhr geschlossen werden sollen. Statt einer normalen Arbeitszeit von 10 Stunden an diesen Tagen arbeiteten die Mädchen durchschnittlich täglich 15 Stunden! Gegeben wurde abends während der Arbeit. Auch an Sonntagen ließ die menschenfreundliche Dame die Arbeiterinnen allen gesetzlichen Vorschriften zum Gebote von 10 bis 2 Uhr ins Geschäft kommen. „Gearbeitet haben sie nicht“, bemerkte die Angeklagte, „sie haben nur aufgeräumt“, wie sie auch ihre ganze Verteidigung mit dem Tone gerechtester Entrüstung über die gegen sie erhobene Anklage unterbreitete. Das Verzeichnis für den Eintrag der Ueberstunden existierte natürlich für die Ausbeuterin unter solchen Umständen ebenfalls nicht. Kein Wunder, daß das eine der Lehrlinginnen, beide im Alter von 18 Jahren, schwer lungenkrank in der Heilanstalt Kretzenhof liegt. Die beiden anderen Mädchen mußten ebenfalls

oft den Arzt in Anspruch nehmen. Die Lehrlinginnen bekommen keinen Pfennig Entlohnung, die Gehilfin hatte ein Gehalt von sage und schreibe fünfzig Mark! Für die Ueberstunden wurde kein Pfennig vergütet. Zu ihrer Rechtfertigung führte die Angeklagte an, sie habe die Mädchen auch nicht angezogen, worauf ihr der Vorstehende treffend erwiderte, daß sie ja auch zwei Lehrlinginnen beschäftigte. Jüngstmal verfiel dieses Ausbeutungssystem schon jahrelang in diesem Geschäft, ohne daß die armen Opfer, aus Furcht, ergebnislos zu werden, es wagten, Anzeige zu erstatten. Der Amtsanwalt geistelte in den schärfsten Worten die Handlungsweise der Angeklagten; sie habe in einer geradezu gemeingefährlichen Weise mit den jugendlichen Mädchen gewirtschaftet. Nur aus dem Umstand, daß die Angeklagte noch nicht vorbestraft sei, sehe er davon ab, auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu nur 120 Mark Geldstrafe, während der Amtsanwalt 300 Mark beantragt hatte. In der Begründung des Urteils wurde die Ausbeutung der Mädchen durch die Angeklagte ebenfalls in scharfen Worten gekennzeichnet.

**Wilde Justiz.** Arme, schulpflege Dienstmädchen müssen sich nicht nur wirtschaftlich ausbeuten lassen — auch ihre persönliche Ehre wird nicht oder nur wenig geschützt. Ein Vater- und mutterloses 15 Jahre altes Dienstmädchen in Wunsiedel mußte (i) mehrere Male im Zimmer des 29 Jahre alten Sohnes des Dienstherrn schlafen, wobei der Mann wiederholt einen Notzuchtversuch verübte. Man stellte den Wüstling nun nicht etwa vor das Schwurgericht, wie es bei gewöhnlichen anderen Schwestern gescheit, sondern er hatte sich nur wegen „fälschlicher Beleidigung“ zu verantworten. Das Landgericht Hof verurteilte nun den Sohn eines „reichen, hochangeesehenen Bürgers“ zu der ungewöhnlich milden Strafe von einem Monat Gefängnis.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Reinoldsdorf-West.** Mittwoch, den 15. August, bei Frau, Eichbornstraße 18.

**Treptow-Baumgartenweg.** Donnerstag, den 16. August keine Versammlung. Mittwoch, den 20. August: Generalversammlung.

**Lehr- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“.** Mittwoch, den 15. August, Sitzung in dem Hotel von Otto Lambercht, Ludewigstr. 23. Tagesordnung: Vortrag des Genossen F. Böhme über: „Das kommunistische Manifest“. 2. Diskussion. Gäste willkommen.

**Lehr- und Diskussionsklub „Zab. C.“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Lohndorf, Wöhlertstr. 55: Vortrag und Diskussion über: „Zeit- und Streitfragen“. Gäste willkommen.

**Central-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kolan-Ludau.** Donnerstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Wehnacht, Grünstraße 21. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassendbericht. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.

## Vermischtes.

### Ueber byzantinische Leistungen der Presse

wird in der letzten Nummer der „Zukunft“ ein hübsches Bützel in folgender Weise zusammengestellt:

1. „Eisenacher Tagespost“: Prinz Joachim von Preußen, der jüngste Sohn Kaiser Wilhelms, traf gestern nachmittags mit seinem Lehrer und seinem Erzieher aus Wilhelmshöhe bei Kassel hier ein. Beim Drohschloßplatz am Bahnhof bestieg der Prinz mit seinen Begleitern den Zweipänner Nr. 37 und unterhielt sich längere Zeit mit dem Aufseher, den er nach seinen Verhältnissen befragte. Die fabelhafte Beschaffenheit der Pferde der Eisenacher Drohschloßkutscherei lobend, nahm der jugendliche Kaisersohn hierauf die Bügel selbst und kutscherte ein Stück durch Eisenach. Das Lutherhaus, Waghäuser und die Denkmäler Luthers und Bachs wurden besichtigt. Daß die Kutscherei den Drohschloßkutscher einträglich war, versteht sich von selbst. Der Aufseher war übrigens sehr entzückt über die großartige Zügelführung des Prinzen. — 2. „Nord-Ostsee-Zeitung“: Prinz Heinrich kann allen Automobilisten als ein nachahmungswürdiges Beispiel gelten, sozusagen als die Verkörperung aller guten Eigenschaften, die in einer Person vereint, den idealen Automobilisten schaffen. Mit welcher fabelhaften Sicherheit und weisem Schweiß lenkt der Prinz seinen Wagen! Die Art und Weise seiner Teilnahme an der Hertomer-Fahrt hat ihn mit einem Schlag in ganz Süddeutschland populär gemacht. — 3. Der Bürgermeister von Weiden berichtet: „Erzengelkönig, der Begleiter des Prinzen Heinrich, sagte uns, der Prinz wünsche uns schon heute zu sehen. Wie es weiter ging, weiß ich nicht. Mein Denkmögen schien von dieser Ueberraschung gelähmt zu sein. Beim Empfang in Weiden war der Prinz ungemein liebenswürdig, was auf das anwesende distinguierte Publikum rührend und entzückend einwirkte. Den einen Augen entrollten Freudentränen, die anderen wieder glänzten in Begeisterung.“ — 4. Der Magistrat von Homburg hat an den Kronprinzen und die Kronprinzessin telegraphiert: „Euren Kaiserlichen und Königl. Hochheiten senden wir zu der glücklichen Geburt eines Prinzen, den Gott allezeit behüten möge, die herzlichsten und ehrfurchtsvollsten Glückwünsche der getreuen Stadt Homburg. Unter der Bevölkerung herrscht unbefriedigter Jubel. Die Stadt ist festlich geschmückt. Freigen. Dr. Rüdiger.“ — 5. „Rostocker Zeitung“: „Der ersehnte Prinz ist ein gesundes, kräftiges Kind, das jetzt reichlich 7 1/2 Pfund wiegt und von langem, feingliedrigem Bau ist. Wem sieht er ähnlich? Bei einem Kind von drei Wochen ist die Antwort im allgemeinen nicht leicht; aber der kleine Prinz macht eine Ausnahme von den meisten seiner Altersgenossen: er ähnelt unbefenkbar seinem Vater. Daß in einem Hohenzollernsprößling schon von seinem ersten Lebensstag an die sprichwörtliche Pflichttreue seiner Ahnen sich zeigen würde, bestätigt der kleine Prinz: er schreit fast gar nicht; dafür schläft er und trinkt er um so mehr. Daß bei der Wahl der Amme die größte Vorsicht gewaltet hat, ist selbstverständlich. Es konnte sich dabei nur um eine verheiratete Frau handeln, und einer solchen, der adriatischen Frau eines Handwerkers, die selbst Mutter eines prächtigen Kindes ist, vertraute man die erste Ernährung des prinzipal Kindes an.“ — 6. In vielen Zeitungen fand: „Prinzessin Victoria Luise erhielt im Marstall beim Neuen Palais die Kunde, daß sie Tante geworden sei. Sie ergriff darauf einen Henkelkorb, eilte, mit den Worten: „Das muß doch gefeiert werden“, in den Weinsteller und kehrte mit mehreren Flaschen Champagner zurück, die sie dem Hauspersonal überreichte, damit dieses auf das Wohl ihres Neffen anstohe.“ — 7. „Hamburger Nachrichten“: „Der weit über Deutschlands Grenzen bekannten Deutschen Reformbettenfabrik W. Steiner u. Sohn wurde der ehrenvolle Auftrag erteilt, daß von der Kaiserin ihrem ersten Enkel gestiftete Erbsingbetten zu liefern. Dadurch, daß auch die Kaiserin Wohlgefallen an der Steiner'schen Bettenerform findet, dürfte wohl der beste Beweis erbracht sein, daß dieses System in gesundheitlicher Beziehung das einzig richtige ist.“ — 8. „Preddener Nachrichten“: „Der Kaiser genießt hauptsächlich weiche Sachen. Vor allem hält er viel auf frisches Gemüse. Eine seiner Lieblingsgerichte ist deutsches Beefsteak und Quetschkartoffeln. Von den süßen Speisen gibt er dem deutschen Eierkuchen den Vorzug. Obß schließt er sich an intimer Tafel nie selbst. Das besorgt der neben ihm sitzende Hofmarschall.“ — 9. „Berliner Tageblatt“: „Der Kaiser will die Schulkantale des von ihm erlegten Wildes durch Röntgenstrahlen feststellen lassen. Zu diesem Zweck ist ein Röntgenapparat nebst Dynamomaschine von Berlin nach Potsdam geschickt worden. Die bisher geschossenen Wölfe sind schon untersucht worden. Bedienung des Apparates liegt in den Händen des Stabsarztes Dr. Richius aus Berlin.“ — 10. „Tägliche Rundschau“: „Auf der „Hamburg“ belamen die Gäste des Kaisers zum Dinner: Kalle Bouillon, Seesunge, Schinken

in Burgunder, Toulousek Entenleber in Aspik, Kaputt mit Früchten und Salat, frische Pringeh-Bohnen, Rucht Pfaffen-Eis und Korbis. Der Kaiser interessiert sich sehr für die Leistungen der Schiffstapelle und ergreift wohl auch einmal selbst den Latzstock, wenn ihm der angewandte Rhythmus nicht befiel.“

Und angehtig solcher Leistungen befragt sich noch der Kaiser über die Preise. Der Rekord ist kaum mehr feigerungsfähig.

Ein bedeutendes Großfeuer entstand gestern, wie aus Posen telegraphiert wird, 11 Uhr nachts in dem ausgedehnten Maschinenwerkstätten der Kreisbürger Bahn, das in den Lagerräumen an großen Massen von Holz und Papier reiche Nahrung fand. Bedroht war ein daneben liegendes Beamtenwohnhaus und die nicht weit entfernte Hermannsmühle, jedoch gelang es der Feuerwehr, das Feuer an beiden Seiten aufzuhalten und damit den größten Teil der alten Maschinenwerkstätten mit ihren Lagern an Eisenbahnbedarfsmaterialien zu erhalten. Die Löscharbeiten dauerten die ganze Nacht an.

Die gewohnten Eisenbahnunfälle. Gestern abend 9 Uhr 11 Min. entgleiste, wie aus Glatz, den 14. August gemeldet wird, der Personenzug 509 in der Einfahrtweiche auf Bahnhof Nieder-Altwillmsdorf mit vier Waggons infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche. Zwei Personen wurden leicht verletzt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Strecke ist seit heute früh 6 Uhr wieder fahrbar.

Der Schnellzug Basel-Frankfurt Nr. 25 fuhr gestern nachmittags 3 1/2 Uhr bei der Einfahrt in den Frankfurter Hauptbahnhof gegen den Presshof. Obgleich der Anprall nur sehr leicht war, daß weder Reisende verletzt, noch die Maschine oder der Presshof beschädigt wurden, entgleiste die Maschine dennoch mit einer Wache.

Die Kindesleiche. Ein junges Mädchen, das in einer Wirtschaft in Frankfurt a. M. mehrere Male zu Mittag aß und seine Beise nicht bezahlen konnte, bot dem Keller als Pfand ein Paket an, in dem sehr gute Kleider enthalten sein sollten. Der Keller, der das Paket anmah und es öffnete, fand darin eine in Verwesung übergegangene Kindesleiche.

Erdbeben im schiffischen Bogland. Wie der „Bogländische Anzeiger“ meldet, wurde gestern abend 11 1/2 Uhr in Veamsbach (Bogland) eine ziemlich heftige Erdrerschütterung verspürt.

Ein Kassierer der Nationalbank in Birmingham (Alabama) hat der „Frankfurter Zeitung“ zufolge 100 000 Dollar unterschlagen.

Erdböhe. In Dscharkent und Kopal (Gouvernement Semiretschensk) wurden in der vergangenen Nacht heftige Erdböhe verspürt.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktverwaltung (Großhandel). Rindfleisch Ia 71—75, per 100 Pfd., Ia 65—70, Ia 59—64, IVa 54—58, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, belandische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 82—88, Ia 72—80, IIIa 60—70, Hammelfleisch Ia 77—82, Ia 67—75, Schmalzschinken 67—73, Rebschinken Ia per Pfd. 0,50—0,55, Ia 0,32—0,45, Rebschinken Ia mit Wursthälften, per Pfund 0,35—0,40, Ia 0,30, Dammild 0,44 bis 0,54, Wurstschinken per Pfd. 0,34—0,38, Fleischlinge 0,00, Stammschinken per Stück 0,00, Wurstschinken Ia per Stück 1,25, Ia 0,60, Gähner, alte, per Stück 1,70—2,15, alte, Ia 1,30—1,60, junge, per Stück 0,50—0,90, Tauben, junge, per Stück 0,30—0,40, alte, 0,00, Gänse, junge, per Stück 1,30—2,25, alte, per Stück 0,00, Damburger, junge, per Stück 2,60, Gänse, Ia per Pfund 0,60—0,65, Ia 0,00, Ia per Stück 3,30 bis 3,80, Ia 0,00, Kanarienvogel per Stück 0,00, da, klein 0,00, Dohle per 100 Pfd. 81—109, Hamburger 00, Seltene 108—121, Seltene 61, Kiste, groß 114—121, mittel 86—113, klein 42, mittel 90—99, unsort. 71—81, Wägen 00, Rappeln 00, Bunte 00, Staranzen 75—80, Weis 65, Bunte Hühner 60—80, Amerik. Hühner 1 neuer per 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 60—75, Seelachs 10—15, Hühner, pomme, I, per Schof 9, do. pomme, II 2—3, Kiefer, Seltene Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00, Schilling, per Ball Seltene 4—5, Straußhahn 5—6, Kitz, groß per Pfd. 1,10—1,30, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60, Heringe per Schof 4—5, Schellfische Kiste 3—4, do. 1/2 Kiste 1,50, Maifisch, per 100 Pfd. 10—13, Sardellen, 1902er, per Anker 88,00, 1901er 85,00, 1900er 80,00, Schottische Butterlinge 1905 0,00, lauge 40—44, fall 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Östliche, neue Kates, per 7, 20, 60—120, Dammern, Ia, 100 Pfd. 00, Kebab, per Schof, große 21,00, mittel 15—17,50, kleine 3,50—5,00, unsort. 5,50—8,00, Galtzer 4,25, Eier, Kiste, per Schof 2,80—3,20, Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, Ia 110—113, IIIa 105—108, abfallende 70—100, Saure Ganten, neue, Schof 4,00, Pfefferquint 2,40—2,60, Kartoffeln per 100 Pfd. Kisten 1,75—2,00, neue neue 2,35—2,50, neue Kiste 2,25—2,50, neue Kiste 2,25—2,50, Spinal a 100 Pfd. 12—18, Karotten per Schof 2,00—2,50, Sellerie, Kiste, per Schof 1,25—1,50, Zwiebeln 100 Pfd. 3,00—4, Kettensäge, gelb, Schof 1,00, Kettensäge, per Schof 0,75—1,00, Kettensäge, per Schof 1,00—1,40, bis 4,80, Kettensäge, per Schof 0,60—0,70, Salat, per Schof 1,00—1,40, Bohnen, grüne, per 100 Pfd. 5—10, Wachsbohnen 8—12, Schoten per 100 Pfd. 10—16, Pfefferlinge per 100 Pfd. 20—28, Mohrrüben per 100 Pfd. 5,00, Blumenkohl per Mandel 1,00—2,20, Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00, Kohlfloß per Mandel 2—2,50, Weiskohl a Mandel 1,50 bis 2,00, Steinpilze a 100 Pfd. 25—30, Ganten, Berliner, Schof 0,75—1,00, do. Gantze, Schof 1,00—2,00, do. Kettensäge 2—3,00, do. Wismirer 2,00—2,50, Mohrrüben, Mandel 1,00—1,25, Werm., Ital. per 100 Pfd. 15—25, Seltene 5—16, Trüffel 14—20, 55mmische 7—14, Kettensäge, ungar., per 100 Pfd. 12—15, Italienische 8—15, Kettensäge 6—25, Stachelbeeren 00, Preiselbeeren 10—20, Kettensäge, lauerer 00, Kettensäge per 100 Pfd. 10—17, Kettensäge, Ital. runde bunke per 100 Pfd. 16—25, Ital. lange gelbe 15—22, Ital. runde 15—25, ungarische 10—12, Kettensäge 8—25, Kettensäge 10—22, Kettensäge, Weiskohl 300 Stück 18,00—20,00, 300 Stück 12,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, Klein 7,00, Kettensäge, Berliner per 100 Pfd. 25—35, Französische 20—40, Italienische I Kiste 1,50—2,00, do. II Kiste 1,20—1,50, do. III Kiste 1,00—1,20, do. in Körben per 100 Pfd. 35—40.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentlich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Rathschab und eine Rath als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

27. 1. Mein; er kann hier nichts anhaben, wenn nicht Gebrech oder dergleichen getrieben wird. 2. Die Kinder muß der Ehemann jedenfalls unterhalten, und zwar beide. Doch kann er hier ihre Veranlagung verlangen. 3. Der Unterhalt ist für die Kinder durch einen Vllieger beim Landgericht, in dessen Bezirk der Mutter vom Vormundungsgericht, in dessen Bezirk der Ehemann wohnt, bestellt. 4. Vergl. zu 2. 5. Er hat das Recht, die Kinder zu sehen. Bei Streit über die Art und den Umfang kann das Vormundungsgericht regelnd eingreifen. 6. Das Verleihen der Wohnung brauchen Sie sich nicht gefallen zu lassen. — G. R. 13. Födemer Sie den Brief durch eingeschriebenen Brief zur Befestigung der Wäge bitten einen Hühner bei Vermählung sofortigen Rückganges aus. Nach zahllosem Ablauf gaben Sie ohne weiteres; Sie brauchen dann keine Briefe mehr zu zahlen. — G. R. 113. G. R. u. R. nicht verfehlt. — Nieder-Schönhausen 2. 1. und 2. Hal — G. R. Richterfeld. Rückzahlung findet nicht statt; Sie können aber freiwillig weiter geben. Die dazu nötigen Marken gibst auf der Post. — G. R. 215. Es liegt strafbare Entführung vor, und zwar in beiden Fällen. Sie können selbst Strafzettel erhalten. — G. R. 25. Ein halber Pfennig wird nicht gerechnet. — G. R. 44. Alles dies ist unbedeutend. Werden Sie sich nach Dresden und Wien an die Polizeibehörden. Der hiesige Regierungspräsident kann nichts machen. — Köpenick J. J. 1. Halten Sie das Günstigste für sich, so holen Sie privat von einem angesehenen Spezialarzt ein Kontrollatnach ein und überreichen Sie es, falls es Ihnen günstig, dem Gericht. 2. Die Sache Ihres Bruders ist längst verjährt. — G. R. 3. Wenn keine anderen unterstützungsrechtlichen und solchen Personen (Kinder, Enkel, Eltern usw.) da sind, werden Sie zahlen müssen. — G. R. 4. Ertragen Sie die Befragung so lange Sie können. — G. R. 14. 1. Ja. 2. Ja. — G. R. 2. Schließen Sie den Ehevertrag vor dem Amtsgericht ab. Werden Sie beide auf Gericht, dort wird alles erledigt. — J. J. 50. Ihnen wird er monatlich vielleicht 50 Mark, dem Kind, das Sie werden behalten dürfen, monatlich etwa 25 Mark bezahlen müssen. Natürlich alles nur, wenn er für allein schuldig erklärt wird. — Kite. Monument. Vom 31. zum 1. des nächstfolgenden Monats. — J. R. 52. Es kommt darauf an, wie lange Ihre Frau krank war. Für die Zeit von 20. bis zum 1. muß, wenn nichts anderes verabredet, jedenfalls bezahlt werden. Die 250 Mark können Sie fordern. Der Geh hätte freies müssen; er hätte Ihnen für allen durch die Veranlassung dieser Pflicht entstandenen Schaden und ist strafbar. — G. R. 61. Der Antrag an Entschädigung muß innerhalb 8 Monaten seit Kenntnis von der Beschädigung gestellt werden. — G. R. 100. Sie erben nicht; der Fiskus schließt ab.



**Achtung! Velten i. M. Achtung!**  
**Großes Gewerkschafts-Fest**  
 am Sonntag, den 19. u. Montag, den 20. d. M.  
 Sonntag, den 19. August, nachm. von 3 Uhr ab  
 auf dem Festplatze an der Eisenbahn:  
**Großes Konzert.**  
 Von 4 Uhr ab auf dem Festplatze in den drei aufgestellten Pariser  
 Tanzzeiten: **Hall.**  
 1/2, 5 Uhr: **Beginn der Kinderspiele.**  
 Bei eintretender Dunkelheit: **Fackelzug.** Nach dem **Gr. Brilliant-Feuerwerk.**  
 Entree: 20 Pf. pro Person. Kinder frei.  
 Tanz 4-8 Uhr 50 Pf., 8 Uhr bis Schluß ebenfalls 50 Pf.  
 Montag, den 20. August, von nachm. 4 Uhr Ball mit derselben  
 Nachzahlung. 266/10  
 Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sind freundlichst ein-  
 geladen. **Der Festausschuß.**

**Portieren**  
 Spezialität! (ca. 200 Genre).  
 Einz. Garnituren spottbill.  
 Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.)  
 gratis u. franko.  
 Teppich-Spezialhaus **Emil Lefèvre**  
**Oranienstr. 158 Berlin S.**

Reine Leib-  
 binden und  
 Bruchbänder  
 mit pa. Fe-  
 dern sind die  
 bestsitzen-  
 und verur-  
 sachen feinerlei Beschwerden. Hüft-  
 empfinden mein Lager von Bettunter-  
 lagestoffen, Gummistrümpfen, Wickel-  
 binden aller Art für Krampfadern,  
 sowie Suspensoren, bogenförmige Gummis-  
 artikel z. A. Reiche, Sandgast.  
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen,  
 Berlin C., Seidelstr. 15.

Theor. u. praktische  
 Ausbildung zum  
**Chauffeur.**  
 Programm kostenfrei. Un-  
 entgeltlicher Nachweis von  
 tüchtigen Chauffeuren.  
**Technikum Altenburg**  
 Sachsen-Altenburg.

**Nordstift**  
 feinsten 1902L\*  
 Nordhäuser Kautabak  
 liefern an Großhändler zu den  
 billigsten Preisen  
**Athenstädter & Bachrodt.** Tabakfabrik,  
 Nordhausen.  
 Filiale: Berlin N.O.,  
 Georgenkirchplatz 26.

**Fahrräder**  
 3 Jahre Gar., 45 M.  
 Famil.-Nähmasch.  
 5 Jahre Gar., 27 M.  
 Laufdecken, 1 1/2 Jhr.  
 Garant., Qual. 2,90.  
 Luftschluche 2,30  
 bis z. allerh. Qual.  
 Vertreter meiner  
 Fabrikate erhalten  
 neues Motorrad für  
 ermäßigt. Preis. **Scholz,** Fahr-  
 radw., Steinau a. O. W. 44/45.

**Schüler-Anzüge.**

Viele Tausende Exemplare.

Joppen- und Jacket-Fassons mit  
 kurzen oder langen Hosen. Bewährte  
 Loden, Cheviots, Zwirnbuckskin und  
 andere Erzeugnisse.

24.- 21.- 18.- 15.-  
 12.- 10.- 9.- 7.-

**5 Mk. 25**

Einzelne  
 Schüler-Joppen, -Jackotts,  
 Schüler-Hosen  
 zu niedrigen Preisen.

**Einsegnungs-Anzüge**  
 in unermesslicher Auswahl.

**Baer Sohn**

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11  
 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Schüler-Kleidung) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.



Ferien-Ende.

Schul-Anfang.

**Der politische Massenstreik**

war in letzter Zeit wieder Gegenstand eingehender  
 Diskussionen; er wird auch den bevorstehenden  
 Parteitagen beschäftigen. Wir empfehlen daher den  
 Parteigenossen zur Orientierung folgende Schriften:

**Der politische Massenstreik**

und die Sozialdemokratie  
 Sonderabdruck der Verhandlungen auf dem  
 Parteitagen in Jena  
 Preis 20 Pf.

**Der politische Massenstreik**

Vortrag von Eduard Bernstein  
 Konfiziert gewesen!  
 Preis 20 Pf.

**Generalstreik und Sozialdemokratie**

von Henriette Roland-Holst  
 Mit einem Vorwort von Karl Kautsky.  
 Zweite revidierte und erweiterte Auflage.  
 Preis 1.50 M.

Expedition des „Vorwärts“, BERLIN SW. 68  
 243/13\* Lindenstraße 69 (Laden).

**Dr. Simmel,** Pringel-  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für 137/13\*  
**Haut- und Halsleiden.**  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Von der Reise zurück. 147/15\*  
**Dr. Max Maschke,**  
 Augenarzt,  
**Prinzenstraße 42.**

Das Fortschreiten der Magen-Darmlatareche der Säuglinge wird am besten durch Ernährung der Kinder mit Kufeles Kindermehl, in Wasser gelöst, ohne Zusatz von  
 Milch, verhindert. Kufeles Kindermehl bietet den Darmkrankheitsregenen einen schlechten Nährboden dar, bringt dadurch die Gärungsvorgänge im Darne zum Stillstande und be-  
 schränkt somit die Krankheit. Außerdem ist Kufeles Kindermehl aber auch ein ausgezeichnetes, leichtverdauliches Nährmittel, welches vermöge seines reichen Gehaltes an Nährstoffen  
 sehr gut zur ausschließlichen Ernährung der Säuglinge dienen kann. Erkrankte Kinder erhalten daher im Kufeles-Mehl selbst beim Fortlassen der Milch eine vollkommen genügende  
 Nahrung. Für an Magen-Darmlatarechen leidende Kinder löst man 1 Eßlöffel Kufeles-Mehl mit 1 Liter Wasser 25 Minuten und gibt ihnen davon alle 2 Stunden so viel sie trinken wollen.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche  
 und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort  
 (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
 zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**

für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
 bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Gardinenhand** Große Frankfurter-  
 Straße 9, parterre. 17  
**Teppiche!** (Sehenswürdig) in allen  
 Größen für die Halle des Hauses  
 im Teppichlager Stralau, Gadecher  
 Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14\*  
**Fahrräder,** Teilzahlungen. Berg-  
 Straße 28, Stallstraße 40. 163/34\*  
**Geschäftsbetrieb,** überholt stabil,  
 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. \*  
**Ferrenfahrpad,** Damenfahrpad,  
 wie neu, 45,00. Holz, Blumen-  
 Straße 36 b. 1710/2\*  
**Rebenerwerb,** Zigarrengeheiß mit  
 kleiner Wohnung umständelbar  
 billig verkauft. Viele, Koch-  
 Straße 13, an der Stralauer Allee. \*  
**Teppiche** auf Vorderbeckenfabrik-  
 niederlage Große Frankfurterstraße 9,  
 parterre. 41  
**Wappstein,** jung, sprechend,  
 fingerzahn, auch Tisch, Restaurant,  
 Kommandantenstraße 62, Ecke Alexan-  
 dersenstraße. 1703/3\*  
**Kleiderpind** 20 Mark, Kommode  
 21, Bettsofa 29, furniertes Kleider-  
 schränkchen, modern 40, Säulen-  
 schränke 54, Garderobenschränke 38,  
 Waschtiseltische 21, Anrichte 27, Schlaf-  
 sofa 33, Küchenstühle, englische  
 Schlafkammer, Küchenmöbel. Auch  
 Teilzahlung. Transport frei. Ball-  
 Straße 81. 147/20\*

**Schlennig!** hochgelagerte Metall-  
 betten, komplett 45,00, 4 Stufen  
 Kuchbaummöbel, Harmonika 3,00,  
 Klavierstuhl 7,50, Landberger-  
 Straße 42 II. 5576  
**Eggerdort** - Strausberg, Hoch-  
 maldbaukasten, 10 Minuten vom  
 Bahnhof, inmitten köstlicher Forst,  
 herrliche, gesunde, stille Lage, Quadra-  
 tische 10 Acker, Kidel, Fruchtstraße 21.  
**Waschmaschinen!** Jweilochgä-  
 löcher! 3,00. Geschlossene Spar-  
 löcher! 5,00. Waschtischapparat, Gas-  
 steifen! Gasstrahlen! 7,00. Drei-  
 stammige Waschkronen! 6,00. Gas-  
 löcher! 1 1/2. Wohlfahrt, Ballner-  
 theaterstraße 32. 1751/2\*  
**Nähmaschinen,** Vergüte bis 10,00,  
 mer Teilzahlung kauft, nachweis.  
 Sämtliche Systeme. Alte nehme hoch  
 in Zahlung. Hildorf, Berliner-  
 Straße 99, Nähmaschinen-Geschäft. \*  
**Gemüsegeschäft** Oberbergerstraße 4,  
 einen Halbkammer verkauft Vent,  
 Turinerstraße 2, Seitenflügel IV.  
**Restaurations** kanthelbender zu  
 verkaufen Schilfbelmerstraße 27. \*  
**Monatsausgabe** und Sommer-  
 paletts von 5,00 an. Holen von  
 1,50 an, Gebrochene von 12,00  
 an, Prads von 2,50 an, sowie für  
 forpente Figuren. Neue Garderobe  
 zu stammend billigen Preisen, aus Wand-  
 leihen verfallene Sachen kauft man  
 am vorteilhaftesten bei Rab, Wlad-  
 Straße 14. 5555\*  
**Nähmaschinen,** ohne Anzahlung,  
 wöchentlich 1,00. Barzdauerstraße 67,  
 Wienerstr. 1/6, Kiderstraße 111. 5536

**Gndrich,** Goldschmied. Auch  
 Gesellschaft. Remstraße 1a. 499  
**Wolfschmied** Balz. Auch Ge-  
 sellschaft. Wartenstraße 41. 499  
**Waschanstalt.** Den Genossen  
 empfehle bei Bedarf meine Bald-  
 und Wollanstalt. Bäche wird sauber  
 und gloriol gewaschen, im Freien  
 getrocknet. Karl Koch, Köpenick,  
 Grünauerstraße 21. Abteilung Som-  
 merabend. 1754/2

**Schmelzer,** Goldschmied. Auch  
 Gesellschaft. Strittnerstraße 57. 499  
**Blattnadler,** alle Goldarbeiten,  
 Silber, Bruchgold, Gebisse, alle Uhren,  
 Rehring, Brillanten, Zefren, sowie  
 sämtliche gold- und silberhaltigen  
 Abfälle kauft Goldschmelze Brod,  
 Wangelstraße 4, Telefon 4, 6958. \*  
**Herr Emil Dörlisch** ist seinen Ver-  
 pflichtungen mir gegenüber nach-  
 gekommen; ich erkläre denselben für  
 einen Ehrenmann. Frau Blümel.  
**Aufpösterung,** Reitmatrize 4,00,  
 Sofa 5,00, auch anhemr Dante.  
 Hofmann, Neue Königsstraße 30. 4142

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
**Blücherstraße 25,** Wedding, ge-  
 sunde Wohnungen 20 Mark. 5275\*  
**Billige** Wohnungen, große und  
 kleine, sofort und 1. Oktober 1908,  
 Ludenauerstraße 37 beim Wirt. \*  
**Grube** und Kasse zu vermieten  
 Gubenerstraße 5. 3626\*  
**Nieder-Schönhausen,** Deutsch-  
 böhm., Schillerstraße (am Straßen-  
 bahnhof) moderne Vorderwohnungen,  
 2 und 3 Zimmer von 324 und 450  
 Mark an. Käferes Nieder-Schön-  
 hausen, Admerstraße 34. 145/6\*  
**Umständelbar** Oktober frei  
 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon,  
 Klosett. Sparstraße 30. 481  
**Schlafstellen.**  
**Teilnehmer** zur möblierten Schlaf-  
 stelle gesucht Frau Jacoby, Kol-  
 bergerstraße 25, III.  
**Schlafstelle** Oranienstraße 156,  
 Blerentz. 148/4

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**  
**Stoffaturarbeiter,** routinierter,  
 sucht Beschäftigung im Stad-, Gips-  
 oder Zementfach. Gefällige Angebote  
 an Kramer, Hauptstraße 85, erbeten.  
**Binder** Stuckflechter bietet um  
 Arbeit. Stühle werden abgeholt und  
 zurückgeliefert. U. Gläher, Wlad-  
 Straße 27. 14685

**Stellenangebote.**  
**Automobilfahrer!** Jedermann  
 wird schnellstens zu erfolglosem  
 Chauffeur ausgebildet. Klänzenste  
 Erlolge. Lehrpläne kostenlos. Auto-  
 technikum Berlin, Epheustrasse 11/12.  
**Steinholzfuhbodenleger,** selbst-  
 ständig, sofort gesucht. Deutsche  
 Steinholzwerte Charlottenburg, Kan-  
 tstraße 38a. 17493\*  
**Tüchtigen** Einleger gesucht Char-  
 lottenburg, Dandelmannstraße 3.  
 Bau in Berlin. 5596

**Pianisten** sucht sofort Strzelewicz  
 (Weselsch), Bankow, Florastraße 51.  
**Jeden** geübte Feder, Steinholzfuh-  
 boden, 70 Pfennige pro Stunde, ver-  
 langt Berliner Steinholzwerte Tempel-  
 hofener 22. 5515\*  
**Zigarrenmacher** verlangt R.  
 Eismar, Französisch-Buchholz. 5545\*  
**Wamiels** auf glatte Damenpaletts  
 und Roden verlangt Hein, Peter-  
 burgerstraße 28. 4148  
**Mädchen,** junges, tagelüber leichter  
 Haushalt sofort gesucht Papierhand-  
 lung, Oderbergerstraße 48. 456  
**Gunder** Wamiels auf einfache  
 Saccos verlangt Buchholz, Reinind-  
 dorferstraße 70. 480  
**Schürgenübernehmer** bei guten  
 Preisen (Probe) verlangt Sonnen-  
 feld, Sandauerstraße 14/15. 148/1  
**Botenfrauen** finden sehr lohnende  
 Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. \*

**Botenfrauen** (Zur Wühlstraße)  
 finden lohnende Beschäftigung Sorauer-  
 Straße 20. 147/16\*

**Im Arbeitsmarkt** durch  
 besonderen Druck hervorgehobene  
 Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Deutsch. Buchhändlerverband**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Folgende Firmen sind, weil Ein-  
 stellungen nach dem abgeschlossenen  
 Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf  
 weiteres gesperrt:  
**Xaver Kelle,** Reichenberger-  
 Straße 30.  
**Fleck Nachf.,** Lüchowstr. 87.  
**Ad. Wittenburg,** Wilhelm-  
 Straße 18.  
**F. O. Agthe,** Wilhelmstr. 119/20.  
**Ad. Schob,** Suttamerstraße 19  
 und Desauerstraße 14.  
**Sartonsabrik Ad. Lesser,**  
 Krautstraße, für Kartonsarbeiter, u.  
 für Galanteriearbeiter die Firma  
**Aloys Suk,** Neanderstr. 4.  
 Vor Arbeitsannahme in den Ver-  
 bandsbetrieben, auch durch den par-  
 tialischen Jaharbeitsnachweis ist In-  
 formation auf dem Bureau, Engel-  
 ufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen.  
 24/12 **Die Ortsverwaltung.**

**Achtung! Achtung!**  
**Klavierarbeiter!**  
 In der Pianofabrik von Bell &  
 Co., Andreadstr. 32, haben sämtliche  
 Kollegen wegen Lohnhöherungen  
 die Arbeit niedergelegt. 141/16\*  
 Zugang ist fernzubalten.  
**Vereinigung der Musikinstrumenten-  
 arbeiter.**

**Achtung!**  
 Die Holzbearbeitungsfabrik  
**Nadge, Palisadenstr. 71/78** und  
**Rummelsburg, Wilhelmstrand,**  
 ist für Maschinenarbeiter sowie Hilfs-  
 arbeiter gesperrt! Sämtliche  
 Arbeiter befinden sich im Auslande.  
 Verband  
 der Handels- und Transportarbeiter.  
 Verband der Maschinenarbeiter.

**Achtung! Textilarbeiter!**

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der  
 Teppich-Fabrik M. Progen u.  
 Sohn in Stralau bei Berlin be-  
 finden sich im Auslande. Zugang ist  
 streng fernzubalten. 137/7  
 Filiale Stralau-Rummelsburg.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**

- Osten:**  
**Mann,** Petersburgerplatz 4.  
**Dengels,** Rüdersdorferstr. 3.  
**Gustav Vogel,** Kopenstr. 83.  
**Nordosten:**  
**E. Zucht,** Reibstr. 42.  
**J. Reul,** Barnimstr. 42.  
**Norden:**  
**G. Rasche,** Adestr. 36.  
**H. Trapp,** Rügenstr. 24.  
**Karl Ward,** Lützenstr. 123.  
**Karl Wehe,** Wiesenstr. 41/42.  
**E. Dechand,** Rühelstraße 24.  
**G. Vogel,** Vorplatz 37.  
**H. Tich,** Invalidenstr. 131.  
**Nordwesten:**  
**Karl Anders,** Salzweberstr. 8.  
**W. Schroll,** Gehrenstraße 29.  
**Südwesten:**  
**G. Werner,** Wittenwalderstr. 20.  
**G. Schröder,** Kreuzbergstr. 15.  
**Süden:**  
**Zi. Fris,** Prinzenstr. 31.  
**H. Gutschmidt,** Rottbuser Damm 8.  
**Südosten:**  
**Paul Böhm,** Lützner Platz 14/15.  
**H. Horich,** Engel-Ufer 15.  
**Charlottenburg:**  
**G. Scharberg,** Eichenheimerstr. 1.  
**Friedrichsberg:**  
**C. Seifel,** Kronprinzenstr. 50.  
**Rixdorf:**  
**W. Heinrich,** Redarstr. 7.  
**Conrad,** Diermannstr. 50.  
**Schöneberg:**  
**Wih. Dammert,** Martin-Lutherstr. 51.  
**Westensee:**  
**W. Reife,** Schanstr. 105.  
**Jul. Schiller,** König-Charftee 30a.  
**Reinickendorf:**  
**H. Gurich,** Frodingstr. 108.



Zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes freier Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Hamburg, 13. August.

Am Montagabend wurde in Stanges Gesellschaftshaus die zweite Generalversammlung nach einer Begrüßungsrede des Genossen Ostfeld, im Namen der Zahlstelle Hamburg, durch den Zentralvorsitzenden Ewald Berlin eröffnet.

Zu Vorsitzenden werden Ewald Berlin und Durban-Hamburg, zu Schriftführern Radtke- und Thimm-Berlin, Parisch-Charlottenburg und Gerike-Hamburg, zur Führung der Rednerliste Henning-Rixdorf und Schmidt-Weihensee gewählt.

Anwesend sind 63 Delegierte, außerdem vom Zentralvorstande Ewald und E. Fischer-Berlin und vom Ausschuss Ostfeld-Hamburg. Nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten wird die Tagesordnung wie folgt festgelegt:

- 1. Bericht des Vorstandes: a) Tätigkeitsbericht, Berichterstatter Kollege Ewald; b) Kassenbericht, Berichterstatter Kollege Fischer.
2. Bericht des Ausschusses, Berichterstatter Kollege Ostfeld-Hamburg.
3. Agitation und Organisation, Berichterstatter: Kollege von der Seyden-Röln.
4. Die Bierpreiserhöhung, Referent: Kerstin-Berlin.
5. Die Konzeptionsfeier, Referent: von der Seyden-Röln.
6. Anträge: a) auf Abänderung des Statuts; b) des Rechtschutzreglements.
7. Presse.
8. Allgemeine Anträge.
9. Wahl des Vorsitzenden, des Kassierers.
Darauf wird die Sitzung auf Dienstag verlag.

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen, Sonnabend, den 12. August, abends 9 Uhr, im Restaurant „Wilhelmshof“, Seestraße 45: Monatsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über das Thema: „Alexander II. von Rußland und der Nihilismus“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Broschüre: „Politischer Massenstreik“ wird an die Mitglieder unentgeltlich verabfolgt.

Berliner Nachrichten.

Vom „deutschen Volkslied“

liest man wieder einmal etwas in den Zeitungen. Der deutsche Kaiser hat es gepriesen — er tut das öfter — da muß die bürgerliche Presse nach Pflicht und Schuldigkeit ihren Bericht darüber erstatten. In Essen, wo er bei Frau Krupp zu Gast war, hat ihm ein Gesangsverein etliche Lieder vorgetragen. Zum Dank dafür hat er dem Dirigenten aus-einandergelegt, welches die Aufgaben des Vereins seien und was man unter Volkslied zu verstehen habe. Der Gesangsverein, der sich vor solchem Zuhörer produzieren durfte, war sogar ein „Arbeitergesangsverein“ — aber freilich ein kruppischer. Ein Blatt berichtet, der Kaiser habe sein „Erstaunen“ ausgesprochen über „das vortreffliche Stimmenmaterial“, das in diesem Arbeiterverein ruhe. Hier hätten wir das Gesicht sehen mögen, mit dem die also belobten Sänger über dieses eigenartige Kompliment quittiert haben werden. Indes, sie haben's verdient.

Wer die Arbeiterklasse kennt, der weiß, daß in den Arbeitergesangsvereinen die Pflege des Gesanges mit mindestens demselben Eifer betrieben wird, wie in den Gesangsvereinen der bürgerlichen Klasse. Auch das Stimmenmaterial, über das die Arbeitergesangsvereine verfügen, steht hinter demjenigen der bürgerlichen Gesangsvereine nicht zurück. Warum sollte es auch? Vorläufig ist ja Mutter Natur, die allgütige, noch unparteiisch genug, ihre Gaben wohllos zu verteilen. Doch in einem Punkte, einem sehr wichtigen, unterscheiden die Arbeitergesangsvereine sich von jenen anderen: eben in der Pflege des Volksliedes. Die bürgerlichen Gesangsvereine betrachten geradezu das als ihren Zweck, das sogenannte „deutsche Lied“ zu pflegen, um „unserem Volke besonders in nationaler Beziehung zu dienen“. Zum „deutschen Lied“ gehört ihnen dann auch jene Sorte von „patriotischen Volksliedern“, deren Kunstwert oft nicht über dem des Gassenhauers steht. In Arbeitergesangsvereinen ist diesen „Volksliedern“ keine Stätte bereitet. Arbeitergesangsvereine wären daher auch zu keiner St. Sedan-Feier oder ähnlichem zu verwenden.

Um übrigens keinen Jertum auskommen zu lassen, sei ausdrücklich erklärt und hervorgehoben, daß wir hier nicht an jene „Arbeitergesangsvereine“ denken, die je sozusagen mit zu den „Wohlfahrtseinrichtungen“ großer Betriebe gehören und von dem „Brothern“ wohlwollend protegiert werden. Solche „Arbeitergesangsvereine“ sind nicht nur zu St. Sedan-Feiern zu verwenden, sondern dürfen auch vor dem Kaiser singen — und freuen sich, daß sie's dürfen.

Gegen die Straßenhändler

ist unsere liebe Polizei doch sehr auf dem Damm. Erlaubt sich mal so ein Händler mit seinem Wagen eine längere Zeit an einer Stelle halt zu machen, die zu einer Verkehrsstraße gehört — und was gehört nicht dazu? — so ist schnell ein Schutzmann da, zieht sein Notizbuch heraus und schreibt den Aktenblätter auf unsere geistige Straßenpolizeiordnung auf. Und nicht immer geht es so glimpflich ab. In vielen Fällen wird der Uebertreter nach der Wache gebracht und muß dort längere Zeit warten, bis seine Personalkarte genau festgestellt und nachgeprüft sind. Die Händler, die doch ehrlicherweise ihr Brot verdienen, geben oft der Meinung Ausdruck, daß Schutzmänner ihnen viel mehr Aufmerksamkeit schenken als manchen Kommissar. Hände des Abends irgendwo eine Keilerei statt, so könnte man lange warten, ehe ein Schutzmann sich blicken ließe. Das ist aber von den Leuten, die sich in ihrem Verufe bedroht fühlen, nur eine Uebertreibung. Unsere Polizei sorgt mit der größten Gewissenhaftigkeit dafür, daß keinem Staatsbürger ein Haar gekrümmt wird. Wer das nicht glaubt, braucht bloß bei einem ausgebrochenen Streit in die Nähe eines von den Arbeitern gesperrten Betriebes zu gehen, beispielsweise jetzt in die Ritterstraße. Er wird da sehen, wie die Polizei — sogar mit Revolverbewaffnung — im Schweige ihres Angesichts aufpaßt, daß den Streikenden von den Arbeitswilligen nichts getan wird. Rein, unsere Polizei wacht und wie wacht sie auf? Wir sagten oben schon, die Händler sind bloß nicht gut auf unsere Hermandad zu sprechen, sonst würden sie die Aufmerksamkeit, die die Polizei auch ihnen widmet, besser zu schätzen und zu würdigen wissen.

Und erzählte gestern eine Handelsfrau folgendes Erlebnis, das sie mit der Polizei hatte: Ich bin 66 Jahre alt und beziehe monatlich 10 Mark Armenunterstützung. Da ich mit diesen 10 Mark nicht leben kann, versuche ich mir durch einen kleinen Handel mit Blumen etwas zuzuverdienen. Mit einem Korbe stelle ich mich an die Bergstraße, nahe der Invalidenstrasse. Plötzlich kommt ein Schutzmann und schreibt mich auf. Ein Strafmandat von drei Mark ist die Folge. Ich lege Widerspruch ein und sage den Richtern, daß ich als alte Frau mich doch ehrlich durchschlage. Man sagt mir: Das ist ganz schön, aber Sie haben eben gehandelt, wo Sie nicht sollen, sind der Aufforderung des Schutzmannes nicht nachgekommen und müssen verurteilt werden. Die Strafe wird von drei Mark auf eine Mark herabgesetzt. Ich kann mir aber nicht anders helfen, als daß ich wieder hier handeln gehe. Wieder werde ich erwischt und angezeigt. Das zweite Mandat lautet auf sechs Mark; im Wege der Vernehmung wird es auf drei Mark herabgesetzt. Nun hatte ich wohl die Genehmigung, dadurch, daß ich Vernehmung einlegte, die Strafe ermäßigt zu sehen, allein ich besser hätte ich getan dies zu unterlassen; denn mit Kosten machte die erste Sache 5,10, die zweite 6,50 M. Das ist aber noch nicht alles. Der Tanz mit der Polizei geht weiter. Als ich neulich wieder in der Invalidenstrasse handelnd getroffen wurde, blieb's nicht mehr beim Aufschreiben, man nahm mich mit zur Wache und behielt mich von 3 bis 7 Uhr dort; am Sonnabend brachte man mich wieder hin und sagte mir, ich sollte mir die Blumen um neun Uhr abholen. Natürlich waren dieselben in beiden Fällen verrotten, ich konnte niemand die Blumen anbieten und hatte außer den zu erwartenden Strafmandaten noch großen Schaden.

Das ist so eine Leidensgeschichte einer Händlerin, der das Leben durch die Polizei recht schwer gemacht wird, und in vielen anderen Fällen wird das ebenso gehen. Man kann der Polizei nicht einmal einen Vorwurf machen, denn sie handelt nach der Verordnung. Anders liegt es, wenn die Polizei die alte Frau, die ihr doch bekannt ist, auf die Wache bringt und dort mit ihrer Ware, die dem Verderben ausgesetzt ist, längere Zeit festhält. Soweit sind wir doch noch nicht, daß die Polizei das Recht hätte, Leuten, die sich höchstens einer Uebertretung schuldig gemacht haben, noch Schaden an ihrer Ware zuzufügen. Die Polizei kann viel, vielleischt alles, aber so viel glauben wir in unserem gewöhnlichen Untertanenverstande zu wissen, daß sie dazu kein Recht hat. Es wäre wirklich einmal angebracht, wenn Händler, die auf solche Art durch die Polizei noch Schaden erlitten haben, einmal zivilgerichtlich die Polizei für den entstandenen Schaden haftbar machen würden. Und angesichts solcher Jagd auf eine bestimmte Erwerbsgruppe faßelt man in der bürgerlichen Presse davon, daß wir zu wenig Polizei hätten? Die Polizei sollte nur ihren eigentlichen Zwecken dienlich gemacht werden und es würde sich zeigen, daß wir eher zu viel als zu wenig Beamte haben.

Arbeitgeberwahl der Ortskrankenkasse der Schneider.

Bei der gestrigen Erziehung der Arbeitgeber der Ortskrankenkasse der Schneider erhielt die Liste der unabhängigen Arbeitgeber 163, während die Reichsverbänder nur mit einer Stimme glänzten, sich also der Stimme enthielten.

Der bedeutendste „Aidelmann“ Berlins ist die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn, welche täglich annähernd 32 Zentner Aidelgeld in ihre Tresors zu verschleppen hat. Was an Straßenbahngroschen tagsüber zusammenkommt, ist aus einem Kassenrapport dieser Gesellschaft ersichtlich. Nach der Zusammenstellung einer Wocheneinnahme wurden 44 450 einrollierte Ein-, Zwei-, Drei- und Fünfmarsstücke von den Schaffnern an die Bahnhofskassen abgeliefert, die ein Gesamtgewicht von 31 Zentner 83 Pfund repräsentierten. Ferner wurden vereinnahmt 14 950 Fünzigpfennigstücke, die 165 Pfund wogen, und 32 110 Fünf- und Zehnpfennigstücke, die, ebenfalls in Rollen verpackt, das Gewicht von 25 Zentner 37 Pfund ergaben. Zum Transport dieser Geldrollen von den 23 Straßenbahnhöfen nach der Hauptkasse sind unangeseht drei Kassenwagen im Gange. Die Hauptkasse der Großen Berliner Straßenbahn selbst besitzt eine Wechselkasse, die von 11 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr geöffnet ist, um diese Ummengen Kurant wiederum an Abnehmer, die Kleingeld brauchen, abzugeben. Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn hat jetzt die Kassenkassier der einzelnen Bahnhöfe angewiesen, auch an Ort und Stelle von 5 Uhr nachmittags an derartige Ummischelungen vorzunehmen, damit Interessenten, so besonders die Zahlmeisterinnen der Garderegimenten, größerer Hotels und Restaurants, Fabriken usw. nicht erst den weiten Weg nach dem Leipziger Platz zu machen brauchen, sondern sich vom nächstgelegenen Straßenbahndepot Wechselgeld holen können.

Die Verklärung von zwei Linien der Großen Berliner Straßenbahn wird vorübergehend in Brity notwendig. Die Rudowerstraße daselbst wird von der Rixdorfer Gemeindegrenze bis zur Brücke über den Zeltowkanal asphaltiert. Die durch die Straße gehende Linie 47 Niederschönhausen-Südlicher Markt-Moosplatz-Brity kann daher nicht zu ihrem regelmäßigen Endpunkt, dem Rixdorfer Gemeindefriedhof in der Rudowerstraße, geführt werden. Sie wird deshalb bis zur Juliusstraße in Rixdorf zurückgezogen. Auch die Linie 48 Schönhauser Allee-Rixdorf wird unter Umständen von dieser Mahnahme betroffen. Bei starkem Verkehr wird diese Linie ebenfalls bis zum Rixdorfer Gemeindefriedhof in Brity verlängert. Während der Dauer der Arbeiten muß auch diese außerplanmäßige Verlängerung unterbleiben. Die Verklärung tritt am Mittwoch, den 15. August, ein.

Keine Obstreste auf die Straße werfen! Die alte Unsitte, Obstreste achtlos fortzuwerfen, hat gestern wieder einmal einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. In der Reinickendorferstraße trat ein älterer Herr versehentlich auf einen Pfirsichstein, glitt aus und schlug so unglücklich mit dem Kopf auf einen Pfirsichstein, daß ein schwerer Schädelbruch hervorgerufen wurde. In bewußtlosem Zustande wurde der Verunglückte, der Ausweisungspapiere nicht bei sich führte, nach der Unfallstation in der Lindowerstraße und von dort nach dem Moabit Krankenhaus gebracht.

Aus der Anstalt Buhgarten für Epileptische kommen wiederholt Klagen des Personals über Mißstände der verschiedensten Art. So sind trotz öftmaligen Ersuchens des Arbeiterschusses noch immer keine verlässlichen Särkte für Pfleger und Pflegerinnen in deren Stuben eingerichtet. Dieselben müssen vielmehr ihre Kleider und Werkzeuge in den Schränken der Krankensäle unterbringen, was zu allerhand Unzuträglichkeiten führt. Kürzlich begaben sich die Patienten vom Krankenhaus I in den Garten. Natürlich mußten die Pflegerinnen sie begleiten bis auf eine, welche auf der Station blieb. Die letztere war aber neu eingestellt und hatte daher noch nicht genügend Kenntnis von den Verhältnissen. Dies machten sich zwei Patienten zunutze, öffneten zwei Schränke, entwendeten die besten Kleider und zogen sich dieselben an. Als dann ließen sie sich von der neuen Pflegerin die Schlüssel geben und verhielten sich auf Zimmerwiederleben. Die Direktion hat auf eingegangene Beschwerden bis jetzt jeden Schadenersatz abgelehnt mit der Motivierung, die Deputation erhalte keine gestohlenen Sachen. Rechtlich wie geschildert erging es vor einiger Zeit dem Pfleger Th., welchem bares Geld, zwei Ringe, Uhr und Ketten in gleicher Weise gestohlen wurden, ohne daß ihm Ersatz dafür geleistet worden wäre. Viele Unzuträglichkeiten entstehen auch durch den fortgesetzten Personalwechsel, welcher aber nur allzuverständlich ist. Sind schon

die Löhne keine allzu verlockenden (Pflegerinnen 480 M., Pfleger 620 M. pro Jahr), so wird besonders durch die rigorose Urlaubsordnung und die fortwährend zu Klagen Anlaß gebende Verfestigung dafür gesorgt, daß ein großer Teil der Pfleger und Pflegerinnen sich bald wieder nach einer anderen Beschäftigung umsieht. Auch in diesem Monat sind wieder eine Anzahl Kündigungen seitens des Personals eingereicht worden. Damit ist allerdings weder den Ueberlebenden geholfen, noch wird eine Wandlung zum Bessern erzielt.

Es wird in der Zukunft der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Mitglieder der Deputation der Sache annehmen und für Besserung sorgen möchten. Dazu möchten wir bemerken, daß, soweit es an den sozialdemokratischen Vertretern liegt, dies nach Möglichkeit geschieht, aber diese sind eben nur in der Minderheit. Vor allem muß für den Ausbau der Organisation gesorgt werden. Nur eine kraftvolle Organisation in Verbindung mit den Vertretern der Sozialdemokratie im roten Hause kann hier Hilfe schaffen. Und das trifft nicht nur auf die Pfleger und Pflegerinnen zu, auf allen anderen Gebieten der städtischen Verwaltung ist das gleiche der Fall.

Explosion auf einem Motorboot. Verhängnisvolle Folgen hatte eine Benzinätherexplosion, die vorgestern gegen Abend auf einem Motorboot auf dem Tegeler See erfolgte. Der Bootsführer Wilhelm Margraf, Grünhaletstraße 26 wohnhaft, hatte das Fahrzeug zu einer Tour ausgerüstet und als er im Begriff war, das Boot mit Benzinäther zu füllen, gab es plötzlich eine Explosion. Die Stachlammen trafen M. und setzten dessen Kleidung in Flammen. Brennend sprang der Bootsführer ins Wasser und erstickte auf diese Weise das Feuer. Er hatte aber bereits im Gesicht, am Kopf und an der rechten Schulter furchtbare Brandwunden davongetragen und wurde nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Badstraße in ein Krankenhaus gebracht.

Beim Transport eines Geldschrankes schwer verunglückt ist vorgestern nachmittags der 27jährige Arbeiter Fritz Stielz aus der Juliusstraße 55. St. hatte mit Kollegen für die Aktiengesellschaft Geldschrank- und Tresorbau einen Geldschrank transportiert und beim Fortrücken kippte der schwere Gegenstand plötzlich um und fiel nach der Wand zu. St. wurde gegen die Mauer gedrückt und mit seiner ganzen Schwere legte sich der Tresor auf den Bedauernswerten. Als man den Arbeiter aus der entsetzlichen Lage befreit hatte, wurde er schwerverletzt nach der Unfallstation 17 gebracht. Die linke Stirnhälfte war auseinandergefallen und außerdem hatte St. schwere Kopfverletzungen und Quetschungen davongetragen. Er fand im Lazaruskrankenhause Aufnahme.

Früh zum Krüppel gefahren. Große Aufregung rief ein Unglücksfall hervor, der sich gestern nachmittags an der Ecke der Wiesen- und Hochstraße ereignete. Dort hatten mehrere kleine Kinder, darunter auch das fünfjährige Tochterchen Elise des Plätterei-besizers Neumann, Kolbergerstr. 21, gespielt. Beim „Einfangen“ lief die K. davon und wurde von einer Spielfamerabin verfolgt. In ihrem Eifer eilte die Kleine auf dem Fahrrad um und geriet unter die Räder eines herankommenden Steinwagens, die ihm über die Füße hinweggingen und sie fast vollständig zermalmeten. Bewußtlos wurde die Kleine in das städtische Krankenhaus gebracht.

Ebenfalls beim Spielen schwer verunglückt ist gestern nachmittags die fünfjährige Tochter Margarete des Gärtners Wechsel aus der Pringen-Allee 46. Das Mädchen hatte auf dem Fluß des elterlichen Hauses gespielt und stürzte dabei von der Treppe ab. Mit gebrochenem Oberschenkel wurde es gleichfalls in das Kinderkrankenhaus eingeliefert.

Verbrannt. Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde gestern der 39jährige Brauer August Selmar, Lützowstr. 16, der in der Vierbrauerstr. „Luisenbad“ angestellt ist. S. hatte an einem Bottich, der hoch mit kochendem Wasser angefüllt war, zu tun und stürzte plötzlich infolge Ausgleitens in die heiße Flüssigkeit. Dem Armesen wurden beide Beine bis zum Oberschenkel so furchtbar verbrannt, daß sich die Haut löste. Nachdem er auf der Unfallstation in der Warschauerstraße die erste ärztliche Hilfe erhalten, fand er im Krankenhaus am Friedrichsbain Aufnahme.

Durch fahenden Leer schwer verbrannt wurde gestern nachmittags der 26 Jahre alte Arbeiter Franz Hufschel, Kolbergerstr. 7, auf einem Neubaugrundstück an der Badstraße.

Bei dem Zusammenstoß eines Lastwagens ist gestern der Fuhrherr Hermann Triebelwolder aus der Holländerstraße 127 schwer zu Schaden gekommen. Als F. mit seinem eigenen Fuhrwerk durch die Provinzialstraße in Reinickendorf fuhr, brach plötzlich die Vorderachse, der Wagen stürzte zusammen und F. wurde in weitem Bogen auf die Straße geschleudert. Er erlitt einen doppelten Unterschenkelbruch und schwere Kopfverletzungen. Seine beiden Kinder, die sich ebenfalls auf dem Wagen befunden hatten, waren glücklicherweise unverletzt geblieben.

Vom Pferde geschlagen und schwer verletzt wurde vorgestern abend der Drochsenluischer Georg Fischer aus der Pringenallee 62. F. hatte, als er von der Tagestour kam, sein Pferd ausgespannt und als er es in den Stall brachte, wurde ein anderes Tier im Nebenverlag unruhig. Kaum hatte er sich dem Pferde von hinten genähert, so schlug es plötzlich aus und traf F. mit großer Gewalt gegen den Kopf. Das Nasenbein wurde dem Bedauernswerten zerrümmert und später stellte sich auch noch eine Gehirn-erschütterung ein.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am vorgestriegen Abend in einem Zuge in Felner entdeckt. Als auf der genannten Station das Zugpersonal den um 7 1/2 eingetroffenen Vorortzug aus Berlin revidierte, fand man in einem Coupé zweiter Klasse ein Paket, in welchem sich, in ein Frauenhemde gewickelt, die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts befand. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet, eine Spur jedoch noch nicht gefunden.

Vermisst wird seit 9. Juli d. J. der Arbeitsbursche Willi Neumann, 11. 8. 89 zu Berlin geboren, welcher zuletzt Stendalerstr. 7 bei den Eltern wohnte und in Charlottenburg bei Siemens u. Halske in Stellung war. Neumann ist 1,60—1,65 Meter groß, blond, hat graue Augen, dicke Nase, schlanke Gestalt, ist bartlos, hat an der rechten Seite des Kinnes und an der Stirn je eine Narbe. Er war zuletzt bekleidet mit dunklem Jacketanzug, schwarzen Schnürstiefeln und weissem Hut. Nachricht über den Verbleib nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei entgegen.

In der Absicht, sich zu ertränken hat sich am 6. Juli d. J. nach einem Streite der Reichshorst. 33 wohnhaft gewesene 80jährige Invalide Gottfried Jahn, der erst seit 9 Monaten verheiratet war, aus seiner Wohnung entfernt und wird seitdem vermisst. Jahn ist circa 1,75 Meter groß, hat graumeliertes volles Haar, blaue Augen, längliches, blaßgelbes Gesicht, schlanke Gestalt, hält sich sehr gerade, trägt keinen Bart und spricht schlesischen Dialekt, sein linkes Auge ist kleiner als das rechte. Beim Fortgehen war er mit schwarzem Rodanzug mit Samtkragen, braunem Sommerüberzieher, schwarzem steifen Hut, Umgelegtrogen, schwarzer Kravatte, weissem Hemde und langfingerigen Stiefeln bekleidet. Nachricht nimmt die Kriminalpolizei zu 5618 IV. 18. 06. entgegen.

Gratfeuer in einer Möbelfabrik in der Hagelbergstraße 52 machte der Feuerwehrt in vorletzter Nacht viel zu schaffen. Kurz vor 3 Uhr wurde von der Kreuzbergstraße aus bemerkt, daß Flammen aus der auf jenem Grundstück befindlichen Möbelfabrik von Otto Böcker emporloderten. Auf die Meldung „Mittelfeuer“ rüdten die Löschzüge 9, 10, 11, 12 und 17 zur Brandstelle. Die vorgefundene Situation war gefahrdrohend. Die Partierre belegene große Kollerwerkstelle bildete ein Flammenmeer, das auch seinen Weg bereits über eine große Treppe nach dem ersten Stock genommen hatte, der zu einem Lagerraum von wertvollen Möbeln



Hergerichtet war. Es war von vornherein klar, daß hier nicht gerettet werden konnte, weshalb alle Kräfte eingesetzt wurden, um die anderen ebenfalls mit Fischereien besetzten Etagen zu schützen. Sowohl von der Hagelsberger- wie auch von der Kreuzbergstraße aus griffen Dampfspritzeln ein und brachten trotz der enormen Hitze, unter der die Löschmännchen sehr zu leiden hatten, das Feuer innerhalb einer Stunde zum Stehen. Die vollständige Ablösung zog sich jedoch noch bis gegen 7 Uhr hin. Ob, wie angenommen wird, der Brand durch Kurzschluss entstanden ist, steht noch nicht fest. Der entstandene Schaden wird auf mehr als 100 000 M. beziffert, der zum weitestgehenden Teil auf die Firma Böller entfällt. Doch haben auch die Fischereien von Bluhme u. Stolzenburg (Parterre) und von Kschner (2. Etage) noch gelitten.

Ein ehrlücher Hinder will eine von ihm am Sonntag im Virenwäldchen in Steglitz gefundene Uhr dem Verlierer wieder zustellen, doch aber nicht, wer derselbe ist. Auskunft erteilt der Kassierer des 2. Wahlkreises, Gustav Schmidt, Berlin, Bülowstraße 62, Aufg. 4, Parterre.

Ein Lohnbedienter mit dem vollen Wochenlohn, auf den Namen Anna Wagner lautend, hat am Sonnabend ein Arbeiter gefunden und möchte ihn der Arbeiterin zurückerstatten. Die Verliererin soll sich abends nach 7 Uhr bei D. Heuter, Komintenerstraße 11, Quergebäude III, melden.

Ein Schwimmfest veranstaltete am Sonntag der Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin in der Vichtenberger Seeterrasse unter starker Beteiligung der übrigen Bundesvereine. Sowohl in bezug auf die Anzahl der beteiligten Schwimmer und Schwimmerinnen, als auch bezüglich der Leistungen stand das Fest auf einer vorher noch nicht erreichten Höhe. Es hatten sich zu den 18 Rennen des Tages nicht weniger als 187 Teilnehmer gemeldet. Bemerkenswert war vor allen Dingen die außerordentlich starke Beteiligung der Jugend- und Knabenchwimmer und speziell der „Vorwärts“-Berlin, welche hierbei beachtenswerte Leistungen. Auch im Springen wurden gute Leistungen gezeigt. Nebenbei kam die knappe Niederlage von Krebs-Berlin im Spanischschwimmen, welcher zu spät startete und den etwas vorliegenden Sommerfest-Charlottenburg nicht mehr ganz einholen konnte. Das schönste Rennen des Tages bildete die Vereinsstaffette. Hier startete der „Sprecher“-Berlin sowie 2 Mannschaften vom „Vorwärts“-Berlin. Die Brust-, Seite- und Nudenschwimmer gaben sich nichts nach und erst die Spanischschwimmer entschieden das Rennen. Im Kleiderschwimmen zeigte die Rettungsmannschaft, was sie im Schwimmen mit vollständiger Kleidung leisten kann.

In Steglitz gelangt am nächsten Sonntag der Große Preis von Berlin zur Entscheidung.

Geperert. Die Werkstraße zwischen Gerhard- und Lüneburgerstraße wird behufs Innpflasterung vom 13. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt. — Der Dramenplatz östlich der neuen Dramenbrücke wird behufs Innpflasterung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Im ersten Orgelsonert, welches der königliche Musikdirektor Bernhard Jürgens am Mittwoch, den 15. August, abends 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, in der St. Marienkirche veranstaltet, werden Fräulein Elisabeth Kraus (Alt), Herr Karl Rache (Bariton) und Herr Alexander Altman (Violine) mitwirken. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Gestern hatte die Wehr in der Blumenstr. 10 zu tun, wo in einer Zigeunerwohnung Feuer ausgebrochen war. Gardinen und Möbel brannten dori. In der Kleinen Andreassstr. 1 und Großgörschenstraße 32 brannten in einem Kolonialwarenlager Waren und Emballagen, Stroh usw. Durch tüchtiges Wassergeben wurde der Brand in der Kleinen Andreassstraße 1 auf den Keller beschränkt. Pfeifhohlenbrände befechtigten die Wehr auf dem Nordbahnhof. In der Köpenickerstraße 152 war ein Ballon mit Salpetersäure beim Transport geplatzt und ausgefahren. Der 6. Zug entfernte die Säure. Ferner hatte die Wehr noch an mehreren anderen Stellen, unter anderem Brunnenstraße 147, Am Weidenweg 30, Alt-Neubau 104, Hufschittenstraße 69, Simonstraße 24, wo ein Zimmer brannte, zu tun.

Arbeiter-Sanarierkolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, Übungsstunde der 3. Abteilung für Schöneberg bei Obfr. Weiningerstraße 8. Vortrag über Vergiftungen und gefährliche Krankheitszustände. Daron anschließend praktische Übungen. Keine Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Im Berliner Aquarium scheint bei der Reubeziehung der Becken das eine oder das andere leer ausgegangen zu sein, denn der Beschauer vermag in ihnen, während es in den benachbarten Behältern schwimmt, kriecht und krabbelt, zunächst nichts zu erblicken. Und doch haben auch sie ihre Bevölkerung erhalten und zwar eine solche, die ob gewisser biologischer Einzelheiten doppelt interessant ist. So beherbergt das eine Seewasserbecken im oberen Grotten-gange eine Anzahl Krustentiere und Fische, von denen die ersteren trotz ihrer Größe und massiven Bauart erst bei näherem Hin-schauen zu unterscheiden sind, weil sie sich infolge der dichten braun-geauen Behaarung kaum von dem ähnlich gefärbten felsigen Hinter-grund, in dessen Spalten und Räden sie sich mit Vorliebe drücken, abheben; und die Fische haben die Gewohnheit, sich so in den Sand einzugraben, daß nur die nahe beieinanderstehenden Augen hervor-quellen, sodah nur ein scharfes Hinschauen die Lagerstelle des Fisches zu entdecken vermag. In einem benachbarten Becken kann jetzt der Besucher vergleichende Beobachtungen zur Entwicklung der Hai-fische machen, indem hier nicht nur neuerdings erst abgelegte und deshalb noch „rühige“ Eier, sondern auch solche, in denen der Embryo fortgeschrittene Lebensbewegungen macht, hängen und außer-dem ausgeschlüpfte Junge verschiedener Altersstufen auf dem Sand-grunde ruhen.

## Vorort-Nachrichten.

### Der Niederbarnimer Kreisstag

hat am Diensdagnachmittag zwei wichtige Beschlüsse gefaßt, welche die notwendigen und östlichen Berliner Vororte betreffen. Borerst handelte es sich um die endgültige Beschlußfassung über den Bau der Kreis-Industriebahn Zegel-Friedrichs-felde und die Aufnahme einer Anleihe von 1 970 000 M. Bemerkenswert wurde, daß alle in Betracht kommenden Vor-orte das Land zum Bahnbau kostenlos dem Kreise zur Verfügung gestellt hätten und 4 Proz. der Kaufsumme von den Vororten ver-zinst würden, sobald die Bahn ohne Ueberschüsse arbeitet. Das letztere werde aber wohl nie der Fall sein, davon sei auch der Berliner Magistrat überzeugt, welcher ebenfalls das Land, welches innerhalb der Berliner Eisenanlagen zum Bahnbau gebraucht werde, kostenlos zur Verfügung gestellt und außerdem sich ebenfalls bereit erklärt habe, die vier Prozent Zinsgarantie für die Bahn zu übernehmen. Gegen fünf Stimmen wurde schließlich beschlossen, die Industriebahn Zegel-Friedrichs-felde zu erbauen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Erhebung einer Schankkonzessionssteuer. Auch diese Vor-lage begründete der Landrat Graf von Höden, stieß jedoch bei mehreren Abgeordneten, welche die großen Bezirke um Berlin vertreten, auf entschiedenen Widerspruch. Die Schank-konzessionssteuer, so wurde ausgeführt, belaste in erster Linie nicht die großen Berliner Vororte, wo viele Gastwirtschaften vorhanden seien. Gerade zur jetzigen Zeit, wo der Gastwirtsstand so wie so mit Steuern überlastet worden sei, würde der Kreis ihm unrecht tun, sofern er nun auch noch eine Extrasteuer von ihm erhebt. Die Majorität beschloß jedoch die Einführung der Steuer, welche gleich der Kreisamtssteuer, die neuerdings erlassen wurde, eventuelle Zuschüsse zur Kreis-Industriebahn decken soll.

Die Grenzen zwischen Rixdorf und Treptow sind außerordentlich unregelmäßig und beeinflussen die Entwicklung beider Gemeinden

ungünstig. Die bestehende Grenze erstreckt sich keilförmig von Rixdorf bis an den Treptower Park. Die Hauptstraßen von Treptow laufen durch Rixdorf und Treptow. Die einzelnen Grundstücksblöcke liegen zum Teil auf beiden Gebieten. Die Bebauung, Kanalisierung und die Versorgung mit Gas, Wasser usw. wird dadurch außerordentlich erschwert. Außerdem bestanden seit längerer Zeit auch noch Meinungsverschiedenheiten, welche Teile der könlischen Dienen zu Treptow oder zu Rixdorf gehören. Beide Gemeinden waren deshalb übereingekommen, die Grenzen zu regulieren. Zu diesen Verhandlungen, die schon sechs Jahre schweben, ist auch Berlin hinzugezogen worden. Die Grenzlinien berühren nämlich vielfach städtische Grundstücke. Berlin ist auch wegen der Kanalisierung, der Versorgung von Gas und Wasser interessiert. Mit Zustimmung des Magistrats von Berlin ist nunmehr ein Vertrag über einen Gebietsaustausch zustande gekommen, wonach die Grenzen fast stets in der Mitte zwischen den Baufluchtlinien der betreffenden Straßen — Köpenicker Landstraße, Rixhofstraße usw. — verlaufen. Treptow erhält etwa 12 Hektar und gibt 57 Hektar an Rixdorf ab. Eine Entschädigung wird von seiner Seite gezahlt. Mehrere Berliner Grundstücke kommen zu Rixdorf.

### Schöneberg.

#### Sehet die Wählerlisten ein!

Die schon mitgeteilt, beginnt mit dem heutigen Tage die öffentliche Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger Schönebergs, und zwar im Rathaus, am Kaiser Wilhelmplatz, Quergebäude, Zimmer 2. Die Liste ist ein-zugehen an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nach-mittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr. Die Auslegung endigt mit dem 30. August. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben. Wer nicht in der Lage ist, selbst Einsicht in die Liste zu nehmen, der gebe seine Adresse in den Bezirkskolonen ab. — Versäume niemand, feststellen zu lassen, ob sein Name in der Liste richtig eingetragen ist! Trotzdem in diesem Jahre die regelmäßigen Stadtverordnetenwahlen nicht stattfinden, muß doch damit gerechnet werden, daß durch irgend welche Umstände Ersatzwahlen nötig werden können. Wer sich sein Recht, dann mitwählen zu dürfen, wahren will, überzeuge sich jetzt von der Richtigkeit der Wählerliste!

Zwecks Anknüpfung an das hiesige Gewerkschaftsstatut hatten am Montag die Arbeiter und Handwerker der Gasanstalt in Schöneberg Stellung genommen. Kollege Wuyly legte den Versammelten in längerem Vortrage die Zwecke und Ziele des Zusammenschlusses der Gewerkschaften auseinander, da nur in gemeinsamer Organisation und gemeinsamer Arbeit die Stärkung des gewerkschaftlichen Gedankens erfolgen könne. — Mit der Entsendung eines Delegierten und eines Stellvertreters in das Gewerkschaftsstatut erklärten sich sodann die Versammelten einverstanden, indes soll in einer demnächst stattfindenden allgemeinen Zusammenkunft die Aufstellung und Wahl geeigneter Personen erfolgen. Hoffentlich wird dieselbe in Anbetracht ihrer Wichtigkeit von den in Betracht kommenden organisierten An-gestellten der hiesigen Gasanstalt besuch besucht sein.

### Charlottenburg.

Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Charlottenburg befindet sich in einem gewissen Stillstande. Infolge des schnellen Wachstums der Stadt pflegte der alljährlich sommerliche Rückgang erst im Juli in die Erscheinung zu treten. 1904 und 1905 brachte der Juni noch eine gewisse Vermehrung der Bevölkerung. In diesem Jahre ist wieder wie früher ein Rückgang eingetreten und zwar um 748 Seelen. Die Einwohnerzahl beträgt für den Anfang des Monats Juli nur noch 244 519 nach dem vorläufigen Ergebnis der Fortschreibung. Die Stadt dürfte also erst im Oktober 1/2 Million Einwohner erreichen. Einzigermassen ist an dem Still-stand auch der sorgfältige Rückgang der Geburten beteiligt. Auf 1000 Einwohner und ausß Jahr berechnet gab es im Juni nur 22,16 Geburten. Die ständig dieser Rückgang ist, zeigt folgende Reihe der Geburtenziffern von Charlottenburg aus den Jahren 1898—1906: 29,98, 27,51, 26,23, 25,30, 24,14, 23,33, 22,43, 22,18, 22,16. Nur wenige Städte; Potsdam, Wilhelmshaven, Landau und Oldenburg haben eine geringere Geburtenziffer wie Charlottenburg.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindruckergänger bei der Charlottenburger Gewerkschaftskommission folgende Ver-träge ein:

Liste 14 Karl Schröder 13,85, Listen 17 und 19 Lemandowsky 6,05, Listen 21, 23, 25, 28 und 29 durch Otto Schade 37,30, Liste 68 Bau-nischerei H. Selter, Charlottenburg 8,20, Liste 70 Bauhischerei Häge u. Lehmann, Charlottenburg 8,65, Liste 67 durch Wdh. Gade 13,20, Liste 207 do. 11,70, Listen 214 und 215 do. 12,15, Listen 66 und 206 do. 12,50, Listen 141, 143, 144, 145 durch Johann Braun 28,35, Listen 201, 202, 203 durch Bernhard Hölscher 18,15, Liste 176 durch Scheible vom Jahrgang der 4. Bezirks 7,05, Durch Wdh. Papel auf Listen: 126 3,95, 137 2,20, 129 1,95, 130 6,65, 179 3,20, 179 2,05, 180 7,70, 181 1,20, 183 1,85, 185 1,45, 186 0,20, Summa 53,—, Gesamtsumme 210,15. Bereits quittiert 384,20. Am ganzen 594,35.

Für die ausgesperrten Buchbinder gingen ein:

Deutsche Wachen und Munitionsfabriken Liste 31 Abteilung Gade 9,50, Liste 32 Abteilung Hennig 21,—, Liste 33 Abteilung Gulendach 29,85, Liste 34 Abteilung Gade 30,30, Liste 35 desgl. 20,—, Liste 36 desgl. 17,—, Liste 37 und 38 Abteilung Balow 34,50, Liste 39 Abteilung Gade 19,50,—, Liste 43 Wdh. Schräpp 4,—, Liste 44 Wdh. Schröder 1,75, Liste 45 Friedr. Baltmann 2,50, Liste 47 Hebe 5,60, Liste 48 Sandowatz 4,05, Liste 49 Permann 0,80, Liste 50 Kalsch 7,30, Liste 42 Georg Paris 4,35, Liste 79 Thmas, Firma Georg Kuhnert 8,50, Liste 100 Albert Dübe 5,70, Liste 110 Wdh. Böha 11,85, Liste 193 und 191 durch P. Fröhke, San Kasserallee 176 4,65, Summa 239,80 M.

Weitere Listen sind zu haben beim Genossen Joh. Scheible, Wisnardsstraße 35.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

### Weißensee.

Der Weißenseer Krankenkassenkonflikt in der Gemeindevertretung. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschäftigte sich Montag abend die Weißenseer Gemeindevertretung mit den Vorlesungen in der dortigen Ortskrankenkasse. Die Gemeindevertretung verurteilte einstimmig die Handlungsweise des besoldeten Schöffen Dr. Pape und beschloß eine zweite Schöffenstelle zu schaffen und Dr. P. das Dezernat über Krankenkasse, Gewerbe- und Kaufmannsgericht abzunehmen.

Es wird über die Sitzung berichtet: Gemeindevorsteher Genosse Taubmann begründete den Antrag auf Bildung eines kollegialen Gemeindevorstandes damit, daß es im Interesse der Gemeinde läge, dem Schöffen Dr. P. das alleinige Verfügungs-recht über die Krankenkasse und die kommunalen Gerichte zu nehmen. Die beständigen Konflikte, die der auf 12 Jahre gewählte Dr. P. mit allen Parteien im Orte habe und die schon häufig Aufsehen erregten, seien eine Gefahr für die Entwicklung und das Ansehen Weißensees. Gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit sei der Schöffe mit dem verstorbenen Amtsvorsteher Feld-mann in Streit geraten, dann habe bei Beamtenbeför-derungen und Entlassungen die ganze Gemeindevertretung gegen die Maßnahmen des Schöffen Einspruch erhoben und nachher sei er mit dem Grundbesitzer in Streit geraten. Die Behandlung des Vorstandes der Krankenkasse aber sei ein öffentlicher Skandal geworden und sehe allem die Krone auf. Dr. P. habe achtbare Leute in unerhörten Verdacht gebracht. Der Regierungspräsident habe es abgelehnt, gegen den Vorstand einzuschreiten und bei den sogenannten Unterschlagungen handle es sich um eine private Denunziation des Schöffen. Der Reser-ving nun auf die Einzelheiten ein und wurde während seiner Aus-

führungen von Dr. Pape durch Lachen und Zwischenrufe beständig unterbrochen, was schließlich zu Gegenrufen aus dem überfüllten Hörsaalraum führte. Es seien einmal 12 und einmal 16 M., so führte Taubmann aus, als Entschädigung für die Kasse und dann als Ausgabe für die Privatkasse der Vorstandsmitglieder verbucht worden. Die 28 M. seien aber für die Kranken-kasse wieder verwendet worden. Die Privatkasse bestehe für alle, auch die bürgerlichen Mitglieder des Vorstandes und diene zur Beschaffung von Krankenkassen-Kongressen und anderen Ausgaben, welche nach dem Krankenkassengesetz nicht direkt aus der Mitgliederkasse genommen werden dürfen. Von einer Unterschlagung könne da keine Rede sein. Dr. P. sei nicht berechtigt gewesen, deswegen den Vorstand seines Amtes zu entheben. Dr. P. erwiderte, er überlasse es der Staatsanwaltschaft, über seine Anklage zu urteilen. Der Bürgermeister Dr. Boell sei auch seiner Ansicht gewesen. Der Bürgermeister erklärte hierauf in höflicher aber entschiedener Weise, daß er nicht die Ansicht aufkommen lassen möchte, als billige er alle Maßnahmen des Dezernenten der Krankenkasse. Während der lebhaften Diskussion traten alle Redner ent-schieden gegen Dr. P. auf. Von Unterschlagungen könne keine Rede sein, es sei bedauerlich, daß Dr. P. beständig Konflikte in der Gemein-de auszulösen habe. Der Bürgermeister schlug dann vor, Dr. Pape durch die Schaffung einer zweiten Schöffenstelle zu entlasten und das Dezernat über Krankenkasse, Gewerbe- und Kaufmannsgericht abzunehmen. Einstimmig wurde so beschlossen.

Dieser Beschluß der Gemeindevertretung wurde noch in einer an demselben Abend einberufenen Protokollversammlung bekannt, die gegen die Maßnahmen des Herrn Dr. Pape Stellung nahm und es erregte große Genugtuung, daß dieser Herr, der sich allmächtig glaubte, fast gestürzt worden ist. In der Versammlung wurde viel-fach der völlige Rücktritt Papes gefordert. Beschlossen wurde schließ-lich, eine Petition an die Gemeindevertretung vorzubereiten, die die Forderung enthalten soll, den Dr. Pape so lange zur Disposition zu stellen, bis die Kassenangelegenheit gerichtlich gelöst sei. Diese Petition soll in allen Zigarren- und Kolonialwaren-geschäften zur Unter-schrift ausgelegt werden. Von den abgeleiteten Kassenvorstands-mitgliedern wurde mitgeteilt, daß sie selbst bei der Staatsanwalt-schaft die Einleitung des Strafverfahrens gegen sich beantragen hätten. Gleichzeitig sei aber auch eine Anzeige gegen Dr. Pape wegen Amts-mißbrauch erfolgt.

### Vichtenberg.

Vermißt wird seit Montag nachmittag der vierjährige Sohn des Restaurateurs Worliker aus der Gürtelstraße in Vichtenberg. Der Restaurateur hatte mit seiner Familie einen Ausflug nach dem Restaurant Ruhwald unternommen, in dessen Nähe ein Crutefest ab-gelassen wurde. Der kleine W. hatte sich mit anderen Kindern dort-hin begeben und war seitdem verschwunden. Vermutlich hat sich das Kind verirrt und ist in dem nahen Adlershofer Forst in den Büschen ermattet eingeschlafen. Die von dem besorgten Vater sofort angestellten Nachforschungen sind leider bis heute ohne Resultat geblieben.

### Zegel.

Die Schulgemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, an das Hauptschulgebäude einen Seitenflügel zu bauen. Derselbe wird 20 Klassenzimmer und im vierten Stock zwei Rechen-säle ent-halten. Als neue Einrichtung ist zu begründen, daß für jedes Zimmer Wascheinrichtung vorgesehen ist; ebenso ist der Bau einer Doppel-turnhalle beschlossen worden. Die Gesamtkosten sind auf circa 250 000 M. veranschlagt.

### Schönendorf.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe! Nach diesem Ausspruch des verstorbenen Justizministers Schöniedt wird bekannt-lich seit langem gegen die Arbeiterbewegung verfahren. Was jedem anderen erlaubt ist, das ist, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt, diesen noch lange nicht gestattet. In diesem Kapitel können auch wir hier in Schönendorf einen kleinen Beitrag liefern. Hatte da am letzten Sonntag der hiesige Kriegerverein ein Vergnügen arrangiert, bei welchem es natürlich nicht ohne den nötigen Klubbim abging. Selbstverständlich durfte ein großer Umzug mit Musik durch das Dorf nicht fehlen, dem Kriegerverein wird das erlaubt. Als unsere Genossen im Vorjahre ein harmloses Kinderfest ver-anstalteten und um den Kindern ein Vergnügen zu bereiten einen Fackelzug unternahmen wollten, da wurde uns der letztere einfach unterjagt. Ja, wenn wir Kriegervereiner wären! Dann machte es auch nichts aus, wenn durch die veranstaltete Schießerei das Publikum in Gefahr gebracht wird. Da wird auch ein Auge zugebracht, wenn, wie das am Sonntag geschah, ein Krieger mit roten Hosen, blauer Jade, Feldkessel und Seitengewehr sich wie ein Clown ausputzte.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nicht dasselbe!

### Friedrichshagen.

Ein gefährlicher Brand entstand gestern nachmittags gegen 2 Uhr im Hause Seefir. 114. Auf unaufgeklärte Weise hatte das Dachgeschos Feuer gefangen, welches sich schnell über die oberen Wohnungen verbreitete und das Mobiliar vernichtete. Die frei-willige Ortsfeuerwehr von Friedrichshagen löschte nach zwei Stunden harter Arbeit den Brand. Das Dachgeschos ist ausgebrannt. Der nicht unbedeutende Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

## Gerichts-Zeitung.

### Kammerherr kontra Kammerfrau.

Der Prozeß der Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein, Fräulein Anni Milewska gegen den in Niederlöbnitz bei Dresden wohnenden Kammerherrn und Major a. D. Werner v. Blumenthal wegen Verleumdung nahm am Montag vor dem Dresdener Schöffengericht plötzlich eine unerwartete Wendung. Dieser Prozeß, ein Seitenstück jenes großen Falles Milewska, der nun schon sechs Jahre die deutschen Gerichte be-schäftigt, drehte sich in der Hauptsache um die Wittivkung des Kammerherrn v. Blumenthal bei der im Sommer 1901 in Kairo erfolgten Verheiratung des Pr. Milewska, die damals als Reisebegleiterin der verstorbenen Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein in Ägypten weilte. An den deutschen Kaiser und ebenfalls an den Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein waren derzeit Nach-richten gelangt, die darauf schließen ließen, daß die Prinzessin Henriette von ihrer Kammerfrau unzüchtig beunruhigt werde. In den von den Konsuln in Algier und Kairo erstatteten Berichten wurde der deutsche Kaiser darauf aufmerksam gemacht, daß die Be-gleiterin der Prinzessin Henriette sich Gräfin Nikolawowitsch nenne und sich als Tochter eines russischen Großgrundbesitzers und Schwägerin eines der reichsten Bankiers Berlins ausbebe. Ihr ganzes Benehmen und Auftreten der alten 70jährigen Prinzessin gegenüber sei ein hochfahrendes und brüskes, zudem habe sie behauptet, die Prinzessin sei arm und mittellos und sie, die „Gräfin“, müsse alles bezahlen. Kammerherr und Major v. Blumenthal wurde darauf vom deutschen Kaiser und dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein beauftragt, in Kairo persönlich Recherchen anzustellen. Es wurde ihm auch bestätigt, daß die Prinzessin Henriette völlig im Sinne ihrer Kammerfrau sich befände. Da außerdem aus dem Schlußprotokoll der Prinzessin ein wertvolles Perlenohr fehlte, so glaubte sich Kammer-herr v. Blumenthal berechtigt, die Verhaftung des Fräulein Milewska bei der ägyptischen Regierung zu beantragen. Die Kammerfrau wurde daraufhin festgenommen und die ägyptische Regierung internierte die Gefangene im Gouvernementsgebäude, da sich in Kairo ein Untersuchungsgefängnis nicht befindet. Nach den Be-sonnungen des Fräulein Milewska will sie während ihrer Gefangenschaft schlecht behandelt worden sein. Kammer-



Herr v. Blumenthal habe zwei Kraber gebunden, die sie auf der Straße einfach weggeschleppt hätten. Außerdem habe v. Blumenthal selbst behauptet, der deutsche Kaiser habe in eigener Person ihre Verhaftung befohlen. Wegen dieser angeblichen Behauptungen des Kammerherrn v. Blumenthal strengte Hr. Mikolajka gegen den letzteren die Beseltdigungsklage an. Herr v. Blumenthal bestritt die Wahrheit seiner gegnerischen Behauptungen. Nämlich hat der Prozess ein vorzeitiges Ende gefunden. Zum Termin am Montag vor dem Dresdener Schöffengericht hatten sich Frau v. Mikolajka sowohl als auch ihr Rechtsbeistand Gräfe-Berlin entschuldigen lassen und Aussetzung der Verhandlung beantragt. Kammerherr v. Blumenthal bestand auf Fortsetzung der Verhandlung, da der Antrag auf Vertagung nicht stichhaltig sei. Das Gericht stimmte dem bei und beschloß hierauf, das Verfahren gegen Kammerherrn v. Blumenthal einzustellen. Sämtliche Prozesskosten wurden der Kammerfrau Mikolajka auferlegt.

Das Herunterlassen der Fensterjalousien bei solchen Wohnungen, die während der Sommermonate verlassen werden, ist nicht unbedenklich und bietet geradezu einen Wegweiser für die Herren Einbrecher. Dies zeigte aufs neue ein gestern vor der Ferienstrassammer verhandelter Fall. Wegen schweren Diebstahls hatten sich der bisher unbedachte Handlungsgehilfe Max D. und der schon mit einem Strafregister belastete Arbeiter August Wappler zu verantworten. D. war stellungslos geworden, in Not geraten und ist dann schließlich das Opfer einer Kaskemme geworden, in welcher er einen Teil seiner unfreiwilligen Zeit zu

brachte. Dort lernte er den Wappler kennen, der als Visitenkarte ein Sortiment von Einbruchwerkzeugen immer bei sich trug. In der Kaskemme verkehrte auch ein unbekannt gebliebener Verbrecher, der zu jenen Spezialisten gehört, die in den Sommermonaten die Straßen entlang bummeln und an den herabgelassenen Fensterjalousien solche Behauptungen feststellen, deren Bewohner sich auf Reisen befinden. Dieser empfehlenswerte Witzbürger trug immer eine ganze Kiste solcher Wohnungen bei sich, die er teils selbst eines Besuchs würdige, teils der Aufmerksamkeit seiner Kumpans empfahl. Er verteilte den beiden Angeklagten, daß bei einem Architekt in der Urbanstraße sehr leicht „ein Ding zu drehen“ sei, da sich die Familie in Sommerwohnung befindet und die fortgesetzt herabgelassenen Jalousien bewiesen, daß die hiesige Wohnung völlig verlassen sei. Die Mitteilung fiel bei den beiden Angeklagten auf fruchtbaren Boden; D. sträubte sich zwar anfänglich gegen den Gedanken, die Bahn des Verbrechens zu betreten, seine Bedenken wurden jedoch von Wappler bald zerstreut, dessen Gewissen besonderer Reue nicht mehr fähig ist, und so zogen denn beide wohlgenut nach der zu verlassenden Wohnung in der Urbanstraße. Die Tür war mit einem der trefflichsten Dietriche im Ru geöffnet, die beiden Einbrecher durchwühlten Kästen und Behältnisse und stahlen Silberfachen im Werte von 1000 M. Mit der Beute gingen sie zu einem Trödler in Charlottenburg, dieser gab ihnen jedoch nur 80 M. als Anzahlung und bestellte sie zur Abholung des Restes auf den nächsten Tag wieder. Als die Angeklagten am anderen Morgen bei dem Trödler erschienen, wurden sie von der Polizei in Empfang genommen. Der Bestohlene hat sämtliche Sachen zurück erhalten. Mit Rücksicht hierauf verurteilte das Gericht den D.

der aufrichtige Reue über seine Tat befuhrte, nur zu vier Monaten, Wappler dagegen zu neun Monaten Gefängnis.

**Witterungsübersicht vom 14. August 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temperatur
Eutin	761	SW	5	18	Dabrun	762	SW	2	14
Hamburg	757	DD	3	19	Petersburg	761	SW	1	15
Berlin	761	SW	2	19	Stettin	751	SW	4	16
Königsberg	758	SW	1	20	Magdeburg	751	SW	1	18
München	760	SW	2	17	Paris	766	SW	2	19
Wien	763	SW	1	20					

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. August 1906.**  
Trocken, vorwiegend heiter und sehr warm bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 13. August.** Elbe bei Haffig - 0,36 Meter, bei Dresden - 1,70 Meter, bei Magdeburg + 0,90 Meter. - Uckeritz bei Straußfurt + 1,50 Meter. - Oder bei Ratibor + 1,00 Meter, bei Bieslau Oberpegel + 4,78 Meter, bei Bieslau Unterpegel - 1,66 Meter, bei Frankfurt + 0,85 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 2,38 Meter. - Sarthe bei Vöten + 0,04 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Mittwoch, den 15. August.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Opernhaus.** Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold.  
**Neues Operntheater.** Der Troubadour.  
Anfang 8 Uhr.  
**Berliner.** Sherlock Holmes. Velling. Die lustige Witwe.  
**Schiller O.** (Schiller-Theater.)  
Wortspiel: Wertha, oder: Der Raub zu Richmond.  
**Schiller N.** (Richard Wilhelm-Häutchen-Theater.)  
Geschlossen.  
**Romische Oper.** Don Pasquale.  
**Westen.** Die lustige Witwe.  
**Zentral.** Der Negerbaron.  
**Trianon.** Die Frau ohne Namen.  
**Lustspielhaus.** Spanienliebe.  
**Klein.** Ein idealer Gatte.  
**Carl Weiß.** Adele.  
**Metropol.** Auf ins Metropol.  
**Apollo.** Berlin im Omnibus. Das neue Bild. Spezialitäten.  
**Wäldergarten.** Torsajada. Spezialität.  
**Vassage.** Willy Prager. Spezialität.  
**Reichshallen.** Steffiner Sönger.  
**Heute.** Tausendrufer 18/19.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Knabe des Welt.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Mittwoch und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Ein idealer Gatte.**  
Donnerstag: Ein idealer Gatte.  
Freitag zum erstenmal: Mimosensiege. Diplomats in der Ehe. Das Trottoir roulant.

**Neues kgl. Operntheater (Kroll).**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch, den 15. August 1906:  
**Der Troubadour.**  
Donnerstag: Die Fledermaus.  
Vorverkauf im kgl. Opernhaus.  
Schalter II. A. Wertheim und Invalidentank.

**Komische Oper.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.  
Freitag: Die Bohème.  
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.

**Zentral-Theater.**  
(Operette). 8 Uhr halbe Preise:  
**Der Zigeunerbaron.**

**Lustspielhaus.**  
Zum erstenmal abends 7 1/2 Uhr:  
**Spanienliebe.**  
Lustspiel in 4 Akten von Louis Verneil.

**Metropol-Theater**  
Henry Bender. Josef Giampietro.  
Fritz Massary.

**!Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollander.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Im Theater: Täglich 8 Uhr:  
Gastspiel des Herrn Fritz Kildesoh:  
**Adele.**  
Im Sommergarten täglich:  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 Uhr.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Täglich im Theater 8 Uhr:  
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

**GOLOGISCHER GARTEN**

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Apollo-Theater**

10 Uhr! Novität! 10 Uhr!  
Großer andauernder Feiertags-Erfolg!  
**Berlin im Omnibus.**  
Im zweiten Bilde:  
**Der Omnibus-Trip.**  
Vorher: Gute Spezialitäten!  
Ab 7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.  
Anfang 8 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Die Frau ohne Lächeln.**  
Anfang 8 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Wiedereröffnung  
Sonabend, den 18. August 1906:  
Zum 61. Male:  
**Die Höhle des Löwen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Gast: Chahindren: Mich. Alexander.  
Sonntag und folgende Tage:  
**Die Höhle des Löwen.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 18.  
Das neue August-Programm:  
**Arbeit schändet nicht.**  
Vollständig in 3 Bildern v. Weisinger.  
Dazu die erklaffte Spezialitäten.  
Anfang 6 Uhr. Kassiererei von 3 Uhr.  
Bei schlecht. Welt: Vorstell. im Saale.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstr. 58.  
Täglich:  
**Der Verschwender.**  
Rom. Schauspiel in 2 Aufz. (9 Bildern)  
v. Ferd. Raimund. Musik v. Kreutzer.  
Wahrdern:

**12 Attraktionen**  
II. a.: Paul Coradini. La Matichische.  
Steffen Bros. Weiß Troupe u. v. a. u.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
Entrée 30 Pf., num. Platz 50 Pf.  
Billetbordierl. v. 10-1 a. d. Theaterkasse.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr  
Das  
glänzende  
Eröffnungs-Programm.  
14 erstklassige Spezialitäten!

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Morwitz-Oper.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bütel.  
Martha, oder: Der Markt zu Richmond.  
Romant. Oper in 4 Akten v. Fr. v. Flotow.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Carmen.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bütel.  
Der Postillon von Lonjumeau.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.)  
Morwitz-Oper.  
Mittwoch inkl. Freitag: Geschlossen.  
Sonabend, abends 8 Uhr,  
popul. Vorstellung bei halben Preisen:  
**Das Nachtlager in Granada.**  
Romantische Oper in 3 Aufzügen von  
Gervasio Reyher.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Vorlesung Opern-Musik: Carmen.  
Vorverl. ohne Vorverkaufsbühre tagl.  
Im Garten tagl. gr. Militär-Konzert.

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 70/71 (Ringbahnstation).  
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.

**16 Löwen** sowie 4 neugeborene Löwen werden im Publikum herumgeführt.  
Die größte Scharfart u. beste Gruppe der Welt: im Saal des Löwenhändlers. Ein Dompfleur, eine Tänzerin im Löwenkäfig und eine Dompfente mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompfleurs.  
**The Carl Damman-Familie,** Americas beliebteste Altobalzen.  
**und das neue beste Programm Berlins.**  
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.  
Anfang 4 Uhr. - Entrée 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5.  
Restaurant und Festsäle.  
Jeden Mittwoch: 16450\*  
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen. × Bond haben Gültigkeit.  
Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.  
Im Saale: Großer Ball. Gebr. Arnhold.

**Schloß Weißensee.**  
„Zum Sternecker“ Inhaber C. Koch.  
Große Soiree. Täglich Konzert nur kurze Zeit.  
**Ausstellung Afrika**  
Fataneger-Karawane. Dorf mit 50 Eingeborenen. Pferde, Kamelo usw.; spannende Vorfahrungen ihrer heimatischen Gebräuche. Täglich mehrere Vorstellungen. 1. Vorst. 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Kinder 15 Pf. 1909L\*  
Donnerstag: Elftag. Militärkonzert. Feuerwerk. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schweizer Garten**  
Am Königsfor - Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.**  
Nord und Süd.  
Romische Operette in einem Akt.  
**Mlle. Martha Bellvert** mit ihren dreifachten Sären. Olms u. Carbeth, die verrückten Amerikaner.  
Jeden Mittwoch:  
Kinder-Freuden-Fest.  
Damenanzug frei.  
Anfang 5 Uhr. - Entrée 30 Pf.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/9.  
Täglich: Amor von heute.  
Mitarde, Humorist.  
Borussia-Sextett.  
Sands Sportakt.  
„Der grüne Teufel.“  
Große Pantomime.  
Konzert. Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Numerierter Platz 50 Pf.

**Volksgarten-Theater.**  
Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)  
Täglich:  
**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**  
Das neue August-Programm!  
Harry Steiner. Geschw. Bollin.  
Max Franconi. Garretton Truppe.  
„Auf fremder Erde“.  
Gr. Musikantenschar mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Hugo Schütz.  
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.  
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.  
Volksbelustigungen aller Art.  
Die Kaffeeküche ist v. 1 Uhr an geöffnet.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
**Klown Volky ist da!**  
Taglionis Ballett-Ensemble.  
The Rogals musikalischer Witz.  
**Das Bild des Vaters.**  
Sollständig in 2 Akten.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Tanz. Entrée 30 Pf.

**1. Deutsch-Amerikanischer Cirkus**

von Norton B. Smith mit seiner Gesellschaft von Künstlerinnen und Künstlern aus aller Herren Länder.  
**Berlin, Comeniusplatz, Memelerstraße**  
**Heute und folgende Tage**  
täglich abends 8 Uhr:  
**Elite-Vorstellung.**  
Preise der Plätze: Loge 2,50. Sperrpl. 1,50. 1. Platz 1,25. 2. Platz 80 Pf. Galerie (Sichtplatz) 40 Pf. Militär und Kinder unter 12 Jahren bezahlen Sonntag-Abend-Vorstellung 1. Platz 1.-, 2. Platz 60 Pf. Galerie (Sichtplatz) 30 Pf. Nat. Behrens, Dir.

**Gustav Behrens Theater,**  
Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Sonabend, den 18. August:  
**Eröffnung der Winter-Saison**  
mit einem erklaffigen, glänzenden Programm. 19782  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

**Neue Welt** Galenbeide 108-114.  
Mittwoch, den 15. August 1906:  
**Ernte-Dank-Fest.**  
Erntedankfest, Dankbraten, Puppen-Theater, Kinderfestsung.  
Gratiusverlosung.  
1. Preise: Goldene Damen- und Herrenuhren. 19748  
**Konzert und Vorstellung.**  
Anfang 4 Uhr. Entrée 0,15 30.

**Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.  
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Donnertag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Steffiner Sönger**  
Anfang  
8, Sonntag  
7 Uhr.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen  
**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

**Kaufe bei Blitz**  
**Herren- und Knaben-Konfektion.**  
Die gesamten Restbestände der Sommerwaren, darunter die elegantesten Herren-Sommerpaletots kommen zu jedem annehmbaren Preise zum Verkauf.  
**Herren-Anzüge, Kavalier . . von 6 90 M. an**  
**Burschen-Anzüge, hochelegant von 4 35 M. an**  
**Kinder-Anzüge, Tip-Top . . von 1 95 M.**  
**Herren-Hosen, Maß-Ersatz . . von 1 80 M. an**  
um für die in Unmengen angekauften Wintersachen genügend Platz zu bekommen. 1906\*  
Achtung! **Blitz** Achtung!  
3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte  
**137 Große Frankfurterstr. 137**  
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.  
Chonés Industrie-Palast  
**80 Chaussee-Straße 80**  
**9 Rosenthaler Straße 9**  
Ecke August-Straße.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin  
Zimmer 34, Amt 4, 3353. Hauptbureau:  
Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Donnerstag, den 16. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den  
„Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

## Allgemeine Uhrmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Zwei Lockspindel.
  2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.
- Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

NB. Die Versammlungen finden jetzt regelmäßig jeden dritten  
Donnerstag im Monat statt. 123/20

# Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands.

Ortsverein Berlin, Abt. I.

## Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klub-  
haus“, Kommandantenstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Theodor Fischer über: Tarifverträge,  
Rechte und Pflichten der Arbeiter unter denselben.
2. Diskussion.
3. Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal.
4. Gewerkschaftliches.

Die Genossen der Abteilung II (Hälftstadt) sind hierzu  
dringend eingeladen.  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

# Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 16. August 1906, abends 8 1/2 Uhr.

## Versammlung

im Louisenstädtischen Klubhause, Annen-Straße 16.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Fortsetzung der Statuten-  
beratung und Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. 20/18  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

## Bautischler.

Bezirk I.

Donnerstag, den 16. August, abends 6 1/2 Uhr, bei Aker, Hofsäger-  
Palast, Hofenstraße 52-53:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen wir uns zu den Frühlingsmeistern in unserem Beruf?
2. Wie regelt sich die Abschlagszahlung in der jetzigen guten Konjunktur?
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, daß er in dieser Versammlung  
erscheint. Der Obmann.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

## Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Zitel,  
Bergstraße 151-152:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Beschlußfassung über die örtlichen Bestimmungen.
3. Verbandsangelegenheiten. 90/18 Die Ortsverwaltung.

## Reinickendorf und Umgegend.

Donnerstag, den 16. August, abends 8 Uhr bei Sadau,  
Residenzstraße 124:

## Öffentliche Versammlung aller in Zentralverbänden organisierten Gewerkschafts- mitglieder sämtlicher Berufe.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Köhnen über: Die Bedeutung der  
Gewerkschaftsartikelle. 2. Gründung eines Vorortartikels für  
Reinickendorf und Umgegend. 3. Verschiedenes.
- Wir erjuchen in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung um zahl-  
reiches Erscheinen in dieser Versammlung. Alle Berufe, die noch keinen  
Vertreter in das zu gründende Kartell gewählt haben, bitten wir es um-  
gehend zu tun. Das Komitee. N. N.: Franz Otto, Reptunstr. 29. 206/13

# Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 15. August 1906, abends 6 Uhr,  
in den Industriesälen, Reuth-Straße 20:

## Branchenabend der Steinbildhauer.

Der Stand des Streiks.

## Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen

sämtl. Brauereien Berlins u. Umgegend.  
Donnerstag, den 16. d. Mts., vorm. 8 Uhr und abends 8 Uhr,  
findet in Voigts Mittersälen, Ritterstraße 75, 2. Hof, je eine

## öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Lohnstarif, die Betriebs-  
verhältnisse in den Brauereien. 130/8  
Der Einberufer: H. Schwittau.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars, der Schlichtungs-  
und Berufstalt-Kontrollkommission. 3. Festsetzung der Gehälter der Angestellten nach dem Beschluß der letzten  
ordentlichen Generalversammlung. 4. Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung. 5. Neuwahl eines Bureauangestellten.

6. Anträge. 7. Verschiedenes. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 90/17

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Tischler

## Johann Salm

am 11. August verstorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
15. August, nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Wund-  
Arztbüros in Wilhelmshagen, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung. 90/20

# Arbeiter-Vertreter- Verein Berlin.

Am Sonntag, den 12. August,  
verstarb unser Mitglied, der Tischler

## Heinrich Hoffmann

Graubenzstr. 4.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute,  
Mittwoch nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Zentral-  
Friedhofes in Friedrichsfelde aus  
statt. 53/9  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

# August Mombay,

am 12. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 15. d. Mts., nachmittags  
6 Uhr, von der Leichenhalle des  
Sophien-Kirchhofes, Freiermalder-  
straße, aus statt.  
Die trauernde Witwe  
Ida Mombay geb. Beck.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein  
Berlin.

Am 11. August verstarb unser  
altes Mitglied

## Johann Lange

im Alter von 66 Jahren an Leber-  
leib. 148/15

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 15. August, nach-  
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Gebhards-Kirchhofes  
in Wittenau (Dahlhof) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung des  
Steinsehers

### Julius Raue

sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten, insbesondere den Kollegen  
des Zentralverbandes der Steinseher  
und Berufsgenossen, Bezirk Steglitz,  
sowie dem Gesangsverein „Jugend 1“  
unseren herzlichsten Dank. 5485  
Die trauernden Hinterbliebenen.

## Mortal Flöhe

einziges Spezial-  
Mittel gegen  
schnell u. sicher wirkend, ger-  
ührt radikal den Brutherd im  
Aufbau, so daß gänzlich jede  
Brut ausgetilgt wird. Man  
nehme nur „Mortal“ mit  
Wasser „Tod und Teufel“ in  
den Drogenarten und bei  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

# Vereinigung d. Metallarbeiter Deutschlands.

Verein Berlin.

## Todes-Anzeige.

Am 12. August verstarb unser  
langjähriges Mitglied, der Ma-  
schinenformer

## Ferdinand Monis

im Alter von 32 Jahren an Blut-  
vergiftung als Folge eines Unfalles.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 4 Uhr, vom Lazarus-  
Krankenhaus, Bernauerstraße, aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
290/18 Der Vorstand.

# Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin: Bezirk 8.  
(Gesundbrunn.)

Den Mitgliedern hiermit zur  
Nachricht, daß unser Mitglied, der  
Maschinenformer

## Ferdinand Monis

am Sonntag, den 12. August ver-  
storben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 16. August, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Lazarus-  
Krankenhaus aus nach dem neuen  
Pauls-Kirchhofe, Seestraße, statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
5525 Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.

## Todes-Anzeige.

Am 9. d. Mts. wurde unser  
Mitglied

## Gustav Scholz

bei einer Kellereiplosion getötet.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 15. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
Rixdorf aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme sowie für die reichen  
Kranzpenden bei der Beerdigung  
meiner lieben Frau sagen wir allen  
Freunden und Bekannten unseren  
herzlichsten Dank. 5588  
Hermann Wolf  
nebst Kindern.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Sieben erschienen:

## Illustrierter Neue Welt-Kalender

für das Jahr 1907.  
Einunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium — Postwesen — Beachtens-  
werte Adressen — Statistisches — Rückblick — Messen und  
Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Die Reform der Straf-  
gesetz-Ordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heintemann — Zeichen-  
gefahr und Zeichenverhütung. Von Dr. F. Jades (mit Illustr.)  
— Zwei Nieder im Bollwerk. Von Leo Jeller. — Ein Maifesttag.  
Nach dem Leben erzählt von Minna Kanitzky (mit Illustrationen) —  
Wem wir nicht mehr göttlich sind. Gedicht von Ernst Brezgang —  
Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich  
Simon (mit Illustration) — Die Karitative und ihre Bedeutung.  
Von Ed. Buchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht  
von Ludw. Wesen — Moderne Kraftwagen. Von H. G. (mit  
Illustrationen) — Sozialistische Frauenagitation. Von Ottilie  
Baader — Lied der Bergleute. Von B. V. — Die Kultur des  
Tabaks. Von H. G. Gram — Französische Gefellenorganisation  
im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun — Nacharbeit.  
Gedicht von G. Weber — Szenen aus der russischen Revolution.  
Von J. D. (mit Illustrationen) — Unsere Toten (Mit Porträts) —  
Dellige Familie. Gedicht von E. Krenowski — Fliegende Blätter —  
Das Rembrandt. Satirische Skizze von Michel Schward. Autorisierte  
Uebersetzung (mit Illustrationen) — Für unsere Käselöcher —  
Trübsal und Trübsalender. — Hierzu drei Bilder: Der  
Bergmann — Die Auswanderer — Proletarierin — Außerdem zwei  
Dreharbeiten auf Kunstpapier: Der Steinlocher — Heber am  
Himmelst — Ein Wandkalender.

Preis: 40 Pfennig.

Bei Einzelbezug bitten wir um Einbindung des Betrages nebst  
10 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.



# FR. HAHN

## BERLIN

Parterre, I. u. II. Etage ALEXANDER-PLATZ Parterre, I. u. II. Etage

# Sonderangebot zur Einsegnung

<h3 style="text-align: center;">Schwarze Kleiderstoffe.</h3> <p><b>Glatte Kammgarnstoffe</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,35, 1,50, 1,75 bis 4 00 M.</p> <p><b>Glatte Satins u. Lastings</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,50, 1,70, 1,90 bis 5 00 M.</p> <p><b>Glatte Tuche</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 2,00, 2,70, 3,25 bis 10 00 M.</p> <p><b>Glatte Cheviots</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,25, 1,35 bis 4 00 M.</p> <p><b>Glatte u. gem. Alpaccas</b> mit Seiden-Glanz p. Mtr. 1,35, 1,50, 1,80 bis 7 00 M.</p> <p><b>Gemust. Kammgarn u. Mohair</b> mit Seiden-Glanz p. Mtr. 1,40, 1,60, 1,80 bis 4 50 M.</p> <p><b>Lindener Sammt u. Velvet</b> unübertroffen . . p. Mtr. 1,50, 2 25, 3 00 bis 4 00 M.</p>	<h3 style="text-align: center;">Fertige Wäsche</h3> <p style="text-align: center;">für Mädchen:</p> <p><b>Hemden mit gestickter Passo</b> M. 1,25 bis M. 2,00</p> <p><b>Beinkleider mit Stickerei</b> M. 1,35 bis M. 2,50</p> <p><b>Unterröcke mit Stickerei</b> M. 3,00 bis M. 7,00</p> <p><b>Corsetten</b> . . . . . M. 1,25 bis M. 3,25</p> <p style="text-align: center;">für Knaben:</p> <p><b>Taghemden</b> . . . . . M. 1,40 u. M. 1,75</p> <p><b>Nachthemden</b> . . . . . M. 2,40 u. M. 2,50</p>	<h3 style="text-align: center;">Farbige Kleiderstoffe</h3> <p style="text-align: center;">für Vorstellungs- und Prüfungskleider.</p> <p><b>Einfarbige Cheviots</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,00, 1,25, 1,50 bis 3 00 M.</p> <p><b>Einfarbige Satins u. Lastings</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,40, 1,50, 1,75 bis 4 00 M.</p> <p><b>Einfarbige Kammgarnstoffe</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,35, 1,50, 1,65 bis 5 00 M.</p> <p><b>Einfarb. u. melirte Damentuche</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 2,10, 2,50, 2,80 bis 8 00 M.</p> <p><b>Melirte engl. Kleiderstoffe</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,00, 1,25, 1,50 bis 4 00 M.</p> <p><b>Fantasie-Kleiderstoffe</b> reine Wolle . . . p. Mtr. 1,35, 1,50, 1,75 bis 5 00 M.</p> <p style="text-align: center;">Qualitäten und Preise ohne Konkurrenz</p>
---	---	---